

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr:
Beträgt für die schlagwortartige Kolonialisierung oder deren Raum 50 Pfg. für vollst. und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg....

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 19. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Zusammenritt des Hurra-Reichstages.

Der neue Reichstag tritt heute, Dienstag, zusammen. An seiner Physiognomie hat sich trotz der Verschiebung der Fraktionsstärke wenig geändert. Der einzig hervorstechende Zug des neuen Reichstages ist die Schwächung der Linken.

Es ist auch zweifellos, daß die Regierung diese ihr so angenehme Position nach Möglichkeit auszunutzen wird. Sie wird noch lechter im Fordern für koloniale, marinistische und militaristische Zwecke sein, als sie es ohnehin schon war.

Daß aber diese gewaltigen neuen weltpolitischen Forderungen, wenn nicht in den nächsten Monaten, so doch über Jahr und Tag kommen werden, kann nicht dem leisesten Zweifel unterliegen.

Zunächst hat ja Herr Dernburg wiederholt in seinen Wanderreden angekündigt, daß endlich einmal mit der bisherigen kolonialen „Ansaufers-Politik“ gebrochen werden müsse.

Möglichkeitweise wird man auch das schon lange spulende Projekt, den Engländern die Walfischbait für ein hübsches Sümmchen abzukaufen, zu verwirklichen suchen. Geld, sehr viel Geld wird das auf alle Fälle kosten!

Zunächst wird der Reichstag jene Nachtragsetats und Eisenbahnforderungen zu bewilligen haben, deren teilweise Ablehnung im Dezember zur Auslösung des alten Hauses führte.

Den Kolonialforderungen werden sich im neuen Reichstag die Marineforderungen würdig anschließen. Selbst wenn die weltpolitische Wahlarbeit und Wahlarbeit des Flottenvereins, die dem Kaiser so hohe Lob entlockte, auch zunächst noch nicht in einer neuen Flottenvorlage ihr politisches Ergebnis finden sollte, werden dem neuen Reichstag bereits einige Abschlagszahlungen zugemutet werden.

Annahme der Fünfmilliarden-Vorlage, heißen: Nun aber weiter!

Bei alledem aber betragen die Ausgaben für Meer, Flotte und Kolonien einschließlich der Pensionsfonds und der Reichsschuldenverzinsung bereits nach dem alten Etat für 1907/1908 mehr als 1400 Millionen Mark!

Trotzdem ist das offiziöse Organ während des Wahlkampfes so undvorsichtig gewesen, einige Gehaltsaufbesserungen für die unteren Reichsbeamten anzukündigen. Im Etat war dergleichen, wie wir damals feststellten, nicht vorgesehen.

Ebenso wird die sozialdemokratische Fraktion Regierung und Mehrheitsparteien jetzt erst recht ihre längst verfallenen sozialpolitischen Wechsel präsentieren! Mag die Regierung doch beweisen, daß sie nicht deshalb das Geld der Unternehmers und Scharfmachers in die Kasse des Flottenvereins geleitet hat, um einen Reichstag des Arbeitertruges und der Arbeiternebelung zustande bringen zu helfen!

Der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, das Gewerkschafts-Knebelgesetz, wird ja den ersten und besten Prüflingen der sozialpolitischen Absichten der Regierung und der bürgerlichen Parteien bieten! Hier können Regierung und Bourgeoisie Farbe bekennen.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft weiß ganz genau, daß die Weltgeschichte nicht im Parlament gemacht wird. Sie weiß, daß die parlamentarischen Kämpfe und Erfolge nur der Ausdruck des Grades der politischen Macht sind, die die jeweiligen Parteien und Klassen im öffentlichen Leben überhaupt erreicht haben.

Deshalb wird die sozialdemokratische Fraktion beweisen, daß sie, obwohl an Zahl fast um die Hälfte geschwächt, doch an Arbeitseifer und Kampfesmut nichts eingebüßt hat! Wegen der herrschenden Klassen sich um die Wette vor den Wagen des persönlichen Regiments spannen, mögen sie um die Wette um die Gunst der Regierung buhlen, um bei der Verteilung der Beute einen möglichst reichen Anteil für sich zu ergattern.

Arbeit der Entlarbung und Bekämpfung des kapitalistischen Freibeutertums, ihrem unermüdblichen Eintreten für die mit Füßen getretene, ausgebeutete, durch färgliche Hungerbroden abgefundene Masse des Volkes ist bis jetzt der Erfolg noch nie verjagt gewesen! Er wird ihr auch für die Zukunft nicht fehlen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Februar 1907.

Erzberger Fehler der Kolonialkorruption.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Nach dem in Nr. 41 unseres Blattes abgedruckten Bericht des th.-Berichterstatters über den Prozeß Böplau hat der Reichstagsabgeordnete Herr Erzberger unter anderem folgendes ausgesagt:

Ich habe es nicht begreifen können, wie es möglich war, daß ein Beamter, der so schwerwiegende Beschwerden und Anzeigen erstattet, ohne jeden Weisheit gelassen wurde. Um diesen Mißständen ein Ende zu bereiten, wendete ich mich an die Reichskanzlei.

Wir sind ermächtigt, im Nachstehenden die Registratur abzudrucken, die der Chef der Reichskanzlei unmittelbar nach der Unterredung ausgenommen hat, auf die sich die mitgeteilte Aussage bezieht:

R. 3889 pr. 26/9. 06.

Berlin Reichskanzlei, den 26. September 1906.

Es erscheint das Mitglied des Reichstages Herr R. Erzberger und trägt vor:

Ein früherer Beamter des Kolonialamts — Böplau — befindet sich in Disziplinaruntersuchung. In den nächsten Tagen steht Termin in der Sache an. Wie mir bekannt, hat Böplau noch Aktenmaterial hinter sich, dessen Bekanntgabe die Kolonialverwaltung schwer compromittieren muß und dahin führen würde, daß das Zentrum überhaupt nicht mehr geneigt sein würde, koloniale Forderungen zu bewilligen.

Herr Böplau ist bereit, sein Material herauszugeben, wenn die Untersuchung gegen ihn eingestellt wird, andernfalls wird er das Material veröffentlichen.

Herr Erzberger wurde erwidert, daß ich es meinerseits unbedingt ablehnen muß, mich irgendwie bei dem vorgeschlagenen Engagement zu beteiligen, die Annahme desselben durch die Kolonialverwaltung auch für vollkommen ausgeschlossen halte.

Herr Erzberger erklärt, daß er eine solche Antwort wohl erwartet habe, den ihm gewordenen Auftrag aber nicht hätte ablehnen können.

Die in dieser Aufzeichnung festgelegte Unterredung ist die erste und einzige, die der Chef der Reichskanzlei in der Böplauschen Angelegenheit mit dem Herrn Reichstagsabgeordneten Erzberger gehabt hat.

Dem haßtischen Herrn Erzberger wird also hier vorgeworfen, der Kolonialhehlerlei Vorwand geleistet zu haben. Er habe im Auftrage Böplaus der Regierung unter gewissen Bedingungen die Vertuschung ärgster Kolonialkorruption angeboten!

Gegen diese Beschuldigung läßt sich Herr Erzberger also in der „Germania“ vernehmen:

1. Es ist unrichtig, daß ich in der Unterredung vom 26. September 1906 (nicht 1905, wie Sie schreiben) gesagt habe, daß das „Zentrum überhaupt nicht mehr geneigt sein würde, koloniale Forderungen zu bewilligen“.

2. Es ist falsch, daß ich gesagt habe, Böplau wolle sein Material veröffentlichen. Ich erklärte vielmehr, daß dieses Material öffentlich im Reichstage besprochen werden möchte, wenn nicht sofort eine Untersuchung der Mißstände stattfinden würde.

3. Es ist falsch, daß die Unterredung vom 26. September 1906 die „einzige“ gewesen sei, die ich mit dem Herrn Chef der Reichskanzlei in dieser Angelegenheit hatte.

4. Die vom Herrn Chef der Reichskanzlei gemachte Niederschrift lernte ich erst aus ihrer Publikation kennen und konnte deshalb nicht früher gegen die unrichtige Wiedergabe meiner Äußerungen protestieren.

Herr Erzberger berichtet nur einige Nebensächlichkeiten. Die Tatsache, daß er der Regierung die Vertuschung der Kolonialskandale angeboten hat, wenn sie auf gewisse von ihm gestellte Bedingungen eingehe, vermag er nicht zu bestreiten!

Freilich, von einem Manne wie Erzberger, der sich über Kolonialgrenzen entrüstete, um zu gleicher Zeit dem südwesafrikanischen Ausrottungsstrategen Trotzka Quindigungs-schreiben zu schicken, kann man nichts Besseres erwarten!

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Montag die zweite Lesung des Justizgesetzes und erledigte darauf eine Reihe kleinerer Vorlagen. U. a. nahm es in erster und zweiter Beratung den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin an. Der Entwurf bestimmt, daß Wilmsdorf mit dem Tage des Ausscheidens aus dem Kreise Teltow, also am 1. April, an Stelle der kommunalen eine staatliche Polizeiverwaltung erhält, in gleicher Weise wie dies seinerzeit in Nördorf und Schöneberg geschehen ist. Diese Umgestaltung soll — weil sich die Bildung eines besonderen Polizeidirektionsbezirks Wilmsdorf nach Ansicht der Regierung nicht empfiehlt — durch Anschluß an die benachbarte Polizeidirektion Schöneberg herbeigeführt werden.

Eine längere Debatte rief der Gesetzentwurf gegen die Verunstaltung von Dörfern und landschaftlich hervorragenden Gegenden hervor, das der Polizei das Recht einzuräumen, Bauausführungen zu verbieten, welche die Straßen und Plätze oder das Gesamtbild einer Ortschaft oder in landschaftlich hervorragenden Gegenden das Landschaftsbild verunstalten. Die Polizei soll also in Preußen über ästhetische Fragen entscheiden! — Die Debatte endete mit der Überweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Gleichfalls einer Kommission überwiesen wurde der Gesetzentwurf betreffend die Ausübung des Jagdrechts, der die Frage der Eigenjagdberechtigten regelt.

Am Dienstag beginnt die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Nachmal's Ehren-Eidhoff.

Die von uns schon in unserer letzten Nummer besprochene „Verächtigung“ des Herrn Eidhoff ist uns inzwischen zugegangen; sie hat den folgenden Wortlaut:

„An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin SW. Unter Bezugnahme auf den in Nr. 30 Ihrer Zeitung veröffentlichten Artikel „Politische Aspiration“ erlaube ich Sie auf Grund von § 11 des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874 um die Aufnahme folgender Verächtigung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung: Ich habe niemals mein Wort verpfändet oder „mein Ehrenwort gegeben“, die Wahl in meinem früheren Wahlkreise Mählhausen-Langensalza-Weihensee in jedem Falle anzunehmen; ich habe vielmehr während des ganzen Wahlkampfes in beiden Wahlkreisen, in denen ich kandidierte, ausdrücklich vermieiden, für die Eventualität einer Doppelwahl irgend eine verbindende Zusage zu geben. Berlin, 16. Februar 1907. Richard Eidhoff.“

Wir konnten demgegenüber schon in unserer letzten Nummer auf zwei offizielle Kundgebungen des freisinnigen Wahlkomitees des Kreises Mählhausen-Langensalza hinweisen, die das gerade Gegenteil dieser Verächtigung beweisen.

Inzwischen ist uns weiteres Material in dieser Sache zugegangen. Nach dem Bericht der freisinnigen „Mähl. Ztg.“, Nr. 31 vom 6. Februar 1907, hat bei Verkündung des Stichwahlresultates am Abend des 5. Februar der Vorsitzende des freisinnigen Kreiswahlkomitees, der Mählhauser Fabrikant Stephan, seine Rede auf Eidhoff wörtlich, wie folgt, geschlossen:

„Meine Herren, es ist uns zum dritten Male gelungen, unseren Professor Eidhoff in den Reichstag zu bringen, und wir wollen hoffen und wünschen, daß er uns noch viele Jahre dort vertreten möge! Weil wir nun wissen, meine Herren, daß unser Professor Eidhoff, unser neuer Abgeordneter, uns in würdiger Weise im Reichstage vertreten wird, weil wir wissen, daß er nie etwas versprochen, was er nicht halten könnte, darum freuen wir uns, daß er uns erhalten blieb. Und wir können unserer Freude keinen besseren Ausdruck verleihen, als daß wir ihm ein dreifach donnerndes Hoch bringen.“

Und im Anschluß an diesen Siegesfeier-Bericht konnte man in derselben Nummer der „Mähl. Zeitung“ ebenso wörtlich folgendes lesen:

„Dem Wahlkomitee der Vereinigten liberalen Parteien geht uns folgende Mitteilung zu: Bei einem Doppelmandat muß die definitive Zusage des Gewählten der Zentralleitung zur Entscheidung unterbreitet werden, im Falle Eidhoff unsonst, als es sich hier in Mählhausen-Langensalza-Weihensee um ein konservatives, in Lempe-Mettmann um ein sozialistisches Gegenmandat handelt. Immerhin wird die Zentralleitung der freisinnigen Volkspartei dem gegebenen Worte des Professors Eidhoff nicht zuwiderhandelnd entscheiden können.“

Der letzte Satz ist auch in der „Mähl. Ztg.“ gesperrt gedruckt, zweifellos, um der freisinnigen Zentralleitung das Ehrenwort des Eidhoff zu unterbreiten.

Wie Herr Eidhoff nach diesen Beweisen seine dreifache Verächtigung aufrecht erhalten will, wird allen, wohl auch ihm selbst, ein Rätsel bleiben! Reugierig darf man danach auch wohl darauf sein, wie sich sein früheres Wahlkomitee die jegliche Behandlung durch ihn gefallen lassen wird; freilich handelt es sich um ein freisinniges Wahlkomitee.

Bürgerliche Blätter vom Montagabend bringen die Nachricht, daß Herr Müller, nachdem der „Vlod“ durch Aufstellung der Herren Anstadt und Merken gesprengt worden sei, seine Kandidatur niedergelegt habe. Am Sonntagabend war Herr Müller aber noch anderer Ansicht, denn auf ein Teleogramm des konservativen Komitees hin hatte er, wie die Mählhauser Blätter vom Sonntag berichten, zurücktelegraphiert, daß er seine Kandidatur aufrecht erhalte, und das konservative Wahlkomitee hat daraufhin an die konservativ-Zentralleitung in Berlin telegraphiert, daß es „an der Kandidatur Müller unbedingt festhalte“. Die Kandidatur Müller wird dauernd nachgerade ein Weizenstängel. Ueberhaupt zeigt die Aufstellung der bürgerlichen Kandidaten in diesem Kreise ein Muster bürgerlicher Kandidatenmoniering: die Herren Kandidaten werden von den diversen Claqueurs, schreibend: Wahlkomitees, aufgestellt, ohne die Wähler irgendwie zu fragen!

Leipziger Justiz.

Die Leipziger Strafkammer hat gestern den Genossen Herrere als verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ zu der ungeheuer hohen Strafe von fünf Monaten Gefängnis wegen vermeintlicher Verleumdung des sächsischen Staatsanwalts Böhmke verurteilt. Die „L. V.“ hatte in Abwehr gegen sie gerichteter Angriffe und in Besprechung eines damals wegen Verleumdung des Staatsanwalts Böhmke angestregten Prozesses u. a. einen Artikel mit der Ueberschrift „Böhmke und Liman“ veröffentlicht. Schon in der Ueberschrift dieses Artikels und in anderen Ausführungen derselben Nummer erklärte das Gericht eine Verleumdung. Wegen den bisher völlig unbestraften Genossen Herrere, den Dr. Karl Liebmann verteidigte, wurde auf die hohe Strafe erkannt. Von der Staatsanwaltschaft wurde als Strafschärfungsgrund die Unbestrafttheit des Genossen angeführt. Einen ausführlicheren Bericht behalten wir uns vor.

Am demselben Tage wurde vom Leipziger Schöffengericht die Privatklage des Liman gegen die Genossen Dr. Rehring,

Kressin und Seger und die gegen Liman erhobene Widerklage verhandelt. Es wurde gegen Genossen Dr. Rehring auf zwei Wochen, gegen Genossen Kressin auf einen Monat und gegen Genossen Seger auf 25 Tage Gefängnis erkannt. Liman wurde wegen eines Falles freigesprochen, wegen eines weiteren Falles zu 50 Mark Strafe verurteilt. Einen ausführlichen Bericht über den Prozeß finden die Leser an einer anderen Stelle des „Vorwärts“.

Das im Limanprozeß gefällte Urteil zeigt mit klarster Deutlichkeit, wie wenig die zum Schutze der Angeklagten, des Rechts und der Wahrheit aufgeworfenen Dämme gegenüber einer Justizstandzuhalten vermögen, deren Balken nicht als Instrument der Gerechtigkeit, sondern als Instrument des Klassenkampfes die Angeklagten empfinden müssen. Entgegen dem Gesetze werden die von den Angeklagten geladenen und erschienenen Zeugen nicht vernommen. Entgegen dem Gesetze werden Gründe für die Ablehnung der Beweisaufnahme darüber, daß der Privatkläger, der sich durch Ausdrücke des Zweifels an seiner Ehrenhaftigkeit beleidigt fühlt, einen groß verleumderischen Artikel geschrieben hat, nicht verhandelt. Die Angeklagten werden auf die Urteilsgründe — im Gegensatz zum Gesetze — vertrieben. Und was sagt das Urteil zur Rechtfertigung dieser kaum glaublichen Beschränkung der Verteidigung? Nichts, es sei denn der Passus soll Gründe ersehen, der davon spricht, daß ein Wahrheitsbeweis unzulässig oder unmöglich sei, daß der Liman ein eheliches Pube ist. Alles, was gegen die Persönlichkeit Limans im Prozeß vorgebracht ist, bleibt im Urteil unerörtert, unerwähnt. Und dennoch wird gegen die angegriffenen sich ihrer Haut wehrenden Redakteure der „L. V.“ auf Gefängnisstrafe erkannt. Hingegen wird der Liman in einem Falle, in dem er die Unwahrheit nachweislich verbreitet hat, freigesprochen, in einem anderen Falle zu einer verhältnismäßig geringen Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten werden zu zweifellos höhere Instanzen anrufen und sich nicht zu der deprimierenden Ansicht herabdrücken lassen, daß die durch die verleumderischen Behauptungen der „Leipziger Neueste Nachrichten“ Tag für Tag gefilterten Abkommen dieses Liman-Blattes auf die denkbar tiefste geistige Stufe herabgedrückt sind, so daß im dortigen Milieu Recht doch nicht zu finden sei. Wir rufen die Prophezeiung des nachmaligen Kaisers Friedrich ins Gedächtnis, der einmal befürchtend aussprach, eine völlige geistige Degeneration des Beamtenums werde eintreten, das nach dem Siegesrausch vom Jahre 1870/71 im nationalen Zaumel gezogen würde. Eine Justiz, die diese Prophezeiung verwirklicht, trägt die Reine zu ihrem eigenen Untergange in sich.

Deutsches Reich.

Noch einmal das Temps-Interview.

Vom Genossen Ed. Bernstein erhalten wir nachfolgende Zuschrift mit der Bitte, sie zu veröffentlichen:

In einigen mir zugesandten Parteiblättern werden an das „Interview“, das ein Berliner Korrespondent der „Temps“ mit mir gehabt haben soll, Bemerkungen geknüpft, die mich nötigen, noch einmal kurz auf den Gegenstand zurückzukommen.

Zunächst wiederhole ich, daß das Gespräch, auf das ich mich mit dem betreffenden Korrespondenten einließ, nicht den Charakter eines Interviews trug, sondern eine ganz formlose Unterhaltung war, an der auch ein Dritter, ein russischer Gesinnungsgenosse teilnahm. Auf Grund dieser Unterhaltung hat der Korrespondent später aus dem Gedächtnis ein Interview komponiert, das selbstverständlich auch beim besten Willen den Ton und den Zusammenhang meiner Äußerungen nicht genau wiedergeben konnte, im einzelnen vielmehr böse Irrtümer enthält.

Um nur eins herauszugreifen. Das Interview läßt mich sagen, gerade die Radikalen unserer Partei seien bei der Wahl unterlegen. Wer mich einigermaßen kennt, wird auch wissen, daß ich so etwas absolut nicht gesagt haben kann. Es ist mir denn auch im Traum nicht eingefallen, einen solchen Satz auszusprechen. Im Gegenteil erinnere ich mich sehr genau, auf die Richtwiederwahl von Eims, Edmund Fischers, Fritz Herberichs und andere verwiesen zu haben, die zu den gemäßigten Mitgliedern der Partei gerechnet werden. Weiter erinnere ich mich ganz genau, betont zu haben, daß ich von der ganzen Unterscheidung in Radikale und Gemäßigte in der Partei wenig halte, und daß ich wohl in Anknüpfung hieran davon gesprochen habe, daß auch eine erhebliche Anzahl solcher Genossen, die man als Radikale bezeichnet, unterlegen seien, sowie daß gerade ein verhältnismäßig sehr großer Prozentsatz von Wahlniederlagen unserer Partei auf den Verbreitungsbezirk desjenigen Parteiganges falle, das als Hauptorgan des radikalen Flügels der Partei gelte.

Wahrscheinlich weil ihm die letzte Bemerkung am stärksten im Gedächtnis haften geblieben ist, hat der Korrespondent den obigen Satz niedergeschrieben, der meiner ganzen Parteipolitik widerspricht. Ich habe noch nie einem Parteigenossen aus seinem Radikalismus einen Vorwurf gemacht und im Punkte Wahlunterstützung meinerseits ebensowenig zwischen Radikalen und „Gemäßigten“ unterschieden, wie als sehr radikal bekannte Genossen im Wahlkampf einen solchen Unterschied gemacht haben.

Wie mit dem einen Satz, so nun auch mit anderen. Soll ich sie Punkt für Punkt analysieren? Nein vernünftiger Mensch wird mir das zumuten. Nachdem ich konstatiert habe, wie das „Interview“ zustande kam, habe ich auf eine Widerlegung im einzelnen verzichtet zu müssen geglaubt — einmal, weil solche Interviews gewöhnlich kaum den Tag überleben und zweitens, weil ich von den Parteigenossen annehmen zu dürfen glaube, sie würden nach jener Feststellung wissen, wie sie die Sache des Interviews zu lesen hätten.

Schließlich noch ein Wort gegen den Vorwurf, es sei ungerade, mich überhaupt mit dem betreffenden Korrespondenten in ein Gespräch eingelassen zu haben. Ich will nicht untersuchen, ob der Pariser „Temps“ die ihm von einigen Parteiblättern beigelegten Titel sämtlich verdient. Der Beruf des Zeitungskorrespondenten ist in der Journalistik derjenige, der seine Träger am wenigsten für die Haltung des Blattes verpflichtet, für das er schreibt. Der Berichtshalter soll objektiv über Tatsachen berichten, nicht Meinungen fabrizieren. Es haben denn auch zu allen Zeiten — es sei nur an unseren Liebsteint erinnert — schon gute deutsche Sozialisten es durchaus mit ihrer Gesinnung für vereinbar gehalten, für kapitalistische Blätter Korrespondenzen zu schreiben. In noch höherem Grade wird solches Tun in England, Frankreich, Italien usw. für durchaus legitim erachtet. Selbst wenn also der „Temps“ von Grund aus kapitalistisch-reaktionär wäre, würde das noch einen Schluss auf die Gesinnung seines Korrespondenten zulassen und Titel wie „kapitalistischer Preßspieß“ und dergleichen rechtfertigen. Mir wurde der betreffende seinerzeit durch einen sehr verdienten und sehr radikalen französischen Parteigenossen vorgelegt, und wenn ich ihn auch keinem Gesinnungsbericht unterworfen habe, so habe ich doch von ihm den Eindruck eines ehrenhaften und gebildeten Mannes erhalten. Ich glaube denn auch nicht, daß er mich betruht über den Zweck der Unterhaltung getäuscht hat, um die er mich ersuchte, oder die erwähnten Äußerungen absichtlich falsch wiedergegeben hat. Ich räume ein, daß ich hierin hätte vorsichtiger sein, mir entweder die Verwendung unserer Unterhaltung für ein „Interview“ hätte ausdrücklich verbitten oder dessen nachherige Unterbreitung hätte ausbedingen müssen. Mit dem Bedauern, daß dies nicht geschah, glaube ich nunmehr die Äußer über dies Vorwissen schließen zu können.

Schöneberg-Berlin, den 18. Februar 1907.

Ed. Bernstein.

Auch nach dieser Darstellung Bernsteins sind wir der Ansicht, daß es zum mindesten sehr „unvorsichtig“ von einem Parteigenossen ist, sich mit politischen Gegnern in eine Unterhaltung über interne Parteiangelegenheiten einzulassen — auch wenn diese Unterhaltung „ganz formlos“ ist.

Bourgeois-Terrorismus.

Bürgerliche Blätter haben in den letzten Wochen allerlei von gewissenlosen Zeilenschändern erfundene Meldungen verbreitet, da und dort hätten sozialdemokratische Wahlkomitees oder Blätter zum Boykott aller jener kleinen Geschäftsleute aufgefordert, die nicht sozialdemokratisch gewählt hätten: Meldungen, die schon dadurch als Schwindel charakterisiert werden, daß weder die Wahlkomitees noch die Redaktionen der sozialdemokratischen Blätter wissen können, welcher Geschäftsleute gegen den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat; es müßte denn sein, daß die betreffenden Herren Geschäftsinhaber öffentlich mit ihrer Stimmenabgabe rekonstruiert und auf die „verlotterte“ Sozialdemokratie geschimpft hätten.

Dagegen läßt sich in vielen Fällen nachweisen, daß nicht nur Unternehmer diejenigen Arbeiter, die sich am Flugblattstragen und anderen agitatorischen Arbeiten beteiligten, schlankweg entlassen, sondern vielfach auch ihren Arbeitern den Einfluß bei sozialdemokratisch gesinnten Geschäftsleuten direkt verboten haben. Wie es die Herren, die sich über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter enträsten, selbst treiben, zeigt ein von den vereinigten bürgerlichen Parteien des Fürstentums Reuß j. L. in Gera verbreitetes Flugblatt, in dem sie zum festen Zusammenschlusse gegen die Sozialdemokratie auffordern. Die Geschäftsleute werden aufgefordert, nicht in sozialistischen Blättern zu inserieren. Diejenigen, die der Aufforderung nicht nachkommen, sollen von den Bürgern boykottiert werden.

Allerdings heißt nach bürgerlicher Moral der Zweck die Mittel. Jede Gemeinheit ist gestattet, wenn als ihr Zweck die Förderung der „nationalen“ Gesinnung bezeichnet wird.

Offizielle Unverschämtheit.

Die von einer obskuren Zeitungs-Korrespondenz erfundene blödsinnige Ente, Bebel und Singer hätten sich zu „Nordd. Gewerkschaftstag“ in einem Berliner Lokal in Sekt besichtigt, war natürlich auch von der „Nordd. Allg. Ztg.“ gebracht worden. Als Bebel diese kindische Lüge brandmarkte, druckte das offizielle Organ die albernen Entschuldigungen der halb-offiziösen „Köln. Ztg.“ nach, wonach die Behauptung, daß Bebel Sekt getrunken habe, ja gar nicht so unerhörtes gewesen sei. Warum hatte dann überhaupt die „Nordd. Allg. Ztg.“ diese blödsinnige Notiz abgedruckt?

Aber das offizielle Organ treibt die Lumperei noch weiter. Das betreffende Korrespondenzbüro hat trotz Bebel's Entgegnung seinen Schwindel aufrecht, und die „Nordd. Allg. Ztg.“ wiederum die Notiz der Schwindelkorrespondenz nach. Offenbar gebietet es der „Nordd. Allg. Ztg.“ der politische Anstand, diese Lüge eines anonymen dunklen Ehrenmannes trotz der bestimmtesten Widerlegung durch eine Persönlichkeit wie Bebel aufrecht zu erhalten. Der Reichstagen-Verband hat anscheinend ein paar seiner journalistischen Anstalts in die Redaktion der „Nordd. Allg. Ztg.“ abkommandiert!

Offizielle Lumperei.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ mocht das Bürgertum, schleunigst neues Geld in den Beutel des Flottenverweins und des Reichsbankbundes zu tun, da die „sozialdemokratische Partei in Geld schwimmt.“ Habe doch der „Vorwärts“ allein über 175 000 Mk. quittieren können, die im Januar bei dem Kassieren des Parteivorstandes eingegangen seien. Dann heißt es weiter: „Das geschäftliche Unternehmen des „Vorwärts“ brachte im vorigen Jahre das nette Summen von 65 648 Mk. Reingewinn.“ Auch das ist wieder eine offizielle Lumperei. Die 65 648 Mk. Ueberschuss sind nicht der Reingewinn des „Vorwärts“ vom letzten Jahre, sondern nur vom 4. Quartal des Jahres 1906. Das stand auch ganz deutlich in der Rechenschaftsablegung im „Vorwärts“ zu lesen. Man sieht, die offiziellen Klumpflecker können auch nicht eine einzige Zahl richtig wiedergeben!

Christlich-nationaler Jubel.

„Sieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ziehen in den neuen Reichstag ein“ — heißt es im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“. Das Blatt schlägt diesen Erfolg um so höher, „als die Sozialdemokratie eine zerschmetternde Niederlage erlitten hat“. Wesentlich nüchternere sieht das Blatt der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung „Der Arbeiter“ die Sache an. Zwar triumphiert es auch über den Mandatsverlust der Sozialdemokratie, dann aber meint es: „Andererseits bleibt die Tatsache bestehen, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen nicht zurückgegangen, sondern um mehrere Hunderttausend gewachsen ist... Seien wir davon überzeugt, daß die Sozialdemokratie mit verdoppeltem Eifer in der Werkstatt und im Fabrik, im Bureau und auf dem Felde, in Versammlungen und im Laufe für ihre Ideen werben wird. Ramentlich dürfen sich die freien Gewerkschaften immer mehr zu Rekrutenschulen der roten Internationale ausbilden... Der Kampf der Sozialdemokratie wird insofern noch an Heftigkeit gewinnen, als zahlreiche Agitatoren, die bislang durch die parlamentarische Tätigkeit gefesselt waren, nunmehr wieder losgelassen und in der sozialen Kleinarbeit verwendet werden können.“

Die Herren Giesberts und Genossen glauben die Sozialdemokratie schon völlig im Sack zu haben. Die „zerschmetternde Niederlage“ der Sozialdemokratie genügt ihnen noch nicht. In dem christlichen Zentralblatt wird die „endgültige Beseitigung der sozialdemokratischen Gefahr“ als notwendig erklärt. Und das soll erreicht werden dadurch, „daß man ihr erstens den Zuwachs neuer Mitglieder abschneidet und zweitens die irreführten Mitläufer möglichst abzugewinnen sucht“, und das wiederum ist nur möglich durch „intensive Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ und durch „entschiedenen Ausbau der sozialen Gesetzgebung“.

Man sieht, das Rezept ist sehr einfach. Nachdem nun fünf ultramontane Arbeitervertreter im Reichstage sitzen, verstärkt durch die unschätzbare Kraft des Herrn Behrens und des Antikemiten Schand, werden die Arbeiter millionenweise der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zuströmen, und Regierung und Parteien werden mit Goldstampf voraus den entschiedensten Ausbau der sozialen Gesetzgebung unternehmen. Was sich die sieben Männer von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die mit knapper Mühe und mit erkennbarem Widerwillen der eigenen Partei in den Reichstag gewählt worden sind, nicht alles zutrauen!

Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages hat folgenden Antrag bei der Kammer eingereicht:

„Die Kammer wolle beschließen, die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, auf Grund dessen an solche Gemeindeverwaltungen Staatsbeiträge gewährt werden, die Zuschüsse an Berufsvereine von Arbeitern und Angehörigen zu den von ihnen an ihre Arbeitslosen geleisteten Unterstützungen zahlen.“

Die Staatsbeiträge sollen die Hälfte der von den Gemeindeverwaltungen jährlich tatsächlich für den erwähnten Zweck verwendeten Gelder betragen. Die staatlichen Beiträge sollen an die Gemeindeverwaltungen dann bezahlt werden, wenn die von ihnen zu erlassenden Ordnungen über die Gewährung von Bei-

trägen zur Unterstützung der Arbeitslosen folgenden Grund- sätzen entsprechen:

- 1. Von den Gemeinden ist ein besonderer kommunaler Arbeitslosenfond einzurichten, der als eine kommunale Anstalt mit eigener Kassen- und Rechnungsführung zu verwalten ist;
2. an der Verwaltung des kommunalen Arbeitslosenfond sind die an den kommunalen Arbeitslosenfond angeschlossenen Berufsvereine zu beteiligen;
3. die Gemeindeverwaltungen haben nach dem Minister des Innern zu erlassenden Vorschriften alljährlich Rechnung über die Verwaltung des kommunalen Arbeitslosenfond zu stellen;
4. von den Gemeindeverwaltungen wird nur an solche Berufsvereine Unterstützung geleistet, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung aus Vereinsmitteln gewähren;
5. die kommunalen Arbeitslosenfond dürfen Zuschüsse nur an solche Berufsvereine zahlen, die ausschließlich aus Arbeitern und Angestellten sowie aus solchen Mitgliedern bestehen, die dem Verein als bezahlte Beamte angehören oder als frühere Arbeiter und Angestellte nach Aenderung ihres Berufs die Mitgliedschaft fortsetzen;
6. der Zuschuß darf nur für Unterstützung im Falle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit getätigt werden. In Fällen, wo die Arbeitslosigkeit eine Folge von Streiks ist, tritt keine Zuschußleistung seitens der Gemeinde ein, ebensowenig bei Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit, Unfall oder Invalidität.

Maul- und Klauenseuche in Ostpreußen. Das Reichliche Telegr.-Bureau meldet:

Königsberg, 18. Februar. Die Maul- und Klauenseuche ist in der hiesigen Provinz von neuem ausgebrochen, und zwar auf einem Vorwerke eines Gutes im Kreise Osterode. Ursache ist die Einschleppung der Krankheit durch den Personenverkehr erfolgt. Es ist alles geschehen, um die weitere Verbreitung der Seuche zu verhüten.

Also auch diesmal ist nach offiziöser Vermutung die Seuche durch den Personenverkehr eingeschleppt. Man scheint im Landwirtschaftsministerium gar nicht zu empfinden, welche scharfe Kritik durch diese fortgesetzten Vermutungen an der Grenzsperrung gerichtet wird. Wenn die Uebertragung der Maul- und Klauenseuche so außerordentlich leicht durch den Personenverkehr erfolgt, haben die sogenannten Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr kranker Viehes nicht den geringsten Zweck. Die Logik erfordert dann, entweder die zwecklosen Seuchenschutzbestimmungen aufzuheben, oder auch den Personenverkehr mit den verseuchten Nachbarländern aufzuheben. Vielleicht schwingt sich der Bund der Landwirte auch noch zu dieser Forderung auf.

Nachforderungen für die Kolonien.

Der Reichstag wird sich in nächster Session mit einer Reihe Nachtragsforderungen für Deutschlands wertvolle Kolonien zu beschäftigen haben. In der heutigen Sitzung des Bundesrates fand Zustimmung der Ausschussbericht über Niederschlagung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die Feststellung eines (ersten) Nachtrags zum Reichshaushaltetat für das Rechnungsjahr 1906, und des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines (ersten) Nachtrags zum Haushaltsetat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906; ferner über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsetat für das Rechnungsjahr 1906; sodann über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsetat der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906 und über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gewährung eines Zuschusses an das südwestafrikanische Schutzgebiet.

Weitere Forderungen folgen.

Die Kolonialkassabale werden demnächst in Dortmund wegenhand gerichtlicher Verhandlung sein, denn das Kommando der Schutztruppe liegt — wegen Verletzung der Offiziere der Schutztruppe. Der Strafentwurf richtet sich gegen unseren Genossen Arndwald, der als Redner in einer Wählerversammlung am 13. Januar in Proklamation wiederholte, was von verschiedenen Rednern im Reichstage über die grausame Kriegsführung in Südwestafrika, insbesondere über das Ausreihen der Geschlechtslose, vorgebracht worden ist.

Zur Meisterprüfung im Handwerk.

Die Düsseldorf Handwerkskammer hat den Versuch gemacht, die Zahl der Handwerker, die innerhalb eines gewissen Zeitraums die Meisterprüfung gemacht haben, zur Zahl derer in Verhältnis zu bringen, die innerhalb desselben Zeitraums selbständig geworden sind. Dabei stellt sich heraus, daß von 1862 Handwerfern, die in der Zeit vom 1. Oktober 1905 bis zum 1. Oktober 1906 einen Gewerbetrieb in Regierungsbezirk Düsseldorf auf Grund des § 14 G. D. angemeldet haben, nur 353 oder 18,9 Prozent in demselben Zeitraum die Meisterprüfung abgelegt haben. Die niedrigsten Prozentzahlen finden sich mit 3,2 bis 7,6 bei den Barbieren, Friseurern und Perückenmachern, Fleischern, Drechslern, Stuckateuren, die höchsten mit 43,7 bis 69,6 bei den Zimmerern, Stellmachern und Schmieden. Die Jungmeister beklagen sich beinahe ausschließlich über die Behörde die Meisterprüfungen nicht genügend bewerten und das Publikum den geprüften Handwerkern nicht den Vorrang einräumen vor den nichtgeprüften. Das Ergebnis der Düsseldorf Untersuchung beweist aber, daß die Handwerker gar kein Verlangen nach der Meisterprüfung haben.

Wenn du aber gar nichts hast . . . Der 67 Jahre alte Scherenscheifer Johann Hirschmann aus Drossenfeld stand vor der Strafammer in Bayreuth, des Betrugs und Betruges angeklagt. Er hatte beim Betrug durch falsche Vorspiegelungen höhere Beträge herausgeschwindelt, als sie sonst gegeben werden. Der alte Mann erzählte eine wahre Lebensgeschichte, die die Redenart von der geschickten Erzählung des Arbeiters trefflich illustriert. Niemand gebe ihm Arbeit, da er zu alt sei; nur eingespart werde er immer, wenn er, um nicht zu verhungern, bestele. Die Gemeinde tue nichts für ihn, nicht einmal ein Bett habe er. Er erhielt fünf Monate vierzehn Tage Gefängnis. Eine herrliche Weltordnung!

Zu den Enthüllungen des „Bayr. Kurier“. Wie der „Bayrische Kurier“ meldet, wurde in der Angelegenheit der von ihm veröffentlichten Briefe aus dem Flottenverein der demontierten Rebaftur Siederer auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft heute als Zeuge vernommen. Er verweigerte jede Auskunft über den Erwerb des betreffenden Materials und gab eine dahingehende Erklärung zu Protokoll.

Militärjustiz.

Die „Offenlichkeit“ des militärgerichtlichen Verfahrens steht, soweit Vorgesetzte als Angeklagte in Betracht kommen, fast nur noch auf dem Papier, seitdem die bekannte Verordnung des Kaisers erlassen ist. Wird gegen einen Vorgesetzten verhandelt, so erschließen jedesmal die militärischen Interessen und die Disziplin gefährdet. Das Kriegsgericht der 17. Division (Altona) schloß am Sonnabend für die Dauer der ganzen Verhandlung gegen den Sergeanten Wilhelm Abbefer von der 9. Kompagnie des Regiments „Hamburg“ die Offenlichkeit aus, wobei begründet auf die zu. Verordnung hingewiesen wurde. Wie aus dem Eröffnungsbeschluss hervorgeht, soll der Angeklagte sich der qualifizierten militärischen Untersuchung haben zuschulden kommen lassen. Als Zeugen waren 40 Personen geladen, darunter der Hauptmann Bausel, ein Beutnant und eine Anzahl Reservisten. Der Angeklagte, der als Kurier fungierte, soll ihm anvertraute, dem Militärjustiz gehörende Gegenstände verkauft haben. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Die Korrespondenz „Information“.

Der Genosse Bebel hat, wie er uns mitteilt, der „Information“ folgende Erklärung zugeandt:

Schöneberg-Berlin, den 18. Februar 1907. Hauptstr. 54

An die Redaktion der „Information“, Berlin.

Mit Hinweis auf § 11 des Reichspräsidentengesetzes erlaube ich Sie um die Aufnahme folgender Berichtigung in die nächste Nummer Ihres Blattes:

In der Nr. 12 der „Information“ halten Sie nicht nur die früher in Ihrem Blatte veröffentlichte Schilderung: „Wie Bebel und Singer Kaisers Geburtstag feierten“ aufrecht, Sie weisen auch meine Angabe, daß Ihr Berichterstatter sich jene Nachricht aus den Augen gelassen habe, auf das entschiedenste zurück. Zur Bekräftigung Ihrer falschen Angaben füge ich hinzu, daß der Vorgang sich im Roland von Berlin, in der Nacht vom 27. auf den 28. Januar abgepielt habe und mein Freund Singer und ich dabei von dem „Genossen Volkmar“ gesprochen hätten.

Ich erkläre aus neue, daß auch diese Darstellung von A. bis Z. erfunden ist, daß ich in der Nacht vom 27. auf den 28. Januar Berlin mit keinem Fuß betreten habe und mich am Abend jenes Tages mit meiner Frau in der Familie meines Freundes Rautsky in Friedenau befand.

Unverkümmert ist nie gelogen worden, wie Ihr Gewährsmann Sie belügen hat.

Ergebenst A. Bebel.

Husland.

Frankreich.

In Wirkwarr der Krise.

Paris, 16. Febr. (Fig. Ver.)

Wir sind mitten im Wirkwarr. Mit diesen Worten hat Clémenceau die kirchenpolitische Situation in der merkwürdigen Kammerfassung charakterisiert, in der er die von seinem Kollegen Triand tags zuvor willkommen geheißenen Vorschläge des Vatikan „mit einem Jurisiri“ beantwortete. Der Akt im Ministerium, der damals allen sichtbar geworden war, konnte dank Jaurès' dampfendem Appell einen Augenblick lang verdeckt erscheinen, aber die inneren Gegensätze, die die jetzige Regierung in sich barg, erwiesen sich stärker als die wärmsten ideologischen Argumente. Wir stehen am Vorabend der Krise.

Im Grunde war das Ministerium Triand-Clémenceau von Anfang an der lebendige Widerspruch in sich selbst. Seine erste Aufgabe war die Durchführung des Trennungsgesetzes. Gerade in der kirchenpolitischen aber hatten die leitenden Männer einander feindselig gegenübergestellt und in einem heftigen Duell Stellungen eingenommen, die keiner von ihnen verlassen konnte, ohne sich ganz unter das Kommando des anderen zu begeben. Eine solche Unterordnung aber ist weder Clémenceaus noch Triands Charakter gegeben. Dazu kommt, daß jeder eine starke ideale Macht hinter sich sah: Clémenceau — die revolutionäre Tradition und den radikalen Liberalismus, Triand — die politische praktische Vernunft, die ihre Zwecke mit den tatsächlichen Verhältnissen zu vereinbaren sucht. Triands kirchenpolitisch hat die Vereinfachung, zu weit vorgeschobene Stellungen des Radikalismus zu räumen, vielleicht nicht immer mit der rationalem Klugheit modifiziert, aber man kann sagen, daß seine Politik im allgemeinen nicht weiter zurückgewichen ist, als es die Macht der vorhandenen religiösen Massenbedürfnisse und das Bedürfnis des Staates nach anderen gesellschaftlichen Reformen nötig machten. Clémenceau aber war in der sonderbaren Lage, daß ihn jede Zustimmung, die Triand von der selbstständigen radikalen Mehrheit erzwang, doppelt traf, da sie auch den parlamentarischen Boden seiner Ministerschaft untergrub. Er mußte wehrlos zusehen, als sein gefährlicher Rivale Combes die bekannnten Angriffe gegen die Triandsche Politik richtete und ihm eine passive Solidarität auflud, die seinen Interessen wie seinen Meinungen widersprach.

Die jetzige kritische Situation entspringt daraus, daß Clémenceau Triands Politik nicht weiter mitmachen will. Ob er etwas Bestimmtes an ihre Stelle zu setzen hat, das ist sehr fraglich, aber weder für ihn, der seine eigene Macht und politische Stellung zu behaupten hat, noch für einen großen Teil der radikalen Parteien von entscheidender Bedeutung.

Die unmittelbare Veranlassung der kritischen Wendung ist die Ablehnung der Regierungsvorlage über die Aufhebung des Anmeldeparagrafen durch die Senatsmehrheit. Wohl gemerkt, es war nicht die Disposition gegen die Triandsche Nachgiebigkeit, die die Senatoren geleitet hat, sondern die Bourgeoisangst vor der Verlammlungsfreiheit, die im Gesetzestext eine von den Sozialisten beeinflusste Formulierung erhalten hatte. Nicht die Freiheit der Kirche: Gottesdienst ohne Deklaration abzuhalten, ihr Rechte sie, sondern das Bedenken, Streikversammlungen zu keiner Tageszeit verhindern zu können und für sozialistische Agitation gar noch kommunale Säle einzuräumen zu müssen! Aber es scheint, daß Clémenceau an diesen Mißerfolg der Regierung, der in Wahrheit weniger eine Niederlage Triands als des demokratischen Prinzips ist, seinen Versuch knüpfen will, sich des Kulturministeriums zu entledigen. Ob er freilich durch das Angebot einer antikirchlichen Kampfpolitik seine eigene Stellung wird retten können, das ist sehr zweifelhaft, denn es wirken noch andere Mächte mit, der Krise einen größeren Umfang zu geben. Die Hoffnungen, durch den Einkommensteuervertrag Caillaux und durch die Regierungserklärungen über die russische Anleihe verstimmt, läßt im Stillen ihre Einflüsse wirken. Verlangt das radikale Freidenkertum das Haupt Triands, so die Hoffnungen das des Finanzministers. Clémenceau vermochte sich nur am Ruder zu erhalten, wenn er den Kleinbürgersozialismus, mit dem er bisher loyelliert hat, durch ein kapitalistisch-liberales Regime ersetzen konnte. Aber da ihm dann nicht nur die Opposition der Sozialisten, sondern auch eines Teils der Radikalsozialisten droht, so ist ihm die Bildung einer Majorität ohne Konzessionen an die gemäßigten Republikaner nicht möglich. Diese aber wollen wiederum keinen Kulturkampf. So ist es wenig wahrscheinlich, daß Clémenceau selbst aus dem Wirkwarr glücklich herauskommen wird.

Italien.

Ein Stutbad in Calabrien.

Aus Rom wird und geschrieben: Sein Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, seine proletarische Demonstration hat den Vorwand für das neueste Stutbad abgegeben. Es waren friedliche Bürger aller Volksschichten, die unter den Ausrufen: „Es lebe der König!“ „Es lebe die Königin!“ „Nieder mit der Grundsteuer!“ vor das Rathaus von Firmo zogen. Nicht mit Säbeln und Knütteln bewaffnete Arbeiter, wie sie die Phantasie der Scharfmacher sieht, waren es, sondern kleine Leute im Sonntagsgewand, denen ein Musikkorps voran zog. Sie forderten die Anwendung des Gesetzes, das die durch das Erdbeben vom September 1905 betroffenen Gemeinden um 30 Proz. der Grundsteuer entlastet. Der kleine, nicht ganz 2000 Einwohner zählende Ort hat seit der unglücklichen Nacht, die so furchtbaren Elend über Calabrien brachte, vergebens Hilfe von der Regierung und von der öffentlichen Wohltätigkeit erwartet. Seine halbt eingestürzten Häuser, seine unwegsam gewordenen Straßen sind unberücksichtigt gelassen worden und die Not hat einen großen Teil der männlichen Bevölkerung zur Auswanderung in überseeische Länder getrieben. Die furchtbare Notlage hat die Steuerbehörde nicht abgehalten, diese Steuern in der alten Höhe zu fordern und das Gesetz für Calabrien durch allerlei Schliche zu umgehen. Daher die Erbitterung in dem kleinen Orte, wo jeder ein Fleckchen Erde hat, auf dem der Fiskus sich niederlassen kann, um die Armen auszuschlagen.

Da die Menge diese Gewaltthat hatte, daß man ihr Unrecht tat, daß man sie bei der Abgabenerhebung wider das Gesetz belästigt, verlammete sie sich protestierend vor dem kommunalen Steueramt. Als sich der Zug nach dem Hause wandte, in welchem die Abgabenregister verwahrt sind, warf sich der Unterleutnant der

Karabinieri ihm mit sechs Mann entgegen und ordnete das Einstecken der Pistolen an. Ehe die Demonstration aber Zeit hatten, die Order zu befolgen, rissen die Karabinieri schon in ruder Weise die Instrumente fort. Die so brutal Angegriffenen hatten noch gar nicht verstanden, um was es sich handelte, als schon die berühmten drei Trompetentöne erklangen, die das Signal zum Auseinandergehen sein sollen. Fast gleichzeitig — wir folgen dem Bericht der ministeriellen „Epibone“ — gab der Leutnant den Befehl zum Feuern und entließ selber seinen Revolver auf die ratlos und verwirrt dastehende Menge! Eine furchtbare Verwirrung entstand, in welche die Schreie der Verwundeten hineingestiegen. Alles stürzt auseinander. Am Boden liegt ein Kind, zu Tode verwundet. Die Mutter kniet neben dem Sterbenden nieder und wird von 4 Kugeln getroffen! Ohne Unterbrechung, Schuß auf Schuß entladen die Soldaten ihre Waffen auf die fliehende Menge. Als die „Schlacht“ geschlagen ist, bleiben ein totes Kind und elf schwer Verwundete auf dem Pflaster. Unter diesen befinden sich fünf Frauen. Von den „Siegen“ haben drei Schrammen an den Händen, die sie sich beim Fortreißen der Musikinstrumente geholt haben, einer ist durch einen Steinwurf am Arm verletzt.

Nach der feigen Missetat begann der Leutnant Verhaftungen vorzunehmen. Obwohl die elf Verwundeten Verbandzeug und Desinfektionsmittel brauchten, verhaftete man den einzigen Apotheker am Orte! Gegen Abend wurden alle Verhafteten freigelassen werden. Alle Verhafteten, unter diesen die des „Giornale d'Italia“, des „Mattino“ und der radikalen „Vita“ haben vom Unterpräfekten die Verhaftung des Unterleutnants gefordert.

Dieselbe Bevölkerung, die in so vornehmer Weise in Trauer versetzt worden ist, hatte am Abend vorher mit frohem Eifer für die Unterbringung der Karabinieri gesorgt! Die Leute werden jetzt endlich wissen, daß es noch schlimmere Dinge gibt als die Erdbeben: den Fiskus und die Hüter der öffentlichen Ordnung, die für eine hungernde Menge nur Weiz und Pulver haben.

An Giordano Brunos Todestage (lehten Sonntag) fanden in mehreren großen italienischen Städten antikirchliche Kundgebungen statt. In Rom begab sich ein großer von den Vereinigungen der Sozialisten, Republikaner, Radikalen, Freimaurer, Garibaldianer und Studierender gebildeter Zug nach dem Campo die Fiori, um Kränze an dem Denkmal Giordano Brunos niederzulegen. Der Zug ging dann nach dem Kapitol, wo mehrere Abgeordnete der auferstehenden Linken Ansprachen hielten. Während des Vorgehens kam es wiederholt zu Ruhestörungen, die zu mehreren Verhaftungen führten. In Venedig wurde eine Kundgebung zu Ehren Frankreichs und des Trennungsgesetzes veranstaltet.

Dänemark.

Die Zoll- und Steuerreform.

Das Folkething hat Ende voriger Woche seine Beratungen über die Regierungsvorlagen zur Reform des Zolltarifs, Ermäßigung der Zuckergebühren, Erhöhung der Erbschaftsteuer und Einführung einer Spirituosensteuer abgeschlossen. Alle vier Entwürfe wurden im Folkething angenommen. Die Spirituosensteuer nur mit der geringen Mehrheit von 51 Stimmen der Liberalen und Moderaten gegen 35 der Sozialdemokraten, Radikalen und der Rechten. Man will diese neue Steuer, die ebenso wie die Erhöhung der Erbschaftsteuer den Ausfall an Zolleinkünften teilweise ausgleichen soll, in Form einer Stempelabgabe erheben, wodurch eine beständige Kontrolle der ungefähr 18000 Spirituosengefäße Dänemarks notwendig wird. Zu diesem Zweck muß eine Anzahl neuer Steuerbeamter eingestellt werden, was nach Meinung der Regierung jährlich 40 000 Kronen kosten wird. Ob diese Summe ausreichen wird, um die 4 Millionen, die die Steuer einbringen soll, herbeizuschaffen, ist noch fraglich.

Unsere Parteigenossen haben sich im Laufe der Verhandlungen rechtlich benützt, die Zollreform gründlicher zu gestalten und bei der Erbschaftsteuer die großen und größten Vermögen stärker heranzuziehen. Ihr Bestreben scheiterte daran, daß die herrschende Reformpartei auch in Zoll- und Steuerfragen ihren alten radikalen Standpunkt aufgegeben hat und sich mit Halbheiten und teilweise mit Verdrähtungen zufrieden gibt.

Die Regierung strebt danach, die Reform noch in dieser Session durchzuführen. Ob das Landeshing, dem die Entwürfe nun überwiesen sind, jenem Wunsch Rechnung tragen wird, ist zweifelhaft. Für Verbesserungen im Zoll- und Steuerwesen, die der Waffe des Volkes zugute kommen, die Reichem etwas mehr belasten, ist auch die Mehrheit dieses Oberhauses nicht leicht zu gewinnen.

Schweden.

Stockholm, 18. Februar. (B. G.) Beide Kammern beschloßen im Prinzip die zwangsweise Einföhrung und Teilung von Alkoholisten und erließen die Regierung um die erforderlichen Erhebungen und Vorschläge.

Amerika.

Ein sozialistisches „Gebet“.

Zu Staatsparlament von Wisconsin sitzen fünf Sozialisten als Mitglieder, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um ihre Kollegen im Parlament über den Sozialismus zu belehren. Senation erregten sie kürzlich bei der Eröffnung der Tagung. Bekanntlich sind in allen amerikanischen Staatsparlamenten, wie auch im Kongreß zu Washington, Geistliche angestellt, die die Sitzung mit einem Gebet eröffnen. Trotz der Trennung von Staat und Kirche mag der fromme Amerikaner die Geistlichkeit im öffentlichen Leben nicht ganz entbehren. Als nun der Vorsitzende des Parlaments von Wisconsin die Sitzung eröffnete, bemerkte er zu spät, daß der Pastor fehlte, und er forderte Genossen C. H. Thompson, der lange Jahre in Denver (Colorado) als evangelischer Pastor gewirkt hatte, auf, die vorgeschriebene Zeremonie auszuführen. Die Aufforderung geschah in halb ironischer Weise, aber Thompson läßt sich nicht verbläffen. Er trat vor die Versammlung und belete! Er rief Gott an, daß er den Seghegebern zu der Erkenntnis verheßen möge, daß Hunderttausende von arbeitenden Männern und Frauen in Wisconsin Tag für Tag ein elendes, kummervolles Leben führen, während wenige sich am Ertrage der Arbeit anderer göttlich tun, er sprach von den Schäden der Frauen- und Kinderarbeit und redete ernst und eindringlich von den Sünden der heutigen Gesellschaft, die — als eine ungerechte — gestürzt werden müßte, um einer besseren Platz zu machen. — Niemand wagte, das „Gebet“ zu unterbrechen oder zu lärmern. Man mußte es still über sich ergehen lassen, will aber in Zukunft darüber wachen, daß der „ordentliche Geistliche“ antwefend ist.

Unsere Genossen brachten gleich darauf verschiedene Gesetzesvorschläge zum Nutzen der Arbeiter ein, die natürlich bitter bekämpft wurden. Mit dem ungewöhnlichen Gebet beschäftigten sich alle Zeitungen im Staate.

Das Einwanderungsgesetz.

Der Bericht der gemischten Kommission beider Häuser des Kongresses über das Einwanderungsgesetz wurde am Samstag dem Senat ohne nennentliche Abänderung angenommen. Das Gesetz enthält einen Zusatz, wonach der Präsident die Zulassung von Staatsangehörigen eines anderen Landes zu dem kontinentalen Gebiet der Vereinigten Staaten verweigern kann, wenn die Pässe der betreffenden Einwanderer für ein anderes Land als die Vereinigten Staaten oder für die insularen Besitzungen der letzteren oder für das Panamakanalgebiet lauten, sofern er überzeugt ist, daß die Pässe in einer Weise beanagt werden, welche die Interessen der amerikanischen Arbeiter schädigt. Durch diesen Zusatz, mit welchem sich der japanische Botschafter bis zum Abschluß eines neuen Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Japan einverstanden erklärt hat, soll der japanische-Juwelhandel erledigt werden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Die Zeichen mehren sich, welche dafür sprechen, daß der Kampf eine entschiedene Wendung zugunsten des Holzarbeiterverbandes nimmt. Am Montag meldeten sich nur 62 Mitglieder, die am Sonnabend ausgesperrt worden sind. Die Gesamtzahl derjenigen, die im Laufe der vergangenen Woche ausgesperrt wurden, ist erheblich geringer als die Zahl derer, welche die Arbeit wieder aufnehmen konnten bei solchen Unternehmern, welche die Aussperrung zurückgezogen und in aller Form Frieden mit dem Holzarbeiterverband geschlossen haben. Hierzu gehören unter anderem die bekannten größeren Firmen Deintich Wittig, Fliege u. Lehmann, sowie Enders. Eine Anzahl kleinerer Arbeitgeber, welche ebenfalls die Aussperrung zurückgezogen haben, können öffentlich nicht genannt werden, weil sie sonst Schädigungen durch den Terrorismus der Schutzbundsführer zu fürchten haben. Solche Befürchtungen halten auch manche Kleinmeister ab, seiner besseren Einsicht zu folgen und den Kampf aufzugeben. Die Scharfmacher bieten alles auf, um ihre Gefolgschaft bei der Fährte zu erhalten. So haben sich die Herren Wiesele von Firma Hülsenbeck u. Kroll und Gehlke von der Firma Heim u. Gehlke nicht weniger wie viermal am Sonnabend bei Sghmann u. Erdmann eingefunden, welche geneigt waren, die Aussperrung zurückzunehmen. Den vierfachen Anstrengungen der beiden Scharfmacher ist es denn auch gelungen, die zum Frieden bereiteten Arbeitgeber auf ihrer Seite zu behalten. Auch die Herren Hübler von der Firma Hergesell u. Hübler, sowie Alendorff und Schaar sind in der gleichen Weise mit großem Eifer tätig. Die Geschäfte dieser Herren werden durch die Aussperrung wohl wenig oder gar nicht leiden, denn ihnen ist es gelungen, sich beizeiten mit Hirsch, Dunderschen und unorganisierten Arbeitwilligen zu verstehen, so daß sie ihre notwendigen Arbeiten ohne Schwierigkeit fertigstellen konnten. Solchen Führern, die sich selber vor den Folgen des Kampfes gesichert haben, fällt es natürlich nicht schwer, andere ins Feuer zu treiben.

Dem unseren Lesern durch seinen Verzichtungsseifer bekannten Tischlermeister Thoms in der Landbergerstraße scheint es nicht gelingen zu wollen, soviel Arbeiter zu bekommen, als er augenblicklich gern haben möchte. Nachdem er verschiedentlich in auswärtigen Zeitungen Arbeiter verlangt hatte, suchte er jetzt 20 Tischlergesellen durch die „Berliner Volkszeitung“. Dabei gab er jedoch nicht seine Adresse an, sondern die eines Restaurateurs Hase, Gartenstr. 12. Hier stellten sich 14 arbeitssuchende Tischler ein. Bald erschienen auch zwei Herren, engagierten die Arbeitssuchenden, sagten aber nicht, bei wem sie arbeiten wollten. Die Arbeiter wollten nun mitkommen. Durch eine Hintertür entzerrten sich die Unternehmer mit den eben gewordenen Arbeitern. Als der Zug in der Landbergerstraße anlangte, merkten die Arbeiter, wohin die Reise gehen sollte. Kurz und bündig erklärten sie: Bei Thoms fangen wir nicht an, machen leicht und liegen die beiden Herren mit langen Gesichtern sehen.

Die „Nachzeitung“ erzählt in ihrer letzten Nummer wieder eine Geschichte, welche zeigen soll, daß die Ausgesperrten, beziehungsweise der Holzarbeiterverband, die Arbeitgeber geradezu anbetteln, um sie zur Wiedereinstellung der Ausgesperrten zu bewegen. Die „Nachzeitung“ schreibt: „Nun da jüngsthin einer der Kollegen von einem Gange nach Hause. Zu seinem Erstaunen fand er auf seinem Hof die von ihm ausgesperrten Gesellen. Sie baten um Wiedereinstellung und legten zugleich ein Schriftstück vor.“ Nun wird das Schriftstück wörtlich zitiert. Es ist eine Vereinbarung, wie sie der Holzarbeiterverband mit jedem Arbeitgeber abschließt, der die Ausgesperrten wieder einzustellen wünscht. Die Vereinbarung geht dahin, daß sich der Arbeitgeber verpflichtet, die Aussperrung zurückzunehmen, sich an ihre nicht mehr zu beteiligen und die Löhne und Arbeitsbedingungen einzuführen, welche bei Beendigung der Aussperrung zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbart werden. Dagegen verpflichtet sich der Holzarbeiterverband, bis zum Abschluß eines Vertrages zwischen ihm und den Berliner Tischlermeistern bei dem betreffenden Arbeitgeber keine Forderungen zu stellen und nicht zu streiken. — Wie die „Nachzeitung“ weiter erzählt, haben die Ausgesperrten, die den Meister um Wiedereinstellung baten, diesem noch andere Arbeitgeber namhaft gemacht, welche sich auf derselben Grundlage mit den Arbeitern verständigt hätten, durch eine Nachfrage bei den Benannten habe aber der Meister festgestellt, daß die Mitteilungen der Ausgesperrten ein ganz gewöhnlicher Schwindel seien.

Wenn auch die „Nachzeitung“ so vorichtig ist, den Namen dessen zu verschweigen, der um Wiedereinstellung gebeten worden sein soll, so weiß man doch beim Holzarbeiterverband ganz genau, wer gemeint ist. Es handelt sich um den Tischlermeister Weiß, Fruchtstr. 29. Nach dem, was uns die an der Angelegenheit beteiligten Vertreter des Holzarbeiterverbandes mitteilen, ist die Darstellung der „Nachzeitung“ in allen wesentlichen Punkten das Gegenteil der Wahrheit. Der Fall Weiß sieht vielmehr so aus:

In der Werkstatt des Herrn Weiß hatte man bisher nichts von Aussperrung wahrgenommen. Erst in der vergangenen Woche meldeten sich drei Arbeiter, welche angaben, von Herrn Weiß ausgesperrt zu sein, während noch etwa 20 oder mehr Arbeiter weiter beschäftigt wurden. Der Holzarbeiterverband verzichtete eine Werkstattführung, um den Fall zu untersuchen. Während die Sitzung in einem Restaurationslokal stattfand, erschien Herr Weiß in demselben Lokal. Die beiden anwesenden Vertreter des Holzarbeiterverbandes fragten Herrn Weiß, ob die Entlassung der drei Arbeiter als Aussperrung anzusehen sei und machten ihn auf die möglichen Folgen aufmerksam. Herr Weiß versicherte, es handle sich nur um Entlassungen wegen „Maumachens“ und schlechter Arbeit, er denke gar nicht daran, seine Arbeiter auszusperrn. Im Laufe dieser gelegentlichen Besprechung zeigte sich Herr Weiß geneigt, zwei der Entlassenen wieder einzustellen, sich auch in aller Form gegen die Aussperrung zu erklären, falls der Holzarbeiterverband ihm die Forderungen und Streik verschone. Darauf glaubten die Verbandsextraktoren eingehen zu können. Sie erschienen am folgenden Tage mit dem genannten Schriftstück bei Herrn Weiß, es wurde auch unter Teilnahme des Ausschusses der Weißschen Werkstatt über diese Angelegenheit verhandelt, und als Herr Weiß mit Rücksicht auf seine Kollegen Bedenken gegen die Vereinbarung erhob, wurde ihm der Wahrheit gemäß gesagt, daß sein Nachbar und Spezialkollege Rittner ebenfalls die Aussperrung zurückgezogen habe. Weiß ersuchte nun um Bedenkzeit, die ihm natürlich gewährt wurde. Er hat sich dann mit seinem Kollegen Rittner in Verbindung gesetzt, diesen wieder zur Teilnahme an der Aussperrung bewegen, er hat die Vereinbarung nicht unterzeichnet, sondern das Schriftstück der „Nachzeitung“ übermittelt, die nun an die Veröffentlichung desselben eine gänzlich unwahre Darstellung knüpft, um ein wenig Stimmung zu machen unter denen, die lieber heute als morgen Frieden mit den Arbeitern machen möchten, wenn sie nicht die Rache der Scharfmacher zu fürchten hätten.

Wenn die „Nachzeitung“ meint, die Meister seien nicht so töricht, um solche Separatverträge mit dem Holzarbeiterverband abzuschließen, so kennt sie ihre Pappeneimer schlecht. Beeinflusst scharfsinnig ist dagegen die Schlussfolgerung der „Nachzeitung“, daß es sich bei dem fraglichen Schriftstück, weil es mit der Schreibmaschine hergestellt ist, nicht um ein vereinzelt Exemplar handelt. Das stimmt. Es haben schon viele Tischlermeister den Separatvertrag unterzeichnet und die Nachfrage danach ist bereits so stark, daß man die betreffenden Schriftstücke nicht mehr mit der Schreibmaschine herstellen kann. Sie sind jetzt

in großer Anzahl gedruckt und finden Lebhafte Absatz. Wenn der „Nachzeitung“ nächstens ein gedrucktes Exemplar der Vereinbarung zu Gesicht kommen sollte, dann wird sie durch den Anblick desselben ihre scharfsinnige Schlussfolgerung, daß es sich „nicht um ein vereinzelt Exemplar“ handelt, bestätigt finden. Ob zu ihrer Freude?

Die Aussperrung der Kraftdroschkenführer

Hat die Scharfmacher dieses Gewerbes allmählich in eine starke Verlegenheit gebracht. Die Droschkenführer stehen noch so fest wie am ersten Tage und die Firmen, welche sich der Aussperrung nicht anschließen, schöpfen jetzt das Fett von der Brähe. Das wird den beteiligten Unternehmern auch allmählich klar, denn im „Börsen-Courier“, einem Unternehmerorgan, wie es im Buche steht, lesen wir:

„Der Kampf der Kraftdroschkenführer scheint seinem Ende entgegen zu gehen. Unter den Mitgliedern des Vereins der Kraftdroschkenbesitzer hat sich bereits eine Anzahl besonders der kleineren Unternehmer zusammengetan, um, entgegen den früheren Beschlüssen, eine Verhandlung mit den Führern zur Beilegung des Kampfes anzubahnen. Es wird sich schon in nächster Zeit entscheiden, ob die Friedenspartei im Arbeitgeberverein die Oberhand erhält.“ Im beiderseitigen Interesse wäre das sicher zu begrüßen. Zu derselben Sache schreibt die „Arbeitgeber-Zeitung“:

„Der Ausgang des Kampfes im Kraftdroschkengewerbe hängt tatsächlich davon ab, ob die Unternehmer die genügende Anzahl neuer Chauffeurs hier ausbilden können, welche die Streikenden ersetzen.“

Sehr richtig. Bisher ist es aber den Ausgesperrten gelungen, die Mehrheit der Ausgebildeten wieder auf ihre Seite zu bekommen. Und bei der Eigenart des Chauffeurberufes, der eine gewisse Intelligenz verlangt, die ihrerseits Selbstbewußtsein und Ehrgefühl erzeugt, stehen die Aussichten auf Gewinnung von Arbeitwilligen sehr schlecht. Die Unternehmer täten deswegen gut, sich mit dem erhöhten Gewinn aus dem neuen Tarif zufrieden zu geben und nicht außerdem noch die Löhne ihrer Angestellten zu beschneiden.

Tariffbewegung der Herrenmähnschneider.

Der Schneiderverband hatte am Sonntag eine Mitglieder-versammlung der Herrenmähnschneider im Feenpalast veranstaltet, die über die Forderungen an die Arbeitgeber Beschluß faßte. Der riesige Saal war gedrängt voll, ein Beweis für den Ernst und Eifer, womit die Schneider dieser Branche die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen anstreben. Der von der Lohnkommission und verschiedenen Unterkommissionen im Einvernehmen mit der Ortsverwaltung ausgearbeitete Lohnaristament war den Anwesenden am Eingange des Saals überreicht worden. Der Referent Kunze erwähnte in seinem Vortrage die früheren Bestrebungen der Herrenmähnschneider, einen einheitlichen Lohnarif für Berlin durchzuführen, schilderte die gegenwärtige Lage und erläuterte den vorliegenden Entwurf. Im Laufe der letzten 14 Jahre haben drei solche Bewegungen stattgefunden. Gleichwohl sind die Tarifverhältnisse in Berlin noch sehr zerfahren und unbefriedigend, während es in anderen Städten des Reiches schon gelungen ist, einheitliche Tarife Anerkennung zu verschaffen. In Berlin existieren für die Branche ungefähr 200 verschiedene Tarife, die mit den einzelnen Arbeitgebern abgeschlossen sind. Sie werden aber zu einem großen Teil nicht streng innegehalten. Nur für 60 Geschäfte kann man die Tarifverhältnisse als geregelt ansehen. Dabei würden ungefähr 500 Geschäfte mit 6500 Arbeitern in Betracht kommen. Es ist also noch viel zu tun, um etwas Allgemeines und Einheitliches zu schaffen. Das starke Wachstum der Organisation bürgt jedoch dafür, daß das Ziel erreichbar ist. Allerdings ist auch die Organisation der Arbeitgeber gewachsen, und ihre Vertreter haben schon davon gesprochen, daß sie eine allgemeine Aussperrung vornehmen wollten und erklärt, daß sie gar nichts bewilligen könnten, wie das ja bei den Arbeitgebern aller Verufe ganz und gäbe ist, wenn Forderungen gestellt werden. Nun ist jedoch vor einigen Tagen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe und dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands ein Uebereinkommen zustande gekommen, das ein Schema zu örtlichen Tarifverträgen, Bestimmungen über Tarifüberwachungskommissionen und Schiedsgerichte enthält und die örtlichen Organisationen beider Parteien verpflichtet, bei Streitigkeiten mit einander zu verhandeln. Danach wird sich wohl auch der Verband Berliner Gewerbetreibender der Mähnschneiderei zu richten haben. Sollten die Arbeitgeber dennoch den Kampf wollen, so sind selbstverständlich die Gehilfen bereit und gerüstet, ihn aufzunehmen.

Der Tarifentwurf ist bis ins kleinste sorgfältig ausgearbeitet. Er umfaßt 88 Ostarbeiten. Die Akkord- wie die Zeittarife sind je nach den Anforderungen, die an die Arbeit gestellt werden, in vier Klassen eingeteilt. Die Zeittarife, die verlangt werden, sind für die I. Klasse 87,50 M., für die II. 84 M., für die III. 83 M. und für die IV. 80 M. Wochenlohn. Die Arbeitszeit soll 9 Stunden sein. Die Stundenlöhne sollen betragen für die I. und II. Klasse 70, für die III. 68 und für die IV. 65 Pf.; die Stundenlöhne zum Wenderungstarif für die I. und II. Klasse 60, für die III. 55 und für die IV. 50 Pf. Für Ueberstunden bis 10 Uhr abends werden 25 Prozent Aufschlag, nach 10 Uhr sowie für Sonntagsarbeit, wenn sie notwendig sein sollte, 50 Prozent verlangt. Unter den allgemeinen Bestimmungen ist die wichtigste die, daß die Arbeitgeber für eigene, den Anforderungen der Hygiene entsprechende Werkstätten sorgen sollen. Hierzu wurde vom Referenten sowohl wie in der Diskussion großer Wert gelegt. Im übrigen wurde besonders hervorgehoben, wie dringend notwendig es ist, daß die Lohnverhältnisse endlich der Verteuerung der Lebenshaltung angepaßt und einheitlich geregelt werden. Die Versammlung endete mit der Annahme folgender Resolution:

„Die Mitgliederversammlung des Verbandes der Schneider erklärt sich mit dem seitens der Lohnkommission ausgearbeiteten Lohnarif einverstanden. Sie beauftragt die Ortsverwaltung, ihn dem Verband Berliner Gewerbetreibender der Mähnschneiderei alsbald zu überreichen mit dem Ersuchen, über die Neugestaltung der Tarife in Verhandlungen einzutreten. Von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes erwartet die Versammlung, daß sie mit der Gehilfenschaft zusammen die seit vielen Jahren bestehenden Lohnarife einer zeitgemäßen Revision unterziehen.“

Achtung, Freiseuregehilfen!

Die Forderungen durchbrochen hat zum zweiten Male die bekannte Firma Kalkschinski, Emdenerstr. 10. Der Herr Meister scheint jedenfalls den Streit zu provozieren, denn er hat sich wieder denselben Fall zuschulden kommen lassen, den er sich einmal im Laufe des Sommers geleistet hat. Ferner sind noch Differenzen entstanden bei Blahner, Tbaerstr. 24, und Därsert, Gaudystr. 8. Die Arbeitgeber haben bisher (hauptsächlich im Winter) noch immer versucht, die Forderungen der Gehilfen illusorisch zu machen; aber es ist ihnen diesmal nicht gelungen. Um ein öfteres Durchbrechen der Forderungen vorzubeugen, ist es nötig, daß die von der Organisation ausgehenden Vorschriften genau befolgt werden. Dazu gehört in erster Linie die ordnungsmäßig abgestempelte Kontrollkarte. Denn nur diese ist ein Ausweis dafür, daß der Gehilfe organisiert und zu den aufgestellten Arbeitsbedingungen beschäftigt ist. Darum Kollegen, haltet treu zur Organisation und beweist den Arbeitgebern, daß wir die mühsam erkämpften Erzeugnisse auch fernerhin festhalten wollen. Hoch die Solidarität!

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehilfen Berlins, Bureau: Spillingstr. 15/16.

Die Konkurrenzklause. Aus Anlaß der in den letzten Tagen stattgefundenen Preisverhandlungen gegen die Konkurrenzklause, wobei von einem großen Warenhaus in der Leipzigerstraße

gesprochen wurde, ersucht uns die Firma Warenhaus Hermann Tich zu bemerken, daß derartige Abmachungen bei ihr nicht existieren.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterstreik. Seit Donnerstag voriger Woche streiken auf der der Dortmunder „Union“ gehörigen Zeche „Glückauf-Tiefbau“ die Schleppler und Pferdetreiber. Die Streikenden verlangen eine Lohnerhöhung, die ihnen die Vermaltung nicht zugestehen will. Am Sonnabend hat der Streik an Umfang zugenommen. Viele Hauer, die angehalten wurden, die Arbeit der Schleppler zu verrichten, weigerten sich dessen und führten aus der Grube. Die Förderung der Zeche hat infolge des Streiks erheblich abgenommen. „Glückauf-Tiefbau“ ist die Zeche, auf der vor einigen Monaten der Betriebsführer Hahn von einem Arbeiter erschossen wurde. Das Schwurgericht in Dortmund verurteilte den Täter zum Tode. Inzwischen ist ein neuer Betriebsführer eingestellt worden, der ein noch viel strengeres Regiment führt, wie der Ermordete.

Auf mehreren benachbarten Gruben macht sich ebenfalls eine Erregung unter den Schlepplern und Pferdetreibern bemerkbar.

Der „Zentralverband deutscher Reeder“ auf dem Kriegspfade.

Erst am 6. Februar er. ist in Berlin dieser neue Scharfmacherverband gegründet und schon nach Verlauf von ein paar Tagen erscheint er auf dem Plan, um den Kampf mit den ihm so sehr verhassten Organisationen aufzunehmen, sie zu zerstreuen. Anlaß zum Vorgehen glaubten die Unternehmer schon nehmen zu sollen, als vor kurzem in Hamburg wegen einer ungeziemenden Aeußerung eines Vices Differenzen zwischen diesem und den Arbeitern entstanden waren. Als sich die Schauerleute aber nicht provozieren ließen, veröffentlichten die Unternehmer in den Arbeitsnachweisstellen einen Ullas, nach welchem fürderhin wieder die ganzen Nächte und Sonntags gearbeitet werden sollte. Die Hamburger Schauerleute haben nun in einer Versammlung beschlossen, es bei den bestehenden Zuständen zu belassen, d. h. die Nacharbeit nach 10 Uhr abends und die Sonntagsarbeit zu verweigern. Durch diesen Beschluß wird an den bestehenden Zuständen nichts geändert! Seit fast einem Jahre wird, mit Zustimmung der Hamburger Reeder, keine ganze Nacht und Sonntag mehr gearbeitet.

Trotzdem liegt die gegnerische Presse (auch die anständig sein wollende), die Schauerleute hätten den Reedern den Krieg erklärt! Das ist eine Verleumdung, darauf berechnet, die öffentliche Meinung zu irritieren. Nicht die Schauerleute, sondern die Reeder wollen an den bestehenden Zuständen rütteln; nicht die Schauerleute, sondern die Reeder versuchen fortgesetzt die Schauerleute zu provozieren, damit sie eine allgemeine Aussperrung vornehmen und rechtfertigen können. Weil bei einer eventuellen Aussperrung der Hafenarbeiter so vielerlei Interessen kollidieren und weil dabei soviel direkt unbeteiligtes Kapital in Mitleidenschaft gezogen wird, wollen die Reeder nicht gern als die Angreifer erscheinen; sie möchten so gern einen Grund für ihre scharfmacherischen Märsche haben, um ihr Vorgehen als eine reine Abwehrmaßregel erscheinen zu lassen. Deshalb die fortgesetzten Provokationen! Sie glauben die Schauerleute zu einem aggressiven Vorgehen verleiten zu können, um dann über sie herzufallen.

Die Schauerleute resp. der Hafenarbeiterverband wollen den Kampf nicht. Nach dem Vortrage des Scharfmacherverbandes fragt es sich nur, ob sie ihm dauernd werden ausweichen können, zumal man ja nicht wissen kann, welche Mittel der Oberscharfmacher Wallin noch anwenden wird, um seinen Zweck zu erreichen. Der Hafenarbeiterverband bittet deswegen dringend um Fernhaltung jeden Zugewinns, besonders ungelerner Arbeiter; ferner bitten er um möglichst schnelle Benachrichtigung, sobald sich irgendwo Streikbrecheragenten zeigen.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter, ganz besonders aber die in den Hafenstädten erscheinenden Parteizeitungen werden um Abdruck gebeten.

Der bevorstehende erneute Kampf im Baugewerbe von Rürnberg-Fürth wird durch allerlei Vorboten angekündigt. Bekanntlich wurde im Oktober vorigen Jahres der monatelang mit größter Hartnäckigkeit geführte Kampf von den Arbeitern abgebrochen, da die Saison schon weit vorgerückt war und der Magistrat durch das Streikposenverbot die Ausübung des Koalitionsrechts nahezu unmöglich gemacht hatte. Die christliche Organisation hatte sich damals bereit, mit den Unternehmern einen Vertrag abzuschließen, der fast gar keine Verbesserungen brachte. Dieser Tarif sollte nunmehr den frei organisierten Arbeitern, die in der überwiegenden Mehrheit sind, ausgearbeitet werden, was jedoch energisch zurückgewiesen wurde. Die Arbeiter wollten nicht monatelang gekämpft haben, um schließlich Zugeständnisse zu erreichen, die gar keine waren und die sie schon vor Ausbruch des Kampfes hätten erreichen können. Der Streik war nur deshalb abgebrochen worden, um ihn bei günstigerer Zeit mit den alten Forderungen wieder erneuern zu können. Vor einem neuen Kampf hat das Unternehmertum Respekt, deshalb will es sich sichern und die Arbeiter durch einen Vertrag binden, ehe die lebhaftere Bauzeit wieder beginnt. Da nun der Frühling vor der Tür steht, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, den in Betracht kommenden Gewerkschaften zu eröffnen, daß bis 25. Februar ein Tarifvertrag auf Grund der neuneneinhalbstündigen Arbeitszeit abgeschlossen sein muß, widrigenfalls sich der Unternehmerverband zu „weiteren Maßnahmen“ gezwungen sähe. Die Arbeiter beharren jedoch auf der neunstündigen Arbeitszeit, auch entspricht ihnen die angebotene ungenügende Lohnregelung nicht. Es ist deshalb angebracht, schon jetzt allen Zugang von Bauarbeitern aller Branchen nach Rürnberg-Fürth fernzuhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verworfenne Revision. Das Reichsgericht hat die Revision des Rößelhändlers Meyer verworfen, der vom Schwurgericht zu Kassel am 11. Dezember 1908 wegen Raubes mit Todeserfolg, begangen an der Witwe Vogel in Bad Wildungen, zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Verhaftet. Straßburg, 18. Februar. (W. S.) In der Lehmgrube des Hageleibehlers Hatteler in Bergheim stürzte eine Lehmwand auf zwei junge Burken. Einer war sofort tot, der andere ist lebensgefährlich verletzt.

Brutalitäten gegen politische Gefangene. Petersburg, 18. Februar. (W. S.) Nach Meldungen aus Kasan haben die städtischen Semstwo den Staatsanwalt holen lassen und verlangten von ihm die Einleitung einer Untersuchung gegen die Gefängnisverwaltung, welche die Sträflinge gegen die politischen Gefangenen aufheben und dieselben anfordern, die wegen politischer Delikte inhaftierten Frauen zu vergewaltigen.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom Montag, den 18. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Weseler. Die zweite Beratung des Justizetats wird fortgesetzt. Bei der Beratung des Extraordinariums sagt Abg. Gylling (fr. Sp.) über die schlechten Verhältnisse in den Gefängnissen Ostpreußens.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß für Ost- und Westpreußen ein Zentralgefängnis errichtet werden solle. Der Etat wird bewilligt.

Der Gesetzentwurf betreffend die Auflösung des Depositalfonds wird in erster und zweiter Beratung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin auf Wilmersdorf.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verumfaltung von Ortschaften und landwirtschaftlich hervorragenden Gemeinden. § 1 des Gesetzes bestimmt, daß die Ortspolizeibehörde befugt sein soll, Bauausführungen zu verbieten, welche das Gesamtbild verunstalten. Nach § 2 kann ferner für eine geschlossene Ortschaft durch Ortsstatut bestimmt werden, daß an Straßen und Plätzen oder in der Nähe von Bauwerken von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung die Errichtung oder Veränderung von Gebäuden verboten werden kann.

Abg. Schmieding (3.) beantragte Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Die Abg. Busensky (natl.) und Borster (fr.) stimmen dem Grundgedanken des Gesetzes zu, halten aber auch eine Kommissionsberatung für nötig.

Abg. Schmitz-Überfeld (fr. Sp.) meint, der Entwurf lege an die Stelle klarer und fahbarer Begriffe den subjektiven Geschmack des Inhabers der Polizeigewalt. Wegen einer solchen Regelung hätten seine Freunde schwere Bedenken.

Abg. Münchberg (fr. Sp.): Wir stehen der Grundtendenz des Gesetzes sehr sympathisch gegenüber, im einzelnen freilich sind viele Paragraphen noch verbesserungsbedürftig. (Beifall links.)

Minister der öffentlichen Arbeiten Freitenbach: Der vorliegende Entwurf soll dem Bedürfnis nach ästhetischer Kultur Rechnung tragen. Nun ist es ja richtig, daß er in seiner jetzigen Form über die ursprünglichen Pläne der Regierung hinausgeht; aber ich kann nicht umhin, anzuerkennen, daß die Änderungen durch das Herrenhaus Verbesserungen sind. Die Befugnisse der Polizeibehörde sind allerdings weitgreifend, aber es wird ihr ja nicht die Ermächtigung gegeben, Schönheitsförderung zu wirken, sondern sie erhält nur die Aufgabe, zu verhindern, daß Unschönes in Erscheinung tritt. Außerdem werden die Ausführungsbestimmungen ihre Wirkung einschränken. Ich hoffe zuversichtlich, daß das Gesetz in der Kommission zustande kommt. (Beifall.)

Abg. Dr. Weder - Sieglitz (3.): Das Gesetz will der Polizei das Recht geben, jegliche Bauausführung zu verbieten, auch die private. Einem so weitgehenden Eingriff in das Privateigentum stimmen wir nicht zu. (Beifall im Zentrum.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. Brandenstein (1.) und Schmidt-Worburg (3.) wird die Vorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Ausübung des Jagdrechts. Der Gesetzentwurf setzt die Mindestgröße für gemeinschaftliche Jagdbezirke auf 75 Hektar fest.

Abg. Schulze-Pellum (1.) beantragt Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Die Abg. Herold (3.), Dippe (natl.), Brütt (fr.) und Fischbeck (fr. Sp.) erklären, daß ihre Fraktionen dem Entwurf sympathisch gegenüberstehen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag, 12 Uhr (Etat des Ministeriums des Innern.)

Schluß: 4 1/2 Uhr.

Die russische Revolution.

Hilfs-Nachrichten.

Petersburg, 17. Februar. (V. S.) Infolge der Arbeiterausperrungen, die jetzt schon zwei Monate dauern, leiden 25 000 Familien an Hunger und Kälte. Die Geistlichkeit hat einen Aufruf zugunsten der Arbeitslosen erlassen.

Frankfurt a. M., 18. Februar. (V. S. W.) Wie der „Frankf. Zeitung“ aus Odessa gemeldet wird, hat das dortige Vorkomitee ein Telegramm nach Petersburg gerichtet: daß infolge der Tätigkeit der schwarzen Banden alle Handelsgeschäfte eingestellt werden! Die Universität ist geschlossen. Man erwartet einen allgemeinen Streik der Mittelschüler.

„Ragzia.“

Das „Berl. Tagbl.“ erhält folgendes Privattelegramm aus Petersburg:

Zu der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag umzingelten 400 Polizisten die Speisehalle der Studenten und nahmen eine Handlung vor, die nicht weniger als drei volle Lastfuhrer revolutionärer Schriften zutage förderte. Hierauf wurde Sonntagmorgens die Universität, in deren Räumen mehrere Studentenversammlungen stattfanden, von der Polizei umstellt und durchsucht, wobei 71 Personen verhaftet wurden, die keine Studenten waren. Beim Verlassen der Universität wurden mehrere Studenten von der bewaffneten Polizei mit Knutenhieben auseinandergetrieben.

Die Wahlen in den Ostseeprovinzen.

Aus Riga wird uns geschrieben:

Noch immer lastet der Kriegszustand mit allen seinen Schrecken auf den unglücklichen Ostseeprovinzen. Von der zarischen Soldateska und ihren abligen Anführern sind allein im Laufe des vergangenen Jahres 3000 Menschen ermordet und hingerichtet worden. Mehr als 2000 Revolutionäre schmachten noch in den Gefängnissen. Die Zahl der Verbannten und aus der Heimat Geflohenen beträgt ungefähr 4000. Und mitten in der blutigen Atmosphäre der Feldgerichte wurde der Ullas der Dumawahlen bekannt gegeben! Als dann zulage trat, daß sich die Sozialdemokratie Letlands trotz alledem an den Wahlen beteiligen, da arbeitete die Reaktion mit erneueter Hochdruck: Massenverhaftungen im ganzen Lande, ständige Todesurteile der Feldgerichte, Folterungen in der Rigaer Geheimpolizei — das war das System des jetzigen baltischen Generalgouverneurs Baron Müller-Salomonski. Die revolutionäre Widerstandskraft des Volkes sollte gänzlich gebrochen werden, damit die baltischen Barone über die Leichen ihrer Gegner im Triumph in die Duma einzuziehen könnten. Sie haben aber eine furchtbare Enttäuschung erlitten. Zuerst fanden die Wahlen in der Arbeiterkurie statt, und trotz aller Verfolgungen und Repressalien stimmten die Kaufleute der Fabrikarbeiter von Riga, Libau und Mitau geschlossen für sozialdemokratische Wahlmänner. Dann kamen die Wahlen der Bauernkurie. Die demokratische Anteilnahme (Volkslehrer, Gemeindefreier usw.) auf dem Lande ist durch die „Strafexpeditionen“ in so hohem Grade dezimiert, die Bauern sind durch die grenzenlose Gewalt der Junker demoralisiert niedergedrückt, daß die Wahlhüter hier ganz bestimmt auf einen für sie günstigen Wahlausfall rechneten. Um aber des

Sieges sicher zu sein, raubten sie dem beschloßen ländlichen Proletariat das Wahlrecht: Alle diejenigen, die sich irgendwie an der revolutionären Bewegung beteiligt hatten, wurden aus den Listen gestrichen, alle sonst „Unzuverlässigen“ kurz vor den Wahlen verhaftet. Und das Resultat? Die Bauernschaft wählte im ganzen Lande radikal, in geschlossener Opposition gegen die Gutbesitzer. Unter den gewählten Gemeindegliedern befanden sich Sozialdemokraten in großer Anzahl (z. B. im Kreise Wenden 18), die sich allerdings unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht offen als Parteimitglieder bezeichnen konnten. Die administrativen Behörden waren geradezu erstarrt über das Wahlergebnis; im Kreise Solingen wurden in vielen Gemeinden die Wahlen kassiert, die Wahlmänner plötzlich verhaftet, und als auch diese Maßnahmen das Endresultat bei den Kreiswahlen nicht mehr ändern konnten, da griff man zu einem ganz ungewöhnlichen Trick: In Wenden wurden eine Stunde vor den Wahlen die Rechtsanwälte Stulfschla und Solosch, die mutmaßlichen Duma-Kandidaten für Livland, aus der Zahl der Wahlmänner gestrichen, wobei alle Proteste gegen ein solches widergesetzliches Vorgehen natürlich ganz unbeachtet blieben.

Ihre größten Hoffnungen hatten die vereinten Reaktionen auf die Wahlen der Städte gesetzt, aber auch hier erlebten sie ein lägliches Fiasko. Trotz aller behördlichen Wahlbeeinflussung, trotz aller repressiven Maßnahmen wählten die Städte überall entweder lettische und estnische Nationalisten oder Radikale resp. Sozialdemokraten. In der alten Universitätsstadt Dorpat siegte die Liste der estnischen Progressiven mit 2000 Stimmen über die Kandidaten der „baltisch-konstitutionellen“ Junkerpartei, die nur 700 Stimmen aufbrachte. In Walk wurden zwei Vertreter der „demokratischen Arbeitsgruppe“ gewählt, ebenso in Jellin und Berro; in Wolmar erhielt Baron Asterin bloß 75 Stimmen, in Tulum unterlag Oelsen mit 128 Stimmen gegen den lettischen Progressiven, der 982 Stimmen erhielt! Selbst in Mitau, dem alten Adelsnest, fielen die deutschen „Monarchisten“ durch, obgleich ihre Chancen die denkbar besten waren, da lettische Nationalisten und Demokraten bei den Wahlen gegen einander kämpften. Den glänzenden Sieg erliefte die Sozialdemokratie in der Handelsstadt Libau, wo ihre fünf Kandidaten mit 6500 Stimmen die reaktionäre deutsche Bürgerchaft aus dem Felde schlugen. Es hatte nichts gefehlt, daß man am Vorabend der Wahlen den sozialdemokratischen Kandidaten Saloskoni verhaftete und daß man am Tage der Wahl die Verteiler der sozialdemokratischen Stimmzettel ins Gefängnis warf. . . . Soeben trifft die Nachricht ein, daß auch in Reval der vereinigte demokratische Block mit gewaltiger Stimmenmehrheit gesiegt hat.

Außer von Riga liegt das Wahlergebnis in den Ostseeprovinzen vollständig vor: In Kurland stehen bei den Endwahlen 14 adeligen Großgrundbesitzer 34 Vertreter der Opposition gegenüber, in Livland 27 innerlichen Reaktionen 37 nationale Progressiven und radikale Demokraten. Es ist noch unentschieden, wie die Verteilung der Mandate unter den Nationalisten und Sozialdemokraten ausfallen wird, aber eins ist klar: daß kein baltischer Junker in die Duma gewählt wird. Die Wahlen haben von neuem bestätigt, daß trotz der grauenhaften Reaktion der revolutionäre Geist auch in den baltischen Volksmassen ungebrochen fortlebt und daß die Zukunft der deutschen Junker und Pfaffen hier vollständig aussichtslos ist. Sobald die Hüften und Bajonette der zarischen Soldateska aus den baltischen Städten und Dörfern verschwinden, bricht die ganze feudale Herrlichkeit zusammen.

Duma-Eröffnung.

Petersburg, 18. Februar. Wie amtlich berichtet wird, werden die Dumawahlen am 18. Februar (1. März) beendet sein. Die Eröffnung der Duma soll vier Tage später erfolgen.

Rußlands weiterer Rückzug in der Mandchurei.

Die vorzeitige Zurückziehung der mandchurischen Truppen dürfte für Rußland — trotz aller gegenteiligen Versicherungen der japanischen Regierung — doch einen weiteren Rückzug aus der Mandchurei bedeuten; denn obwohl sich der russische Landesverteidigungsrat die größte Mühe gibt, für Rußland wenigstens das zu retten, was im Argee selbst von den Japanern nicht erobert worden ist, scheitern alle bisherigen Anstrengungen der Russen vorläufig infolge der Erfolglosigkeit zu sein, als die Japaner bei ihrem zielbewussten Vorgehen in Ostasien immer festeren Fuß in der Mandchurei fassen und die Russen unaufhörlich zurückdrängen. Momentan ist Girin an der Reihe, wo Rußlands Prestige in politischer und kommerzieller Beziehung verloren geht. Die von den Russen bezugte, in mancher Beziehung hervorragende Stadt Girin weist augenblicklich fast gar keine Russen mehr auf. Die russischen Händler und sibirischen Großkaufleute haben ihre Giriner Geschäfte liquidiert; die mit großem Aufwand errichtete russische Spezialschule für Chinesen, die gut prosperierte, ist geschlossen, kurzum — die Russen haben Girin geräumt und den in Massen einwandernden Japanern überlassen. Diese heissen sich nun, ihre Maßnahmen zu treffen; sie haben schon eine Militärakademie eröffnet, den Grundstein für die Errichtung einer höheren Schule gelegt und mit dem Bau einer Eisenbahn nach Mukden begonnen. Unter solchen Umständen darf es nicht besonders verwundern, daß die unter dem Einfluß der resoluten Japaner stehenden Chinesen, insbesondere die chinesischen Behörden in und um Girin die früheren Freundschaftsbeziehungen zu den Russen gänzlich abgebrochen haben und jetzt in den meisten Fällen den Russen sogar feindlich gegenüber stehen. Besonders rassenfeindlich ist der auf Betreiben der Japaner zum Präfecten von Girin ernannte Dajug, den die Russen während der Vorkaufstände in der Mandchurei als Parlamentarier mit verbundenen Augen nach Chardin brachten. Für diese Verleumdung schwur Dajug schon seinerzeit den Russen Rache, weshalb man ihn damals nach Zigor verlegte. Nachdem nun Dajug in Girin eine einflußreiche Stellung inne hat, wird den Japanern ihr Vorgehen in mancher Beziehung erleichtert, und so ist die Zeit gar nicht fern, wo der Einfluß Rußlands in der reichen und in strategischer Beziehung wertvollen Giriner Provinz gänzlich verloren gehen wird.

Wertzuwachssteuern.

Langsam und allmählich bricht sich trotz des heftigen Widerstandes der Interessenten die Auffassung von der Richtigkeit einer Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden zugunsten der Gemeinden in immer weiteren Kreisen Bahn. Auf deutschem Boden zuerst 1808 in Braunschweig eingeführt, wird eine Wertzuwachssteuer in einer größeren Zahl preussischer Gemeinden, denen das preussische Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1803 in den §§ 13 und 18 dazu die Unterlage bietet, teils bereits erhoben, teils steht ihre Einführung bevor. Die größte Kommune Preußens, Berlin, befinde sich in dieser Zahl nicht. Zwar wird in Berlin seit nunmehr einem Jahr über die Einführung einer Wertzuwachssteuer beraten, allein es ist der engbegrenzten und beschränkten liberalen Hausbesitzerkurie, die in Berlins Verwaltung ausschlaggebend ist, bereits gelungen, die Wertzuwachssteuer im Ausschuss der ersten Lesung zu Fall zu bringen und die Ausschüsse für die weitere Beratung sind bei der Zusammenfassung des Ausschusses und des Stadivorordnetenkollegiums die denkbar schlechtesten. Aber nicht nur städtische Gemeinden kommen in Betracht. Auch für ländliche Grundbesitzerverhältnisse ist eine Besteuerung des

Wertzuwachses durch das preussische Gesetz über die Kreisabgaben auch den Kreisen zugänglich gemacht worden. In Sachsen und Hessen liegen den Kommunen Gesetzentwürfe über die Einführung der Wertzuwachssteuer zugunsten der Gemeinden vor. In Bayern hat sich der Landtag bereits im Jahre 1903 für diese Steuer ausgesprochen. Ferner haben in Bremen, in Wien, Brünn und zahlreichen anderen Orten zum Teil lang ausgepönnene Beratungen über die neue Steuerform stattgefunden. Kurz: an den verschiedensten Stellen versucht man, die ungeheure Wertsteigerung des Grund und Bodens, der sich infolge der falschen Bodenpolitik der Gemeinden fast überall in privatem Besitz befindet, in irgend einer Weise für die Allgemeinheit nutzbringend zu gestalten. Das ist natürlich kein Zufall.

Die den Kommunen zufallenden Aufgaben wachsen an Zahl und Intensität beständig. Immer größer wird für die Gemeinden die Sorge, die stetig anschwellenden Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Die Möglichkeit, neue Einnahmequellen zu erschließen, ist für die Städte aber begrenzt, da es für sie Bedenken hat, die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern über ein gewisses Maß hinaus zu erhöhen und andere Steuerquellen nur in ganz beschränkter Zahl offen stehen. Insbesondere die Gemeinden, welche bisher Verbräuchgaben erhoben, sind in die Notwendigkeit verfaßt, sich bald anderweitige Möglichkeiten der Steuererhebung zu eröffnen, da ihre Einnahmen aus dem Okroi vom 1. Januar 1910 ab durch den im § 13 des Posttarifgesetzes vom 25. Dezember 1903 bestimmten Wegfall eines Teils der Verbrauchssteuern eine teilweise erhebliche Einschränkung erfahren werden.

Auf solcher Steuersuche bietet sich den Gemeinden nun in der Bekämpfung des unverdienten Wertzuwachses des Grundbesitzes eine neue Einnahmequelle, die nicht nur den Vorkauf hat, leicht zu erheben, ergiebig und gerecht zu sein, sondern die neben ihren fiskalischen Qualitäten noch eine Reihe sozialer Zwecke zu fördern geeignet ist.

Ran kann die Auffassung gewisser Kreise, daß mit der Einführung der Grundsteuer und der Wertzuwachssteuer alle sozialen Schäden ihrer Lösung und Heilung entgegengeführt würden, mit Fug und Recht weit von sich weisen und doch mit aller Kraft für die Einführung von Wertzuwachssteuern eintreten. Es wird die allgemeine Konjunkturgenüßbesteuerung, die bisher noch nirgends durchgeführt ist, durch die Wertzuwachssteuer wenigstens für das Gebiet des Handels mit Grund und Boden, wo die Gemeinlichkeit und Ungerechtigkeit des bisherigen Systems sich offen zeigt, in die Praxis übergeführt. Dingu tritt als Vorteil einer Wertzuwachssteuer eine Einschränkung der Grundstückspekulation, die dadurch verminderte Möglichkeit einer stetigen Hinausschraubung der Grundstückspreise und Verteuerung der Wieten. Freilich, um solche Ziele zu erreichen, wird die Wertzuwachssteuer nicht bloß ein theoretischer Begriff sein, nicht nur auf dem Papier stehen dürfen, sondern den Interessenten erstlich fühlbar werden müssen. Hieran aber fehlt es — von Braunschweig abgesehen, wo ganz außergewöhnliche Verhältnisse herrschen — bei allen bisher bekannt gewordenen Ordnungen. Die ganze Widersinnigkeit und Schädlichkeit des den Grundbesitzern gesetzlich eingeräumten Uebergewichts in den Kommunalverwaltungen tritt eben auch in dieser Frage wie bei allen sozialen Aufgaben der Gemeinden klar zutage. Hatten Magistrat wirklich einmal durchgreifendere Bestimmungen vorgeschlagen, so wurden die Vorschläge von den betreffenden Stadivorordnetenkollegien derartig verwascht und beschnitten, daß sie den Interessenten nicht wehe tun können. Damit sind die Steuerordnungen denn unter Ausschreibung aller sozialen Momente zu mäßig ergebnis Einnahmequellen für die betreffenden Gemeinden herabgedrückt.

Auch der neueste gesetzgeberische Vorschlag läßt es leider an den nötigen Entschiedenheit fehlen. Vor wenigen Wochen hat der Gemeinderat der Stadt Mülhausen beschlossen, an die elsass-lothringische Regierung und den Landesauschuß eine Petition zu richten, damit die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung einer Wertzuwachssteuer zugunsten der Gemeinden geschaffen würden. Der Petition ist der Vorentwurf eines Gesetzes betreffend die Erhebung von Steuern und Beiträgen vom Wertzuwachs nebst Denkschrift als Material beigelegt. In letzterer werden in klarer, sachlicher Form all die zahlreichen Gründe aufgeführt, die für die Einführung einer Wertzuwachssteuer zugunsten der Gemeinden sprechen. Auch der Behauptung, mit der überall seitens der Gegner operiert wird, daß nämlich die Steuer von den starken Schultern auf die schwachen abgewälzt werden und daher am letzten Ende zu einer Verteuerung der Wieten führen würde, wird entgegengetreten. Diese Behauptung, welche das soziale Mäntelchen bildet, mit dem die Interessenten ihre Ablehnung zu umkleiden lieben, erscheint in der Tat ganz unhaltbar. Eine Grundsteuer wird sich um so leichter überwälzen lassen, je stärker, je unbeweglicher, je unabhängiger sie von den jeweiligen Wert- und Ertragsverhältnissen des Grundstückes ist, und je gleichförmiger sie von allen Grundbesitzern getragen werden muß. Dann wird sie leicht den Charakter einer Realabgabe annehmen, im Kreise des Grundstückes zum Ausdruck kommen und mietssteigernd wirken. Gerade bei einer Wertzuwachssteuer liegen aber alle diese Voraussetzungen nicht vor.

Der Vorentwurf stellt sich als äußere Schale eines Steuergesetzes dar, welche die Gemeinden je nach ihren lokalen Erfordernissen und Verschiedenheiten durch ein vom Gemeinderat zu beschließendes Ortsgesetz auszufüllen haben. Die Gemeinden sollen befugt, aber leider nicht verpflichtet sein, von dem Wertzuwachs der in ihrer Gemarkung liegenden Grundstücke eine Steuer zu erheben. Nur für solche Gemeinden, in denen infolge starker Bevölkerungszunahme oder anderer Umstände eine erhebliche Wertsteigerung einer größeren Anzahl räumlich zusammengehöriger Grundstücke eintritt, kann das Ministerium nach Anhörung der Kommission der Landesräte die Erhebung der Wertzuwachssteuer anordnen. Kommt das Ortsgesetz nicht binnen 6 Monaten nach der Anordnung zustande, so kann das Ministerium ein Ortsgesetz auf die Dauer von 3 Jahren erlassen. Ein Erwerb, der vor dem 1. Januar 1907 liegt, ist nicht zu berücksichtigen; doch kann die Berücksichtigung der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes liegenden Erwerbsfälle noch weiter beschränkt oder ausgeschlossen werden. Ein Wertzuwachs von weniger als 15 v. H. des Erwerbswertes muß von der Besteuerung freibleiben.

Mit diesen Vorschlägen bleibt der Mülhausener Stadtrat bedauerlicherweise noch hinter bestehenden Ordnungen zurück. Es ist klar, daß die Festsetzung einer Zeitgrenze, von der ab jeder Wertzuwachs erst berechnet werden darf, die Wirksamkeit der Steuerordnung mindestens in den ersten Jahren außerordentlich beeinträchtigt und große Werte von der Besteuerung überhaupt freiläßt. Diese Nachteile werden um so größer werden, je kürzer die angelegte Frist ist. Wird nun den Gemeindebehörden, wie es hier geschieht, die Möglichkeit gegeben, diese Zeitgrenze noch enger als im Gesetz bestimmt, so fassen, so liegt die Gefahr nahe, daß die mächtigen Interessentenkreise in den Gemeindeverwaltungen von solcher Zeitgrenze den weitesten Gebrauch machen und dadurch sehr erhebliche Gewinne ganz uneingeschränkt einfließen werden. Da in der Denkschrift selbst dem vielfach erbobenen, durchaus falschen Einwand entgegengetreten wird, daß der Wertzuwachs erst vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes berechnet werden darf, da sonst das Gesetz rückwirkende Kraft haben würde, so ist die Schwächlichkeit dieser Bestimmungen doppelt zu bedauern. Auch die Freilassung jeden Wertzuwachses bis zu 15 v. H. des Erwerbswertes ist außerordentlich weit gegriffen. Die meisten Ordnungen begnügen sich damit, 10 Proz. freizulassen. Solen beabsichtigt, überhaupt nicht freizugeben, sondern jede Wertsteigerung mit 5 Proz. derselben zu besteuern. Ueberschreitet die Wertsteigerung 10 Proz. des letzten Erwerbspreises, so sollen zu der Grundsteuer von 5 Proz. Zuschläge treten, die mit der Höhe des Wertzuwachses bis zu 20 Proz. steigen. In den Mülhausener Vorschlägen ist das Höchstmaß der Steuer auf

80 v. S. des Wertzuwachses festgesetzt. Eine Abmilderung nach der Länge der Eigentumszeit, sowie eine Unterscheidung zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken ist zulässig. Auch hier ist die Dehnbarkeit der Bestimmungen von Uebel. Weit besser wäre es gewesen, zwingende Normen festzusetzen.

Will man der Grundstückspekulation wirklich ernsthaft zu Leibe gehen, so müssen Bestimmungen getroffen werden, nach denen Gewinne, die in kurzer Zeit realisiert werden, scharfer zu besteuern sind, als Gewinne von Eigentumsübergängen, die etwa 10 Jahre und länger zurückliegen. Insbesondere müßte auch durch zwingende Normen eine Differenzierung in der Besteuerung von bebauten und unbebauten Grundstücken Platz greifen. Die Spekulation wird sich stets mit Vorliebe unbebauten Terrains zuwenden und gerade bei unbebauten Grundstücken tritt in klarster, einwandfreier Weise die Tatsache zutage, daß der gesamte Wertzuwachs lediglich durch die Allgemeinheit und auf ihre Kosten entstanden ist, während die so hoch gepriesene eigene Tüchtigkeit, Tätigkeit und Intelligenz des Grundbesizers für die Wertsteigerung seines Grundstücks gar nicht in Frage kommen. Es müßte daher der Steuertarif der unbebauten Grundstücke ein höherer als für bebauten sein. Während man bei bebauten Grundstücken, um mannigfachen Reklamationen die Spitze abzurohren, eine Wertsteigerung von etwa 5 Proz. von der Besteuerung freilassen könnte, müßte bei unbebauten Grundstücken jede Wertsteigerung sofort von der Steuer gefordert werden. — Von dem Ertrage der Steuer und den im Gesetz vorgesehenen Strafen sollen dem Lande 10, der Gemeinde 90 v. S. zustehen.

So vielfach unzulänglich gerade in den wichtigsten Bestimmungen die Vorschläge des Rühmaufener Stadtrats auch sind, wäre der Erlass eines solchen Wertzuwachssteuergesetzes für Elbfisch-Lohringen doch freudig zu begrüßen. Je größer und mannigfaltiger die Erfahrungen sind, die man mit der Wertzuwachssteuer an den verschiedensten Orten macht, um so schneller wird man unferer Ueberzeugung nach die Lücken und Mängel der bestehenden Ordnungen erkennen und wie so oft schon durch den Zwang der Verhältnisse dazu gedrängt werden, Bestimmungen zu treffen, die durch uns von Anfang an gefordert wurden.

Der klagende Liman.

Leipzig, 18. Februar.

Der mehrfach verlagte Beleidigungsprozeß des Redakteurs der national-liberalen „Leipziger Neuesten Nachrichten“, Dr. Paul Liman, wider die Genossen Dr. Franz Mehring, Kressin und Seger von der „Leipziger Volkszeitung“ gelangte heute vor dem Schöffengericht des königlichen Amtsgerichts zur Verhandlung. Genosse Dr. Mehring hat in einem von ihm mit vollem Namen unterzeichneten Artikel in Nr. 91 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 21. April 1906 Dr. Liman heftig angegriffen, weil Liman den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, den Genossen Otto Kressin, wegen Beleidigung verklagt hatte und dieser zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. In derselben Nummer hat Kressin eine Erklärung erlassen, wegen der Dr. Liman sich ebenfalls beleidigt fühlte. Genosse Seger hat die betreffende Nummer verantwortlich gezeichnet. Dr. Mehring und Genossen haben Widerklage erhoben, weil Liman geschrieben: Die Mitangeklagten Otto Kressin und Fritz Seger seien Sigredakteure und ferner behauptet hat: Die sozialdemokratische Partei habe für den 21. Januar 1906, den sogenannten „roten Sonntag“, Straßendemonstrationen vor dem Berliner Schloß geplant, aber die Führer, darunter Mehring, seien aus Furcht vor der Polizei ins Mansfeld geflohen.

Der vorige Termin mußte bekanntlich vertagt werden, weil der Verteidiger den Vorliegenden, Gerichtsdirektor Dr. Köst, wegen Verstoßes der Befangenheit ablehnte. Die Strafkammer hat den Antrag als unbegründet zurückgewiesen. Den Vorsitz des Gerichtshofes führt also Gerichtsdirektor Dr. Köst. Rechtsbeistand des Privatklägers Dr. Liman ist Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Leipzig, Verteidiger der Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Häbler, Leipzig. Der Vorhörsraum ist überfüllt. Als Zeugen sind erschienen die Genossen Justizratsabgeordneter Uebel und Stadthagen und der Chef der politischen Abteilung der Berliner Kriminalpolizei, Polizeirat Dr. Henniger, Berlin. Nach Feststellung der Personalien und Verlesung des Anklagebuchs werden die zur Anklage stehenden Artikel verlesen.

Erklärung des Genossen Dr. Mehring.

Nach beendeter Verlesung bemerkt Dr. Mehring: Den inkriminierten Artikel in Nr. 91 der „Leipziger Volkszeitung“ habe ich geschrieben, den Artikel, wegen dessen mein Kollege Kressin zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, habe ich nicht geschrieben. Das war auch Dr. Liman bekannt. Trotzdem erschien am Tage nach der Verurteilung Kressins in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ unter der Ueberschrift „Genossentön“ ein Artikel, in dem es heißt: Ich hätte meinen Kollegen Kressin im Stich gelassen. — Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt: Den Artikel hat Dr. Liman nicht geschrieben. — Dr. Mehring: In einer Verhandlung vom Oktober v. J. hat Dr. Liman unter seinem Eide erklärt, daß er den Artikel geschrieben hat. Ich hätte auch auf die Angriffe des Dr. Liman nicht in dieser Weise geantwortet: Allein Dr. Liman hatte in dem Prozeß wider Kressin vor Gericht erklärt: er habe noch niemals jemanden beleidigt. Abgesehen davon, daß Dr. Liman schon wegen Beleidigung bestraft ist, so war mir bekannt, daß er nicht nur meine Parteigenossen, sondern ebenso die freisinnigen und Ultramontanen fortwährend in ärgster Weise mit Schmutz betrorfen hat. Liman hat selbst meinen verstorbenen Genossen Naech noch in schärfster Weise angegriffen, als dieser sich längt in einer Herberheim-Anstalt befand. Diese vor Gericht belandete offensichtliche Unwahrheit fühlte ich mich genötigt, in gebührender Weise zurückzuweisen, deshalb gebrauchte ich die Worte: „ehrlos und feige“. Die Handlungsweise des Dr. Liman lieh eine andere Bezeichnung nicht zu. — Genosse Kressin: Dr. Liman hatte mit meiner Beurteilung zu 1 Monat Gefängnis noch nicht genug. Er schrieb am Tage nach meiner Verurteilung: Ich hätte mich aus Hunger zum Sigredakteur des Dr. Mehring hergegeben. Eine solche Beschuldigung ist für einen Mann, der, wie ich, viele Jahre in selbstloser Weise für die sozialdemokratische Partei tätig gewesen ist, die größte Beleidigung, die sich denken läßt. Ich war daher genötigt, diesen Angriff in der gebührenden Weise zurückzuweisen.

Genosse Seger: Ich habe die inkriminierten Artikel vor dem Druck gelesen und sie nicht beanstandet. Ich war empört über den Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“: „Genossentön“. Ich hatte keinen Zweifel, daß Dr. Liman der Verfasser des Artikels war. Dr. Liman hat im übrigen in dem im Oktober v. J. gegen mich verhandelten Prozeß wegen Nichterbeleidigung bekundet, er habe an dem Artikel „Genossentön“ mitgewirkt.

Dr. Mehring: Ich muß noch bemerken, daß Dr. Liman selbst in der bürgerlichen Presse nicht ernst genommen, ja als komische Figur betrachtet wird.

Dr. Liman: Ich bestreite, den Artikel „Genossentön“ geschrieben zu haben. Ich habe auch nicht gesagt: ich habe noch niemals jemanden beleidigt, sondern: ich habe Herrn Kressin noch niemals beleidigt. Was meine Bemerkungen bezüglich des roten Sonntags

anlangt, so wird der Chef der Berliner politischen Polizei, Herr Polizeirat Dr. Henniger bekunden, daß von sozialdemokratischer Seite Massendemonstrationen in weitestem Umfang geplant waren. Es sollte unter anderem vor das königliche Schloß in Berlin gezogen werden. Als jedoch bekannt wurde, welche polizeilichen und militärischen Maßnahmen zur Verhinderung der Massendemonstrationen getroffen waren, wurde, wie der Volksausdruck lautet, abgepöfien. Da ich in der „Leipziger Volkszeitung“ fortwährend in der ärgsten Weise angegriffen wurde, so fühlte ich mich veranlaßt, das Treiben der Sozialdemokraten zu beleuchten, sie gewissermaßen aus dem Mansfeld herauszuloden. Ich handelte dabei in Wahrnehmung berechtigter Interessen. Herr Dr. Mehring sagte, ich werde nicht in der bürgerlichen Presse nicht

erst genommen, ich sei gewissermaßen eine komische Figur. Ich will nicht in denselben Ton verfallen; es liegt mir fern, gegen Herrn Dr. Mehring denselben Vorwurf zu erheben. Ich will bloß hervorheben, daß ich in der Presse, die ich die nationale Presse nenne, vollständig ernst genommen wurde, und daß meine Artikel von dieser Presse vielfach ganz oder teilweise abgedruckt wurden. Im übrigen bemerke ich, daß alle Zeitartikel in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ keineswegs von mir geschrieben sind. Ich hielt mich für berechtigt, die Herren Kressin und Seger als Sigredakteure zu bezeichnen, da mir bekannt war, daß fast alle Zeitartikel in der „Leipziger Volkszeitung“ ohne Namensnennung von Dr. Mehring geschrieben waren. Im übrigen hat mich Herr Kressin „Kriegsgesellschaft“, „Tintenkuli“, „Journalistischer Wegelagerer“, „Krebstrolch“ usw. genannt. Ich war daher berechtigt, auf die Angriffe zu antworten.

Angellagter Seger: Dr. Liman schrieb in dem Artikel mit der Ueberschrift: Der stille Sonntag: Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Geher und der sozialdemokratische Führer Grenz haben sich ins Mansfeld vertrocken. Ich frage Herrn Dr. Liman, wie er zu dieser Behauptung kommt; die genannten Genossen haben sich an den Versammlungen beteiligt. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Häbler: Ich muß bemerken, daß der Abgeordnete Geher sogar auf der Straße ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht hat. — Dr. Liman: Ich war ja am roten Sonntag nicht in Leipzig, ich hatte aber gehört, daß auch die Leipziger Führer sich ins Mansfeld vertrocken hatten. Ich wiederhole: ich habe nicht gesagt: Ich habe noch niemals jemanden beleidigt. Ich konnte eine solche Aeußerung gar nicht tun in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, in der die gesamte Presse vertreten war. Der hier anwesende Berichterstatter Häblerlein dürfte meine Behauptung bestätigen können.

Der Gerichtshof beschließt, den Berichterstatter Häblerlein als Zeugen zu vernehmen. Der Zeuge bekundet: Er erinnere sich der Aeußerung Dr. Limans nicht mehr genau. Er glaube, Dr. Liman habe gesagt: Ich habe noch niemals jemanden beleidigt. Der beste Beweis hierfür ist, daß ich noch niemals von jemanden wegen Beleidigung verklagt worden bin. — Rechtsanwalt Dr. Häbler: Ist es möglich, daß die Aeußerung gelautet hat: Ich habe Herrn Kressin oder einen Sozialdemokraten noch niemals beleidigt? — Zeuge: Ich erinnere mich einer solchen Aeußerung nicht, ich wiederhole aber, daß mir genau die Aeußerung nicht mehr erinnerlich ist.

Die Redaktionsverhältnisse der „Leipziger Volkszeitung“.

Es wird hierauf Genosse Profurist Seydmann von der „Leipz. Volksztg.“ als Zeuge vernommen: Kressin und Seger seien, wie jeder andere Redakteur für die „Leipz. Volksztg.“ literarisch tätig. Jeder Redakteur habe sein Ressort. Der verantwortliche Redakteur erhalte kein höheres Gehalt. — Auf Befragen des R.-A. Dr. Mittelstädt bemerkt der Zeuge: Kressin habe eine Zeilung den lokalen Teil redigiert, aber die ganze Zeitung verantwortlich gezeichnet. — Rechtsanwalt Dr. Häbler: Ich stelle an Herrn Dr. Liman die Frage, ob er die Frauen Kressin und Dr. Luxemburg die blutige Alara und die blutige Rosa genannt habe, ob er geschrieben habe, Stadthagen und Hofa Luxemburg haben Ehebruch getrieben. Mehring lebe in der Partei, wie die Wäde im Speck. Ob er den Abgeordneten Ledebour in unqualifizierbarer Weise angegriffen hat, ob er Singer stets „Singerleben“, liebebedürftiger Ränkeknäher, der das Schächergeheiß verleiht, usw. geschimpft hat? — Dr. Liman: Ich kann mich augenblicklich nicht auf alle Artikel erinnern. Ledebour habe ich allerdings mit vollem Vorbehalt wegen seines unqualifizierbaren Auftretens im Reichstage, in dem er die Totentoten feierte und die deutschen Krieger in Südwesafrika mit Schmutz betrorfen, angegriffen.

Der rote Sonntag.

Es wird hierauf Polizeirat Dr. Henniger als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet auf Befragen: Ob die Sozialdemokraten in Berlin Demonstrationen planten, erhalt am besten aus den Artikeln des „Vorwärts“ selbst. Der „Vorwärts“ schrieb am 12. Januar 1906: Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, es seien für den 21. Januar Massendemonstrationen und ein Zug nach dem königlichen Schloß geplant. Der Parteivorstand hat uns zu der Erklärung ermächtigt, daß keinerlei Massendemonstrationen noch irgend ein Aufzug geplant ist. Die Demonstrationen werden sich lediglich auf Abhaltung von Versammlungen beschränken. Es ist den Rednern keinerlei Orde über die Länge ihrer Reden gegeben worden. Es sollen sich an die Vorträge auch Diskussionen knüpfen; es ist daher auch nicht bestimmt, wann die Versammlungen geschlossen werden sollen. Die Ordner haben die Verpflichtung, nicht nur für Ordnung in den Versammlungen, sondern auch dafür zu sorgen, daß die Leitung der Versammlungen sich in ordnungsmäßiger Weise vollziehen und daß die Versammlungsbesucher sich durch etwaige Provokationen nicht reizen lassen, sondern ruhig nach Hause gehen. Unsere Gegner, die sich wieder einmal unvorsichtiger aufgeregt haben, werden sich am Abend des 21. Januar ruhig schlafen legen können.

Rechtsanw. Dr. Häbler: Herr Polizeirat, waren in Berlin Straßendemonstrationen für den roten Sonntag geplant? — Zeuge: Nein, Straßendemonstrationen waren nicht geplant. — Rechtsanw. Dr. Mittelstädt: Hat die Polizei nicht trotzdem Vorkehrungen getroffen, etwaige Straßendemonstrationen zu verhindern? — Zeuge: Herr Rechtsanwalt, die Polizei muß auf alles vorbereitet sein. — Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt: Waren den sozialdemokratischen Führern die Maßnahmen der Polizei bekannt? — Zeuge: Das läßt sich im Rahmen des Beweisthemas nicht ohne weiteres beantworten. Ich müßte, um die Frage zu beantworten, die ganze Vorgeschichte des roten Sonntags ausrollen. — Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt: Welche Demonstrationen fanden nun in Berlin statt? — Zeuge: Darauf antwortet auch der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 22. Januar 1906, indem er schrieb: Es fanden gestern Demonstrationen statt, wie sie in diesem Umfang noch niemals in Berlin stattgefunden haben. Ich kann aus persönlicher Kenntnis mitteilen, daß in Berlin 31 Versammlungen stattgefunden haben, in denen Uebel, Singer, Ledebour sowie fast alle anderen bekannten sozialdemokratischen Führer gesprochen haben. — Dr. Mehring: Ich stelle an den Herrn Zeugen die Frage, ob ihm bekannt ist, daß ich in der in Stuttgart stattgefundenen Versammlung gesprochen habe? — Zeuge: Das ist mir bekannt. — Dr. Liman: War den Führern auch nichts von den militärischen Maßnahmen bekannt? — Zeuge: Das läßt sich auch nicht so ohne weiteres sagen, es liegt im ganzen Milieu der damaligen Vorgänge.

Neue Anträge.

Rechtsanwalt Dr. Häbler beantragt, eine ganze Reihe von Artikeln des Dr. Liman zu verlesen, aus denen hervorgehe, daß die Angriffe des Dr. Mehring gerechtfertigt waren. Er beantragte außerdem, aus den Akten im Prozeß Lohmann zu Dresden festzustellen, daß Dr. Liman, obwohl jüdischer Herkunft, den ärgsten Rassenantijemitismus getrieben habe, daß er sich wahrheitswidrig gerühmt habe, vom König Albert von Sachsen empfangen worden zu sein und daß er die Fahrt der deutschen Journalisten nach England als germanische Verbrüderung gefeiert, gleichzeitig aber in der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ die Fahrt lächerlich gemacht habe.

Rechtsanw. Dr. Mittelstädt und Dr. Liman ersuchen den Antrag in weitestem Umfang stattzugeben. Der Gerichtshof lehnt jedoch sämtliche Anträge als unerheblich ab. — Es tritt sodann eine längere Mittagspause ein.

In der Nachmittagsstunde wird als Zeuge der politische Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ Dr. Lensch vernommen. Auf Antrag des Nebenklägers bleibt er unverdächtig. Zeuge hat der vorigen Verhandlung beigewohnt; er soll sich über die Worte Dr. Limans bezüglich der Beleidigung äußern. Er erklärt, daß Dr. Liman nach seiner Erinnerung gesagt habe, er habe noch nie jemanden beleidigt und sei auch noch nie verklagt worden. Daraufhin habe ihm Kressin vorgehalten: „Ja deshalb, weil Sie noch niemals verantwortlich gezeichnet haben.“ — Vorkl.: Dr. Liman soll aber direkt gesagt haben: Ich habe Sie, Kressin, nie beleidigt.“ — Zeuge: Nach meiner Erinnerung war

das anders, sonst würde ja auch die Aeußerung Kressins nicht dazu passen. — Vorkl.: Das war doch aber nicht wahr. Wüßten Sie denn nicht, daß Dr. Liman wegen Beleidigung des Dr. Johann verurteilt worden ist? — Zeuge: Der Fall „Li Lo“ war mir ja bekannt, ich weiß aber nicht, ob das die Beleidigung damals vorgebracht hat. — Rechtsanw. Mittelstädt: Sind nicht in jener Verhandlung Artikel vorgelesen worden, in denen Beleidigungen von Mollenhuth, Luxemburg, Stadthagen und anderen enthalten sein sollten? — Zeuge: Ich glaube, daß die Artikel verlesen wurden. — Rechtsanw. Mittelstädt: Und trotzdem sollte Dr. Liman dabei geblieben sein, daß er noch niemanden beleidigt hätte? — Der Zeuge bleibt bei dieser Erklärung. — R.-A. Mittelstädt: Es wäre doch gar nicht denkbar, daß dann nicht der Vorliegende dem Dr. Liman entgegengehalten hätte, daß das nicht stimmt. — Zeuge erklärt, daß die Verhandlung sehr lebhaft war, die Parteien hätten hin und her gesprochen. Nachdem Kressin seine Einwendung gemacht habe, habe Dr. Liman nichts mehr gesagt, er sei darüber hinweggegangen. — Rechtsanw. Mittelstädt: Ich bitte, daß Dr. Lensch gefragt wird, ob er bei diesem Artikel mitgewirkt hat. — Zeuge Dr. Lensch gibt zu, daß der eine Artikel, der nicht mit Namen gezeichnet ist, von ihm selbst geschrieben sei.

Rechtsanw. Mittelstädt: Ich kann nur mein eigenes Zeugnis als Beweis anbieten, daß es ausgeschlossen ist, daß Dr. Liman gesagt habe, er sei noch nie wegen Beleidigung bestraft; ich müßte ja dann eine Stunde geschlafen haben. — Vert. Häbler: Ich kann nicht bestimmt behaupten, daß das gesagt ist, aber in meiner Erinnerung steht, daß Dr. Liman sagte: Ich habe noch niemanden beleidigt und auf Vorhalten der Artikel erwiderte: Es hat mich noch niemand bestraft. — Zeuge Lensch: Kressin hielt ihn das ja auch deshalb entgegen. — Dr. Liman: Jede logische und psychologische Möglichkeit spricht gegen den Wortlaut, wie ihn Dr. Lensch sich konstruiert hat. Ein Mann wie ich, der sechs bis sieben Mal wegen Beleidigung bestraft ist, und der weiß, wie die Gegner in seinem Vorleben eifrig nachgehört haben, wird doch nicht die Dreistigkeit haben, eine derartige Behauptung aufzustellen. Ich habe zu Herrn Kressin gesagt: Ich habe Sie nicht beleidigt. Ein Mann wie ich hat schon manchen beleidigt und ist auch schon manchen bestraft worden und, wie ich zugebe, mit vollem Recht. — Dr. Lensch bleibt bei seiner Behauptung. — Es wird dann noch der Journalist Bartel vernommen, der dieselbe Erinnerung hat wie Dr. Lensch. — Vert. Häbler: Meine Klienten legen Wert darauf nachzuweisen, daß der Privatkläger die Artikel „Genossentön“ und „Ein Schäferstündchen mit Frau Luxemburg“ verfaßt hat. Sie berufen sich auf das Zeugnis des Verlegers der „Neuesten Nachrichten“, Harburg, und auf das Zeugnis des Amtsrichters Dr. Hänel, daß der Kläger in der vorigen Verhandlung die Verfälschung der Artikel zugestanden hat beziehentlich, daß er die Artikel verfaßt hat. Ferner berufen sie sich auf das Zeugnis des Abgeordneten Stadthagen darüber, daß die in den Artikeln aufgestellten Behauptungen unwahr sind. Das Gericht lehnt die Weisandträge ohne Gründe ab; die Begründung soll im Urteil erfolgen. —

Der Rechtsbeistand des Privatklägers Dr. Mittelstädt-Leipzig verlangt Verlesung der Angeklagten.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Häbler-Leipzig führt aus: Daß die zur Anlage stehenden Artikel formale Beleidigungen enthalten, will ich nicht in Abrede stellen. Allein bei der Strafzumessung wird zu berücksichtigen sein, daß die Angeklagten in schärfster Weise gereizt worden sind. Dem Angeklagten Kressin ist der Vorwurf gemacht worden, er habe aus Hunger eine Sigredakteurstelle in der „Leipziger Volksztg.“ angenommen. Ich frage, ist eine schwerere Beleidigung denkbar? Der Privatkläger hat außerdem die sozialistischen Führer fortwährend in unerhörtester Weise angegriffen. Er hat Stadthagen einen Löwen von Juda genannt, der sich des Rechts in den Cafés herumtreibe und mit Hofa Luxemburg Schäferstündchen feiere, lauter Behauptungen, für die auch kein Schatten eines Beweises erbracht ist. Ledebour hat der Privatkläger einen Vurschen genannt. Ich bedauere auch, daß mein Weisandtrag abgelehnt worden ist. Wäre dem Antrage stattgegeben worden, dann wäre bewiesen worden, daß im Prozeß Lohmann gerichtlich festgestellt wurde, daß Dr. Liman jüdischer Abkunft ist und trotz alledem Rassenantijemitismus betrieb. Das ist ebenso ehrlos, als wenn ein Deutscher in Böhmen und Polen das Deutschthum beschimpft und seinen deutschen Namen ins Tschechische oder Polnische umwandelt. Wer die Artikel über die Journalisten-fohrt nach England hintereinander liest, muß zu der Aufstellung kommen, daß beide Artikel sich widersprechen. Die Weisandnahme hat keinen Zweifel gelassen, daß der Angeklagte in dem Prozeß gesagt hat, ich habe noch niemals jemanden beleidigt, denn ich bin auch von niemand verklagt worden. Herr Dr. Mehring hat der Privatkläger in der unqualifizierbarsten Weise beschimpft. Wenn den Angeklagten endlich die Geduld ausgegangen ist, so ist das nur zu erklärlich. Herr Dr. Liman hat den verantwortlichen Redakteur Seger wegen eines Artikels verlagert, obwohl Dr. Mehring den Artikel mit seinem Namen gezeichnet hat. Das tut nicht einmal ein Privatmann, geschweige ein Journalist.

Es ist bei der Strafzumessung zu berücksichtigen, daß der Privatkläger keineswegs in politischer und moralischer Beziehung intakt ist. Bezüglich der Begründung der Wiederklage ist sehr wenig zu sagen. Herr Polizeirat Dr. Henniger hat ausdrücklich bekundet, es waren Straßendemonstrationen für den roten Sonntag nicht geplant. Ich beantrage deshalb, den Privatkläger und Wiederbeklagten zu bestrafen. Das Strafmaß stelle ich dem Gerichtshof anheim.

Nach einer kurzen Erwidrerung des Rechtsanwalts Dr. Mittelstädt protestiert Dr. Mehring:

In dem Artikel sind starke Worte gebraucht. Ich würde es aufs schärfste verurteilen, solche Worte gegen einen politischen Gegner zu verwenden, der seine Sache mit sachlichen Gründen vertritt. Das trifft auf den Kläger nicht zu. Seit vier Jahren überschüttet er mit den niedrigsten Schmähungen meine Kollegen und mich. Seine Antwürfe zurückzuweisen, war meine moralische Pflicht. Angeklagter Seger fühlte aus, daß Straßendemonstrationen für den roten Sonntag nur von den Polizeispiegeln und auf dem Limanischen Standpunkt stehenden Gegnern der Sozialdemokratie geplant waren, um diese zu Ausschreitungen zu provozieren.

In seinem Schlusswort stellt Dr. Liman neue Unwahrheiten, so die auf, Dr. Lischnecht habe heute zugegeben, ein verantwortlicher Redakteur siehe auf einem tiefen Bildungsniveau.

Dr. Mehring weist eine von Dr. Liman aufgestellte neue Verleumdung energisch zurück.

Nach etwa halbstündiger Beratung des Gerichtshofes verkündet der Vorsitzende folgendes

Urteil.

Im Namen des Königs hat der Gerichtshof dahin erkannt, daß Dr. Mehring mit 2 Wochen, Kressin mit 1 Monat, Seger mit 25 Tagen Gefängnis, der Wiederbeklagte Dr. Liman wegen Beleidigung des Angeklagten Kressin zu 60 R. Geldstrafe event. 15 Tage Gefängnis zu bestrafen ist, von der Wiederklage des Dr. Mehring ist Dr. Liman freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten zu drei Viertel, der Wiederbeklagte zu einem Viertel. Es ist außerdem auf Publikationserlaubnis in der „L. V.“ und in den „L. Neuesten Nachrichten“ erkannt worden. Die Artikel der Angeklagten sind schwer beleidigend, der Wahrheitsbeweis ist nicht gelungen, respektive nicht zulässig. Ehrlosigkeit kann nicht nachgewiesen werden. Verurteilt ist, daß Liman häufig und mehrfach beleidigt hat, aber nicht in so schwerer Form. Auch die Anregung darüber zu gut gerechnet, daß Liman der Wahrheit nicht entsprechend behauptete, er habe noch niemanden beleidigt, ferner, daß die Angeklagten sich beleidigt fühlten, zum Teil auch beleidigt sind. Zu

ungunsten der Angeklagten ist ihre Vorbestrafung und der gräßliche Ton ins Gewicht gefallen. Auf die Widerlage mußte Dr. Liman wegen der beleidigenden unwahren Behauptung, Krefin sei Sittendoktor, bestraft werden. Beim Strafmaß fiel ins Gewicht, daß Dr. Liman vorbestraft ist, daß die Beleidigung aber keine schwere ist. Von der zweiten Widerlage ist Dr. Liman freigesprochen. Es heißt fest, daß zur Feier dieses Tages an dem „roten Sonntag“ Versammlungen stattgefunden haben, daß aber Versammlungen nicht geplant waren noch stattgefunden haben. Der Angeklagte hat aber das geglaubt und hielt sich zu den Äußerungen berechtigt. Er sagt selbst, er habe sich vollständig ausgedrückt. Beleidigt hat er nicht.

Aus der Partei.

Zweite Landespartei-Konferenz der Sozialdemokratischen Partei Polens.

Warschau, 15. Februar. (Fig. Ver.)

In diesen Tagen fand in Warschau die zweite Landespartei-Konferenz unserer Partei statt.

Seit der ersten, die im November 1906 stattgefunden hatte, lebten wir eine starke Krise durch. Massenverhaftungen entzogen unseren Reihen circa 200 Genossen. In die Hände der Polizei fiel in dieser Zeit eine Anzahl tüchtiger Organisatoren, einige Parteiführer, zwei Parteidrucker. Die Organisation in Warschau wurde durch diese Repressionen stark geschwächt, die Organisation in Czestochowa zertrümmert.

Nach dieser Zeit kamen die Wahlen zur Reichsduma, die Lodzer Aussperrung und ein blutiger Kampf mit der Nationaldemokratie.

Der Vertreter des Hauptvorstandes unserer Partei konnte in seinem Bericht mit Freude und Stolz konstatieren, daß diese schwere Krise vortrefflich überstanden worden sei.

Trotz des großen Mangels an Agitatoren und Organisatoren entwickelte sich die Lodzer Organisation vortrefflich. Achtzehntausend organisierte Arbeiter sind jetzt darin vereinigt. Die ganze ungeheure Arbeit, die die Aussperrung brachte, wurde zum größten Teil von unserer Organisation verrichtet. Mehr als drei Viertel aller Sammlungen floßen durch unsere Hände in die allgemeine Aussperrungskasse. Die Fabrikagitation während der Aussperrung wird von unseren Genossen geführt. Die Literatur über die Aussperrung wird von unserer Organisation herausgegeben. Der sozialdemokratische Zeitungsverband geht Arm in Arm mit der Sozialdemokratie in Kampf und Arbeit. Die P. P. S. ist durch die Spaltung so geschwächt, daß der linke Flügel fast gar keine Lebenszeichen mehr von sich gibt, der rechte nur sehr schwache. In dem Dombrower Kohlenbecken entwickelt sich die Organisation sehr gut. Die Wastation (wie siegen über die Nationaldemokraten in der Arbeiterfrage) und die gewerkschaftliche Agitation der Bergarbeiterorganisation, brachten in den letzten drei Monaten reges Leben in die Arbeitermassen, die etwas eingeschlafen waren. In Radom wurde die Organisation reorganisiert, in Lublin, Stadt und Gouvernement geht die Arbeit immer besser; es gelang den dortigen Genossen, einen Sieg über die Nationaldemokraten auf dem platten Lande (in dem Kreise Pulawy) zu erlangen und den nationaldemokratischen Paradedeputierten, den früheren Abgeordneten K. L. Komarow zu Fall zu bringen. Die Warschauer Organisation beginnt jetzt nach den Massenverhaftungen wieder gut zu funktionieren, in Czestochowa beginnt die Arbeit wieder.

Die Arbeit des Hauptvorstandes, der speziell durch die Verhaftungen geschwächt wurde, und der Redaktion des „Roten Banners“, die einige Kräfte verlor, war sehr groß. In der Berichtszeit wurden 1467 000 Stück Druckschriften herausgegeben. Das „Rote Banner“ erscheint mindestens einmal in der Woche. Ständen unsere Finanzen besser (wir hatten im letzten Quartal 18 173 Rubel Einnahmen, 16 262 Rubel Ausgaben), dann könnten wir noch mehr Druckschriften in die Massen werfen.

Der Wahlkampf wird von uns gegen die nationaldemokratische Reaktion und den progressiven Pfaffenwindel energisch und prinzipiell scharf geführt. Wir gaben eine Menge Wahlproklamationen, sechs Flugblätter und die Wahlplattform heraus. Diese Aktion wird nur von uns geführt.

Der Bericht wurde von allen Mitgliedern der Konferenz gutgeheißen.

Zu der Organisation und Taktik der Partei wurden keine Veränderungen vorgenommen.

Zum Schluß wurde noch der allgemeine Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Polens besprochen. Es wird eine Diskussion über die taktischen Streitfragen in der Gesamtpartei in den Spalten des „Roten Banners“ eröffnet, es werden Referate über diese Fragen in allen Organisationen erstattet und alle Vorbereitungsarbeiten für den Parteitag gemacht werden.

Ueber die Erklärung des Genossen Bernstein zu der bekannten Veröffentlichung des Pariser „Temp“ schreibt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ zu Kiel in sehr scharfen Ausdrücken u. a. folgendes:

Die Antwort ist, wie man sieht, wieder ein echter Bernstein. Die Uebersetzung ist „vergrößert“, der Sinn dadurch (durch bloße Vergrößerung) „völlig entstellt“, aber andererseits ist die Tendenz seiner Auslassungen „im ganzen richtig“ wiedergegeben, wenn seine Sätze „auch etwas anders“ lauteten, als im Bericht steht. Bedenkt man, daß Bernstein bis jetzt noch immer das Schicksal aller großen Männer geteilt, nämlich von niemand verstanden und dann noch immer mißverstanden zu werden, während er jetzt zugleich, freilich in einem Bernsteinischen Geist von Wam und Aber, daß die Tendenz seiner Ausführungen richtig wiedergegeben ist, so darf man annehmen, daß die vorliegende Niederschrift ein Muster von Korrektheit sein muß. Jedenfalls steht nach Bernstein's Erklärung zu dem Interview soviel fest:

1. Bernstein behauptet als Sprachrohr seiner Herzensorgüsse ein Organ unserer erbittertesten Gegner, ein Blatt, das in Frankreich dieselbe Stellung einnimmt, wie in Deutschland die „Kölnische Zeitung“.

2. Bernstein läßt in diesem gegnerischen Blatte nicht etwa private Meinungen über belanglose Dinge ab, deren Veröffentlichung für das Parteiinteresse gleichgültig ist, sondern er spricht als führender Genosse über eine der wichtigsten Parteianglegenheiten in einer Weise, wie sie höchstens im intimsten Kreise zulässig wäre, und er macht dieses gegnerische Publikum zu frohlockenden Zeugen seiner taktlosen Indiskretionen, seiner hämischen Invektiven wider die eigenen Parteigenossen.

3. Die sogenannten Revisionisten warfen bis jetzt immer den sogenannten Radikalen vor, der Gegensatz zwischen rechter und linker Seite existiere nicht in der Partei, und der Revisionismus im Wesentlichen sei ein isoliertes Hirngespinnst der Radikalen. Hier sehen wir, nach einem der ernstesten Kämpfe, den die Partei in den letzten Jahrzehnten durchgefochten hat, unmittelbar nach den Reichstagswahlen demjenigen Genossen, der dem Revisionismus den Namen gegeben hat, ernst am Werk, zu allererst einmal die Liste unserer Mandatsverluste danach zu sortieren, ob es sich um revisionistische oder radikale Inhaber handelt, und das Resultat seiner interesselosen Arbeit einem Gegner anzuvertrauen, anschließend unter Offenbarung eines Gefühls, das verteilte Neugierde mit dem Ausdruck still triumphierender Behaglichkeit hat. Und ein Schauspiel von geradezu überwältigender Komik, freilich nicht überraschend für den Kenner der Bernstein'schen Seele, ist es, daß der, der freilich, die Radikalen seien die Einzigen, die jemals frühere Reichstagsabgeordnete ist, dessen Lieblinge der Draht zerbricht in die Welt lachte, der Vater des Revisionismus selber.

Das „Volksblatt“ zu Göttingen bemerkt: „Es ist nicht das erste Mal, daß Genosse Bernstein sich interviewen läßt, aber jedesmal war er genötigt, den Inhalt der Unterredung richtigzustellen. Diesmal scheint er besonders bereingefallen zu sein. Es wäre besser, derartigen Interviews aus dem Wege zu gehen und sie den großen Staatsmännern zu überlassen. Was ihm da in den Mund gelegt wird, wird sicher bei den nächsten Wahlen wieder gegen und ausgeschlagen werden.“

Die „Schwäbische Volkszeitung“ zu Augsburg: „Was nun Genosse Bernstein dem Interviewer mitgeteilt haben soll resp. was im „Temp“ als Niederschlag der Ankunft Bernstein's abgedruckt ist, hat den allgemeinen Unwillen aller deutschen Parteigenossen hervorgerufen.“

Die „Münchener Post“: „Es wäre trotz alledem gut und im Interesse der Partei, wenn der gute Ede etwas weniger schreibselbig und etwas weniger redselbig sein wollte.“

Fortschritt der Presse. Auch die „Volksstimme“ zu Chemnitz erreicht sich eines großen Zuwachses von Abonnenten.

Die „Volksstimme“ hat in den letzten Monaten einen Zuwachs von 10 000 Abonnenten. Die Auflage beträgt 42 000. Auf die einzelnen Kreise verteilt sich der Zuwachs wie folgt:

16. Wahlkreis (Chemnitz)	8500
15. „ (Limbach-Mittweida)	1470
17. „ (Reerabe-Glauchau)	1050
10. „ (Döbeln-Rohrten)	750
19. „ (Sachsenberg-Ilmenau)	1470
20. „ (Schöppan-Marienberg)	1220
21. „ (Annaberg-Johanngeorgenstadt)	1210

Der „Volksfreund“ zu Braunschweig hat seit dem 16. Januar wieder 800 neue Abonnenten gewonnen.

Das „Volksblatt“ zu Göttingen hat jetzt die Zahl von 7800 Abonnenten erreicht. Der Zuwachs dauert fort, so daß die 8000 bald voll sein werden.

Wie die Gegner lügen. Durch die Ordnungspresse geht folgende Notiz:

„Sozialdemokratie und Luxus. Dem „Bildhauer Wochenblatt“ wird folgendes reizende Geschichtchen mitgeteilt: Auf einer der Vorstadtlinien der elektrischen Straßenbahn in Dresden fuhr dieser Tage eine mit einem großen Pelzmantel besetzte Dame. Bald stiegen zwei „Genossen“ ein, welche nicht unterlassen konnten, über diesen Luxus ihre Sticheleien kund zu geben. „Würdest du deiner Frau einen solchen Pelz kaufen?“ fragte der eine. „Nein, die sollte mir nur kommen, der wollte ich es schon begreiflich machen.“ war die Antwort. Da es in dieser Weise fortging, rief die Dame aus. Der Schaffner sagte dabei: „Aber Frau Doktor, warum steigen Sie denn schon ab, Sie sind ja noch gar nicht zu Hause.“ „Ich gehe lieber zu Fuß, denn drinnen sitzen zwei Herren“, welche mich beleidigen wollten“, meinte die Dame. Als der Wagen wieder im Gange war, trat der Schaffner mit den Worten auf die beiden „Herren“ zu: „Kennen Sie die Dame, die Sie mit Ihren Sticheleien treffen wollten?“ Als es verneint wurde, meldete der Schaffner: „Es war — Frau Dr. Gradnauer!“

Es ist bedauerlich, daß der Raum des „Vortrags“ mit der Behandlung solchen Tratsches in Anspruch genommen werden muß. Es sollte das unmöglich sein, da es für denkende Menschen nichts Gleichgültigeres geben kann, ob ein Sozialdemokrat oder eine Sozialdemokratin mit einem Pelzmantel oder sonst mit irdischen Gütern gesegnet ist. Weder verbietet ihnen die sozialistische Weltanschauung den Besitz von solchen Dingen, noch beweist der Umstand, daß einige Sozialdemokraten wirtschaftlich gut gestellt sind, etwas gegen die Nichtigkeit der sozialdemokratischen Forderungen und Anschauungen. Die Sozialdemokratie ist kein Röhrenorden, der das Geschick der Armut fordert; sie will nicht die Wohlhabenden arm machen, sondern sie will die Besitzlosen auf die Stufe menschenwürdigen Daseins bringen. Wenn wir die Geschichte trotzdem beachten, so geschieht es lediglich, um zu zeigen, wie unverfroren die kapitalistische Presse Lügen über Sozialdemokraten sich aus den Fingern saugt. Die Kennzeichnung ihrer Verlogenheit in jedem Falle ist nach den Erfahrungen des letzten Wahlkampfes notwendig.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in Dresden hat in dieser Hinsicht festgestellt:

„Genossin Frau Gradnauer teilt uns auf unsere Anfrage mit, daß sie leider nicht im Besitze eines Pelzmantels sei, der neidvolle Bewunderung erregen könnte. Außerdem ist dies ganze reizende Geschichtchen von Anfang bis zu Ende erfunden.“

Uebrigens ist uns das „reizende Geschichtchen“ schon zu Anfang der neunziger Jahre begegnet. Nur war damals die Genossin, die durch ihre Bewandung in der Straßenbahn den Reiz und die Kritik zweier sozialdemokratischer Arbeiter hervorgerufen haben sollte, die Frau unseres alten Liebhebers und als Ort der Handlung war Leipzig angegeben. Angefügt war noch die verlogene Bemerkung, daß Liebhebers in Worsdorf „eine schöne Villa“ besitzen solle, was jedem, der das ehemalige Obdach unseres großen Toten in Worsdorf kennen gelernt hat, je nachdem ein schmerzliches Lächeln über die hohe Einschätzung dieser Wube oder einen Auswurf des Spotts über die Verlogenheit des kapitalistischen Preßgebildes entlockt hat. Das alte Klischee ist jetzt wieder hervorgeholt und mit neuen Personen versehen und etwas gefälscht, auf neue verwendet worden. Bei dem großen Konsum der kapitalistischen Presse an Lügen über die Sozialdemokratie ist es allerdings verständlich, daß sie gleich geistlosen Lustspielbüchern, die ihre „Witze“ aus alten Jahrgängen der „fliegenden Blätter“ beziehen, auf die Lügen älterer Jahrgänge zurückgreifen muß.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Freisprechung. Raumburg, 18. Februar. (Privattelegramm.) Von der Anklage der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten wurde der Genosse Thiele vom „Volksblatt“ zu Halle heute durch die hiesige Strafkammer freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis (!) beantragt.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhte Leistungen. Wie die jetzt vorliegenden Nachweise ergeben, ist die Leistung im Bergbau im Jahre 1906 kräftig in die Höhe gegangen. Daraus erklärt sich zu einem guten Teile die — Lohnerhöhungen. Da im Jahre 1905 der große Bergarbeiterstreik das Ergebnis stark beeinflusste und den Vergleichswert beeinträchtigt, lassen wir das erste Vierteljahr zunächst außer Rechnung. Dann ergeben sich für den Oberbergamtsbezirk Dortmund folgende Ziffern. Es betrug

Die Förderung in Tonnen	Zahl der Arbeiter			
1905	1906	1905	1906	
II. Quartal	17 291 374	18 350 271	289 913	276 055
III. „	18 354 493	19 716 439	265 798	275 623
IV. „	17 624 671	19 188 739	272 225	257 103
	53 270 478	57 255 448		

Die durchschnittliche Belegschaft betrug im Jahre 1905 28 812 Mann, im Jahre 1906 27 593 Mann. Demnach entfällt auf den Kopf im Jahre 1906, drei Quartale, eine Leistung von 205 Tonnen gegen 198 Tonnen in der gleichen Zeit 1905. Für die vollen Jahre ergeben sich folgende Leistungen: 1905 244 Tonnen, 1906 275 Tonnen. Das macht pro Kopf ein Mehr von 31 Tonnen. Rechnet man pro Tonne einen Lohn von 5 Mark, dann ergibt sich allein aus der Mehrleistung ohne Lohnerhöhung eine Einkommenssteigerung von 155 Mark. Für die ersten Quartale ist das Einkommen aber nur um 115 Mark gestiegen. Wo bleiben da die berühmten Lohnerhöhungen?

Wattenland und Kolonien. Der Verband kanadischer Fabrikanten hielt kürzlich in Winnipeg eine Versammlung ab; was hier verhandelt und beschlossen wurde, läßt in bezug auf den Reichspatriotismus der kanadischen Industrie trüblich blicken. Die „Export-Korrespondenz“ berichtet darüber: Zur Propaganda seiner handelspolitischen Forderungen unterhält der Verband ein eigenes Preßorgan, das viel gelesen wird und sich

weiter Verbreitung im Lande erfreut. Wegen seiner weiten Verbreitung ist es auch für Annoncen und Reklamen sehr beliebt und wird deshalb von der kanadischen Industrie sehr ausgiebig hierzu benutzt. Das war natürlich auch im Mutterlande bekannt geworden, und die englischen Industriellen hielten es für ratsam, in dem genannten Blatte gleichfalls zu inserieren. Darob große Enttäuschung in den Kreisen der kanadischen Industrie. Die englischen Inserate neben den kanadischen pokten den kanadischen Industriellen nicht und kurz entschlossen sah man in Winnipeg den Entschluß, Inseratenaufträge aus dem Mutterlande abzulehnen und die Spalten des Blattes ausschließlich der eigenen Reklame vorzubehalten.

Der Beschluß ließ sich natürlich nicht verheimlichen, sondern kam weiteren Kreisen zu Ohren. Was man darüber in anderen vom Verbands unabhängigen Preßorganen liest, klingt aber durchaus nicht nach Mißbilligung und Entrüstung. Es wird für sehr begreiflich befunden, sich mit allen Kräften gegen die englische Konkurrenz zu wehren. Ein den industriellen Kreisen nahestehendes Blatt gibt dabei ganz unverbürgt zu verstehen, daß die dem Mutterlande eingeräumte Vorzugsbehandlung im Grunde genommen nichts anderes als Rumpst darstelle. Die Vorzugsätze müßten so hoch bemessen werden, daß auch sie schon den Eintritt fremder Industrieerzeugnisse unmöglich machten. Auf diesen Vorzugsatz könnte man dann getrost noch einen anderen allgemeinen Tarif mit noch höheren Zöllen setzen. Das Mutterland habe dann den Trost, daß andere noch schlechter behandelt würden. Das sei der eigentliche Zweck der Uebung.

Solche Worte hinter die Kulissen machen erklärlich, weshalb man in England für die gegenwärtige Vorzugsbehandlung sich nicht sonderlich begeistert und ablehnt, selbst dafür Opfer zu bringen. Der Engländer ist ein zu guter Geschäftsmann mit einem zu richtigen Augenmaß für die Wirklichkeit der Dinge, als daß er ernsthaft glauben könnte, den großen Worten in Sachen der Verbrüderung von Mutterland und Kolonien würden auch die entsprechenden Taten folgen.

Fünzig Pfennig Rasse auf 1000 M. Forderung. In der Danziger Stadtverordnetenversammlung, in der die Betriebsgemeinschaft zur Fortführung des in Konkurs geratenen Werkes mit einem Kapital von 300 000 M. beschloffen wurde, kamen noch mancherlei interessante Tatsachen zur Erwähnung. Unter anderem wurde mitgeteilt, daß nach einer Berechnung des Konkursverwalters auf 1000 M. Forderung etwa 50 Pf. Rasse kämen, so daß die Stadt Danzig für ihre 200 000 M. Hypothekendarlehen 125 M. erhalten würde. Danach läßt sich auch berechnen, welche gewaltigen Verluste der Seehandlung aus ihren 1 050 000 M. betragenden Forderungen entstehen werden.

Die deutschen Banken bereiten eine Anleihe vor. Die Versuche der russischen Regierung, in Frankreich Geld zu bekommen, sind wenigstens im gegenwärtigen Augenblick als gescheitert zu betrachten. Im Verlaufe der Debatten, die sich an die letzte sozialdemokratische Interpellation in der französischen Deputiertenkammer knüpfen, gab der Finanzminister folgende Erklärung ab: „Keine einzige auswärtige Anleihe kam ohne die vorherige Genehmigung der Regierung in normaler Form auf dem französischen Geldmarkt emittiert werden. Der Regierung aber liegen die Interessen des Kredits und der Volkserparnisse unseres Landes zu sehr am Herzen, als daß sie sich nicht in jedem einzelnen Falle vorher in erster Linie darüber informierte, ob die betreffende Anleihe, die in Frankreich abgeschlossen werden soll, durch alle jene konstitutionellen und gesetzlichen Garantien gesichert ist, die von dem die Anleihe abschließenden Staat, welcher es auch immer sein möge, zu leisten sind. Die Kammer kann infolgedessen versichert sein — und der Minister des Auswärtigen hat es bereits mit der nötigen Präzision zum Ausdruck gebracht, — daß die Regierung nur solche Anleihen zur Cotierung zulassen wird, die man von dem die Anleihe abschließenden Staate verlangen muß.“

Das ist eine sehr deutliche Antwort an die russische Regierung: „Geht die Garantien dafür, daß die Duma nicht am zweiten Tag nach ihrem Zusammentritt auseinander gejagt werden wird, und dann werdet Ihr das Geld bekommen.“ Die russische Regierung kann eine solche Garantie nicht leisten und daher hat sie unter nochmaliger Uebertreibung der Grundgesetze eine neue innere Anleihe von 70 Millionen Rubel angeordnet. Die Anleihe hat aber keine Aussichten auf Erfolg und wird voraussichtlich nur teilweise (30 Millionen) durch die staatlichen Sparfassen gedeckt werden. Das ist natürlich nur ein Tropfen im Meere und die russische Regierung sieht sich gezwungen, ihr Glück auf dem deutschen Geldmarkt zu versuchen. Der Ausfall der deutschen Reichstagswahlen hat dem arg gekümmerten Mut der russischen Reaktion neue Kraft verliehen und sie gibt sich der angenehmen Hoffnung hin, in Deutschland eine bessere Aufnahme zu finden als es in Frankreich der Fall gewesen ist. Und daß die deutschen Bankiers den Wünschen der russischen Regierung entgegenkommen, das wird durch die folgende Meldung aus Petersburg („Towarisch“) bestätigt: „Am 10. Februar trafen die Vertreter dreier großer Berliner Banken in Petersburg ein: Herr Rankiewicz von der Deutschen Bank, Herr Wittenberg von der Handelsbank und Herr Jemissen von der Bank für Handel und Industrie.“ — Vielleicht wird die deutsche Bourgeoisie dem russischen Absolutismus noch im letzten Augenblick zu Hilfe kommen.

Verfammlungen.

Die Konkurrenzklause in den Warenhäusern fand eine scharfe Beurteilung in einer Protestversammlung von Handlungsgehilfen, die am Sonntagmittag im Deutschen Hof, Ludwigsstraße, tagte. Sie war veranlaßt worden durch das Vorgehen eines Warenhauses (A. Wertheim), das kürzlich vor dem Kaufmannsgericht beantragte, eine frühere Angestellte durch Haftstrafe zur Erfüllung der Konkurrenzklause zu zwingen. Referent und Diskussionsredner waren mit der Ansicht, daß die Arbeitsverträge mancher Großfirmen geradezu eine Gefahr für das spätere Fortkommen der Handelsangestellten bildeten und somit gegen die guten Sitten verstießen. (§ 138. B. G. B.) Der Stellungsuchende befand sich meist in einer Zwangslage und unterschrieb den ihm vorgelegten gedruckten Arbeitsvertrag, ohne über die Tragweite der Konkurrenzklause im Klaren zu sein. Die alle möglichen Waren führenden großen Warenhäuser mit ihren weitverbreiteten Verbindungen machen es dem Handelsangestellten auch unmöglich, bei neuen Engagements zu erkennen, ob er eine Konkurrenz seiner früheren Firma vor sich habe oder nicht. Zu bebauern sei das Urteil des Kammergerichtes in dem oben angeführten Falle. Gätte das Gericht § 74 des Handelsgesetzbuches und § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches berücksichtigt, so wäre eine Beurteilung wohl nicht möglich gewesen. Eine Haftstrafe aus Anlaß der Konkurrenzklause passe für die Jetztzeit ebensowenig, wie die Schuldschaft. Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen.

Die vom Verein der deutschen Kaufleute einberufene öffentliche Handlungsgewerkschafts- und Gehilfen-Versammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Vorgehen der Firma A. Wertheim, die sich nicht getraut hat, gegen eine Angestellte wegen Verletzung der Konkurrenzklause eine Haftstrafe zu beantragen. Sie fordert die Firma auf, aus Gründen der Moral und der Ethik die Konkurrenzklause, die eine den guten Sitten zuwiderlaufende Erschwerung der Stellung des Angestellten bedeutet, aufzugeben. — Die Versammlung besteht aus 100 Mitgliedern und hat den Vorsitz der Berliner Kaufmannsgewerkschaft, das von der bisherigen Erziehung abgesehen ist, als es nicht einzig auf Erfüllung der Konkurrenzklause erkannt hat, sondern der betreffenden Angestellten eine Geldstrafe für jeden Arbeitstag angedroht hat. — Von den gesetzgebenden Körperschaften erwartet die Versammlung, daß sie unverzüglich Schritte zur Aufhebung der Konkurrenzklause tun werden.“

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.

Dienstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Alten Schützenhause“, Linien-Strasse Nr. 5: **Versammlung.**

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Wahlkomites. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. 245/9*
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 22. Februar, abends 8 1/4 Uhr: **Zentrums-Vertrauensmänner-Versammlung** bei Keller, Koppenstr. 20.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mittwoch, 20. Februar, abends 8 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 7: **Sitzung der Ortsverwaltung.**
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Branche der Maschinenarbeiter.
Sonntag, den 23. Februar 1907, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 20:

Gr. Wiener Masken-Ball.

Drei Musikkapellen. Großartige Ueberraschungen.
Anfang 8 1/2 Uhr. Billett 50 Pf.
Billette sind bei Pankow, Gubenstr. 12, und bei Lorenz, Koppenstr. 29 zu haben.
Das Komitee.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Sektion der Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter.
Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr: **Versammlung der Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter** bei Augustin, Oranienstr. 103.

Tagesordnung: 1. Aufstellung und Beratung unserer diesjährigen Lohnforderung. 2. Die betriebl. und am besten Regulation. 3. Verbandsangelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Brunnenbauer und Hilfsarbeiter in dieser Versammlung erhofft Der Zweigvereins-Vorstand.

Achtung! Achtung! Portefeuille u. Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/4 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** bei Graumann, Rauhnschloß 27.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Störmer: „Wozu verpflichtet sind die letzte Reichstagswahl?“ Diskussion. 2. Vorschläge der Delegierten zum Verbandstage. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Ausgabe der Zeitschrift zum Kunstabend (2. Osterfeierabend) erfolgt in dieser Versammlung. 109/2

Maschinisten u. Heizer sämtl. Brauereien Berlins u. Umg.

Mittwoch, 20. Februar, vorm. 8 Uhr u. abends 8 Uhr, findet in den „Kittorsälen“, Ritterstr. 75, 2. Hof **je 1 Versammlung** sämtlicher Maschinisten u. Heizer der Brauereien Berlins und Umgegend

Tages-Ordnung: 135/3
Die Betriebsverhältnisse nach Einführung des neuen Tarifs. Der Einberufer: D. Schwittau.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, 21. Februar, abends 8 1/4 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III: **Versammlung.**

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Arbeitnehmer-Mitglieder des Vorstandes der Landes-Versicherung-Anstalt Berlin. Kollegen Welker und Simanowski. 2. Bericht des Ausschusses der L.-B.-A. Berlin. Kollege Warnst. 3. Diskussion. 4. Wahl der Vertreter zur Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und Vororts. 5. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. 53/2
Beruh. Post, Vorsitzender. Adolf Stumpe, Kassierer.

Achtung, Marmorarbeiter! Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/4 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.
Tages-Ordnung: 173/5
1. Arbeitsnachweis. 2. Extrakt. 3. Gewerkschaftliches.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr: **Fünf große Versammlungen:**

1. Im Lokal **Sanssouci**, Kottbusserstr. 4a.
2. " " **Urania**, Brangelstr. 9/10.
3. " " **Elysium**, Landsberger Allee 40a.
4. " " **P. Litfin**, Memelerstr. 67.
5. " " **Boeker**, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl?
Referenten sind die Genossen:
J. Borchardt, M. Grunwald, Kloth, H. Molkenbuhr, Ströbel.
Zahlreichen Besuch erwartet Gäste willkommen. Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. - Fernsprecher Amt 3, Nr. 5028.
Mittwoch, den 20. Februar 1907, abends 8 Uhr: **Außerordentliche General-Versammlung** des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend in den Industrie-Sälen, Benthstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion aus der letzten Versammlung. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mittgliedsbuch ist vorzulegen. Der Vorstand. J. H.: H. Zuppenlaß.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 136/18*
1. Jahres- und Kassenbericht des Sektionsvorstandes. 2. Resumé der im Bureau tätigen Kollegen. 3. Verschiedenes.
Mittgliedsbuch legitimiert.
Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Sektionsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3553. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9673.
Mittwoch, 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung** der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen im Saale von Franke, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wuschick über: „Die Arbeiterbewegung einst und jetzt.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Gäste willkommen. Recht zahlreiches Erscheinen der Kolleginnen und Kollegen wird erwartet. 113/7

Achtung! Bibliothek. Achtung!

Die Mitglieder, welche noch im Besitze von Bibliothekbüchern sind, werden ersucht, dieselben sofort, wegen stattfindenden Umzuges, abzuliefern.
Die Ortsverwaltung.

Nach Aufgabe meiner Assistententätigkeit bei Herrn Dr. med. Levy, Petersburgerstraße 81, praktiziere ich jetzt allein 39022*
Warschauerstraße Nr. 15 II (Gede Romintenerstr.)
Sprachl. 8-10 u. 4-5. Tel. VII. 12900.
Dr. med. Goldschmidt,
prakt. Arzt, Zahnarzt u. Geburtshelfer

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Filiale Rixdorf.
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151: **Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Anträge des Vorstandes. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 113/5
Die Ortsverwaltung.

A. B. Koch Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 24, Brombergerstr. 15.
Preisliste für nur 14 Marken ab 1000 von 10 Jhr. an: 38792*
Prima la Halbheine (bekannte Marken) pr. Str. 85 Pf.
la Diamant (110 bis 120 Stk.) . . . 90 Pf.
la (110 u. 115) . . . 95 Pf.
la Anthrazit Gabb. 2,20 Pf.
Koks, Steintobien usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquette. Plüsch-Reste! Sattelstaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Berlin, Emil Lefèvre, Oranienstr. 150.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener **Wilhelm Stiegler** (19. Bezirk) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Wainigerstr. 3 aus nach dem neuen Rixdorfer Friedhofe statt. 232/8
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Vorwaltungsstelle Berlin II.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Stiegler** verstorben ist. 68/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Rixdorf, Wainigerstr. 3, aus nach dem Rixdorfer Gemeindefriedhof, Wartenborfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung Berlin II.

Todes-Anzeige.

Nach schwerem Leiden verschied der Steinträger **Eduard Schmidt**
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Roabit, Birkenstraße 63/63, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Teilnahme sowie die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines einzigen unvergesslichen Bruders und Schwagers, des Gärtners **Wilhelm Kesten** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Bernhard Joseph sowie dem Metallarbeiterverband und dem 3. sozialdemokratischen Wahlkreis unseren herzlichsten Dank. 39872
Marie Winter geb. Kesten nebst Gatte.

Dankfagung.

Für die liebevollen Besuche aufrichtiger Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unvergesslichen Vaters, des Tischlers **Waldemar Landig**, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Arbeiter-Verein „Berlin Freiheit“, Arbeiter-Verein „Berlin I“, dem Deutschen Holzarbeiterverband, dem Arbeiter-Verein Landsberger Viertel 272, sowie dem Gelangverein „Hoffnung III“ unseren innigsten Dank. 39882
Witwe Ida Landig nebst Sohn, Eltern und Schwiegermutter.

Danksagung.

Wir sagen hiermit allen Teilnehmern bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, den herzlichsten Dank. 39882
Oswald Garn nebst Kindern.

Dr. Simmel, Prinzen-Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7 Sonntag 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann Spezial-Arzt für 35112* **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.** Friedrichstr. 203, Ede Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

Leihhaus

Berlin, Anklamerstr. 2
Charlottenburg, Friedrich-Ruhplatz 19.
Hohe Beleihung von Gold-, Silber-, Juwelen u. Kleidungsstücken etc.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW, Friedrichstraße 91/92.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer.

nur Mariannen-Strasse 2.
Georg Nauck, Buchhandlung, Berlin, Charlottenstr. 74/75, sucht zu kaufen:
„Vorwärts“ 1883-1889 mit sauberer vollständige Stücke.
Zahn-Klinik, G. Anders* Sprachl. 2-8, Sonnt. 9-1. Plomben, künstl. Zähne, schmerzlos. Zahnziehen.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin-Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholfreies, diätetisches Spezialbräu.
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.
Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

34661*

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Fünfter Wahlkreis. Die Generalversammlung des Wahlvereins, in welcher der Bericht des Wahlkomitees erstattet wird, findet heute, Dienstagabend im Alten Schützenhause, Linienstraße 5, statt. Gäste haben Zutritt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Rixdorf. Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Hoppe, Hermannstr. 48. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Zehlendorf. Am heutigen Abend um 8 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von B. Riesen, Potsdamerstraße 25, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Bericht des Vorstandes, des Kassierers und Neuwahl des Vorstandes. Die Genossen werden ersucht, in dieser Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Bibliotheksbücher sind abzugeben. Beiträge werden entgegengenommen. Der Vorstand.

Kempelhofer. Heute Dienstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Müller, Berlinerstr. 41/42, die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Redakteurs Bloch über: „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen?“ Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder. Vereinsangelegenheiten. — Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen und auch Gefinnungsgenossen einzuladen. Der Vorstand.

Treptow - Baumshulsenweg. Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins in Speers Festsaal, Baumshulsenstr. 78, statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Funktionäre sowie Neuwahl derselben; Aufnahme neuer Mitglieder; Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute findet in S. Güttsch's „Kronprinzengarten“, Frankfurter Chaussee 128, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Mitgliedsbuch ist zum Ausweis mitzubringen. Der Vorstand.

Röppend. Heute abends 8 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Lokale des Herrn Hentschel, Kaiserhof, Grünstraße. Es findet Berichterstattung des Vorstandes und der Funktionäre sowie Neuwahl derselben statt. Pflicht jedes Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Parteigenossen! Wir machen nochmals auf die heute im Lokale des Genossen Franke, Eichbornstr. 18, stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Die wichtige Tagesordnung verpflichtet jeden Genossen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Zegel. Genossen! Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet beim Genossen Köh, Schloßstr. 7-8, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Kommissionen sowie Neuwahl derselben. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die wichtige Tagesordnung verpflichtet jeden Genossen, zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Gehaltsaufbesserungen bei der Feuerwehr sind an „maßgebender“ Stelle endlich als notwendig anerkannt worden und werden für das Etatsjahr 1907 geplant. Zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat haben Beratungen hierüber stattgefunden, deren Ergebnis jetzt dem Magistrat den Stadtverordneten mit dem Ersuchen um Bewilligung vorgelegt wird. Die Feuer-männer bekamen bisher als Anfangsgehalt 1200 M., als Endgehalt 1800 M. Das Endgehalt wurde erreicht nach 12 Jahren und zwar in vier Steigungen von je drei Jahren zu je 100 M. Künftig soll das Anfangsgehalt 1300 M. betragen, das Endgehalt aber 1800 M. Erreicht würde das Endgehalt dann nach 15 Jahren in fünf Steigungen von je drei Jahren zu je 100 M. Die Gehaltsaufbesserung stellt sich hiernach für die meisten Feuerwehrmänner auf monatlich 8 1/2 M. (wöchentlich etwa 2 M.). Daß sie auch dann noch keine großen Sprünge machen können, wird jeder ohne weiteres begreifen. Für die Glücklichsten die schon so lange im Dienst sind, daß ihnen auch die jetzt neu zu schaffende fünfte Alterszulage schon ausbezahlt werden muß, beträgt die Aufbesserung 16 1/2 M. pro Monat (wöchentlich etwa 4 M.). Die Summe aller Feuerwehrgehälter steigt dadurch um nur 96 375 M.; im Jahre 1907 würde sie bei Beibehaltung der bisherigen Gehaltsätze 1 116 400 M. betragen, bei Annahme der neuen Gehaltsätze stellt sie sich auf 1 212 775 M. Auch den Chargierten und desgleichen den Offizieren sind Gehaltsaufbesserungen ausgedacht. Bisher bekamen Oberfeuer-männer 1800—2000 M., Obermaschinenisten 1800—2200 M., Feldwebel 2000—2400 M., immer in vier Steigungen zu je drei Jahren und je 100 M. Künftig sollen erhalten: Oberfeuermänner und Obermaschinenisten 1800—2400 M., in vier Steigungen zu je drei Jahren und je 150 M., Feldwebel aber 2200—2700 M., schon in drei Steigungen zu je drei Jahren, das erste Mal zu 200 M., das zweite und dritte Mal zu je 150 M. Für alle Chargierten stellt sich das Plus auf 37 776 M., da die Summe ihrer Gehälter von 282 850 Mark auf 300 626 M. aufgebessert wird. Bei den Brand-meißern und den Brandinspektoren, die die Gehaltsaufbesserung schon sehr viel weniger nötig haben dürften, soll nicht nur Anfangs- und Endgehalt erhöht, sondern auch der Zeitraum für die Erreichung des Endgehaltes, der jetzt 12 Jahre (viermal je 3) beträgt, auf 9 Jahre (dreimal je 3) abgekürzt werden. Es bekommen die Brandmeister jetzt 2700—4200 M., künftig 3000 bis 4500 M., die Brandinspektoren jetzt 4200—5700 M., künftig 4500 bis 6000 M. Die Summe aller Offiziersgehälter wird von 88 500 M. auf 97 500 M. aufgebessert, um 9000 M.

Interessant ist die Begründung all dieser Gehaltsaufbesserungen. Der Magistrat sagt in seiner Vorlage: „Die allgemeinen Gründe, die zu einer Aufbesserung der Bezüge städtischer Beamten und Arbeiter Veranlassung gegeben haben, liegen auch bei dem Exekutivpersonal der Feuerwehr vor; dazu kommt, daß seine bisherige Befoldung gegen die der Feuerwehren vieler anderer deutscher Großstädte um ein Erhebliches zurücksteht, obgleich in jenen Städten die Lebensbedürfnisse zum größten Teil billiger sind als in Berlin.“ Es wird weiter ausgeführt, daß auch die Offiziere anderwärts höheres Gehalt bekommen. Infolgedessen habe sich seit Jahren bei ihnen die Reizung gezeigt, in die Feuerwehren anderer Städte überzutreten. Der häufige Wechsel der Offiziere müsse aber im Interesse des Dienstes verhütet werden. Man sieht, daß auch in den Reihen der Offiziere alles „am Golde hängt, nach Golde drängt“ — was ihnen übrigens hiernicht nicht verdrast werden soll. Den Mannschaften freilich wird es nicht so leicht wie den Offizieren, der Reichshauptstadt mit ihrem schweren Dienst, niedrigem Gehalt und teuren Preisen den Rücken zu kehren und in andere Feuerwehren einzutreten. Die Vorlage weist darauf hin, daß bei dem in Berlin besonders anstrengenden Dienst der Feuerwehr, der häufig die Einschaltung des eigenen Lebens verlangt, es unumgänglich nötig sei, die Berufsruhmigkeit vor allem und durch eine ange-

messene Befoldung zu unterstützen. Das ist ganz unsere Meinung — und war es schon längst. Es hat nur ein bißchen länger gedauert, bis das auch an „maßgebender“ Stelle begriffen worden ist. Der einzige übrigens, der diesmal keine Erhöhung seines allerdings ohnedies nicht geringen Gehalts kriegt, ist der Herr Branddirektor. Ganz leer soll aber auch er nicht ausgehen. Im Jahr zu tun lassen, soll ein Teil seiner Dienstgeschäfte, unter anderem das zeitraubende Schreibwerk, an zwei Oberbrandinspektoren überwiesen werden. Zu diesem Zweck werden zwei Brandinspektorstellen in Oberbrandinspektorstellen umgewandelt.

Weil dem Volke die Religion erhalten werden muß, ist in Moabit eine neue Kirche fertiggestellt und am Sonntag unter den üblichen Zeremonien und Schaugepränge eingeweiht worden, wobei auch das Kaiserpaar nicht fehlte.

Staatliche Heizerkurse in Berlin.

Die diesjährigen staatlichen Heizerkurse in Berlin finden vom 4. bis 18. März und vom 8. bis 22. April statt. Die Anmeldungen dazu sind, soweit dies noch nicht geschehen ist, umgehend bei der Abteilung IIb des Polizeipräsidenten hier selbst anzubringen. Die Stunde des Beginns sowie das Unterrichtslokal werden jedem angemeldeten Schüler schriftlich mitgeteilt werden.

In Rücksicht auf viele Anfragen aus unserem Leserkreise über diese Kurse halten wir es für notwendig, näheres über die Bedingungen der Teilnahme an diesen Kursen mitzuteilen:

Die Heizerkurse bieten den im praktischen Betriebe stehenden Heizern Gelegenheit, sich diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen, welche zu einer hochgehenden Ausübung des Dienstes als selbständige Heizer erforderlich sind. Namentlich werden die Kenntnisse der Teilnehmer in der geeigneten Bedienungsweise der Feuerungen für verschiedene Brennstoffe und der für bestimmte Anordnungen geeigneten Brennstoffe befestigt und erweitert und die Teilnehmer befähigt, eine Feuerung möglichst ökonomisch und unter Vermeidung von Rauch und Ruß zu bedienen. Beim Unterricht werden die zur Sicherheit des Betriebes von dem Heizer zu beachtenden Maßnahmen und sein Verhalten, auch in kritischen Fällen, eingehend geübt. Durch Deutung der technischen Einsicht und durch Anregung zum Nachdenken soll bei dem Heizer das Gefühl für seine Verantwortlichkeit gesteigert und ihm die Ausübung seiner Pflichten erleichtert werden. Da der Dampfesselbetrieb in enger Verbindung mit dem Dampfmaschinenbetrieb steht, so erstrecken sich die Kurse bis zu einem gewissen Grade auch auf Beschreibung und Behandlung der Dampfmaschine. Der Unterricht erfolgt als Tagesunterricht von acht bis neun Stunden Dauer, ist also für einen Arbeiter nur unter ungedehnten Umständen möglich. Er besteht aus zwei Teilen, und zwar aus einem beschreibenden Vortragsunterricht und aus Unterweisungen vor dem Kessel und an der Maschine, denen sich die entsprechenden praktischen Übungen anschließen. Zur Aufnahme wird nur eine beschränkte Teilnehmerzahl von etwa 20 Schülern in jedem Kursus zugelassen, da die praktische Ausbildung vor dem Kessel bei einer größeren Teilnehmerzahl nicht genügend gefördert werden kann. Vorbedingung für die Aufnahme ist, daß die Schüler mindestens ein Jahr lang Kessel bedient und kundig das Schloffer- oder ein verwandtes Handwerk erlernt haben. Auch wird vorausgesetzt, daß der Aufzunehmende lesen, schreiben und rechnen kann. Die Anmeldung muß enthalten: 1. Vor- und Zunamen, 2. Geburtsort und Jahr, 3. Geburtsort, Kreis, 4. erlerntes Handwerk, 5. Dauer der Tätigkeit im Dampfesselbetrieb in Monaten, 6. Wohnung des sich anmeldenden (Ort und Straße mit Nummer), 7. Aufzählung der beigelegten Zeugnisse. An Zeugnissen sind beizubringen: eine Bescheinigung über mindestens einjährige Tätigkeit am Kessel und ein behördliches Unbescholtenheitszeugnis, sofern der Wohnort nicht Berlin ist. Am Schluß des Kurses wird denjenigen Teilnehmern, welche dem Unterrichte bis zum Schluß beigewohnt haben, eine amtliche Bescheinigung über den Besuch der Unterriehts- und Übungsstunden ausgestellt. Das Schulgeld beträgt 6 M.; es ist am ersten Unterrichtsstage mitzubringen und abzuliefern. Tritt ein Teilnehmer während des Kurses aus, so hat er keinen Anspruch auf Rückzahlung des Schulgeldes. Dasselbe gilt für solche Schüler, die wegen ungebührlichen Betragens oder unregelmäßigen Besuchs von der Teilnahme ausgeschlossen werden.

Die Krankenhäuser der Stadtgemeinde Berlin haben im Etatsjahr 1906/07, über das jetzt die Krankenhäuser-Deputation den Verwaltungsbericht erstattet hat, 38 429 Kranke verpflegt, nur 790 mehr als im vorhergehenden Etatsjahr. Männlichen Geschlechts waren 21 189 Kranke, weiblichen Geschlechts nur 17 240. An der Gesamtzahl waren beteiligt: Krankenhaus Friedrichshain mit 11 894 Kranken, Krankenhaus Moabit mit 11 730, Krankenhaus Urban mit 9360, Krankenhaus Wilschinerstraße mit 2309, Kinder-Krankenhaus Reinickendorferstraße mit 2936. (Das neue Virchow-Krankenhaus wurde erst im Etatsjahr 1906/07 eröffnet.) Die Mitglieder von Krankenkassen bilden in den Hauptkrankenhäusern etwa die Hälfte aller Patienten: im Etatsjahr 1906/07 waren sie in den Krankenhäusern Friedrichshain, Moabit, Urban mit 48 Proz., 49 Proz., 55 Proz. an den Aufnahmen beteiligt. Leider unterscheidet der Bericht nicht auch hier nach dem Geschlecht; geschähe das, so würde sich zeigen, daß der Anteil der Kassenmitglieder beim männlichen Geschlecht noch erheblich höher ist, beim weiblichen aber hinter den oben angegebenen Prozentzahlen zurückbleibt. Im Krankenhaus Wilschinerstraße, das nur Frauen aufnimmt, waren die Kassenmitglieder nur 83 Proz. der dortigen Gesamtzahl. Dafür waren in dieser Anstalt die Dienst-mädchen, die Patienten des Abkommensvereins Berliner Dienstherrschaften, mit 30 Proz. an der Gesamtzahl der Aufnahmen beteiligt. In den Anstalten Friedrichshain, Moabit, Urban entfielen auf die Patienten dieses Vereins nur 4 Proz., 5 Proz., 4 Proz. aller Aufnahmen. In den oben bezeichneten Anteilen der Kassenmitglieder sind auch solche Patienten mitgezählt, die zu Berliner Kassen gehörten, aber ihren Wohnort außerhalb Berlins hatten: sie waren 1 Proz., 1 Proz., 6 Proz., 5 Proz. aller Patienten, die von den vier Anstalten Friedrichshain, Moabit, Urban, Wilschinerstraße aufgenommen wurden. Die Zahl aller Auswärtigen, die in diesen Krankenhäusern Aufnahme fanden, war natürlich noch höher. In den fünf Anstalten Friedrichshain, Moabit, Urban, Wilschinerstraße, Reinickendorferstraße wurden 7 Proz., 5 Proz., 10 Proz., 20 Proz., 6 Proz. aller überhaupt aufgenommenen Patienten als Auswärtige gebucht. Die absolute Zahl der Auswärtigen war für alle fünf Anstalten zusammen 2858, rund 8 Proz. aller Patienten. Für ein Verkehrszentrum wie Berlin kann das keineswegs als ein übermäßig hohe Zahl gelten. Sie wäre allerdings noch niedriger, wenn die Vororte aus-reichend mit Krankenhäusern versehen wären. In dieser Beziehung ist es sehr lehrreich, aus dem Bericht festzustellen, wie stark die einzelnen Vororte an der Gesamtzahl der außerhalb Berlins wohnenden Patienten der fünf Anstalten beteiligt sind. Da steht z. B. Rixdorf mit 600, Schöneberg mit 406, Wilmersdorf mit 114, Charlottenburg mit 222, Reinickendorf mit 125, Pantow mit 75, Weiskensee mit 104, Lichtenberg mit 254, Hummelburg mit 93, außerdem zahlreiche andere Orte mit kleineren Zahlen. Wir billigen es nicht, daß die Stadt Berlin durch Erschwerung der Aufnahme auswärtiger Patienten die Vororte schillern möchte. Aber das muß doch gesagt werden, daß manche Nachbargemeinden auf dem Gebiete der Krankenpflege leider lange Zeit recht lässig gewesen sind.

Hilfe für die „Große Berliner“. Eine Masseneingabe gegen die Unterbrechung der Straßenbahn am Brandenburger Tor wird von den Anwohnern an das förmliche Polizeipräsidentium, an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet. Grundbesitzer, Bezirks- und Bürgervereine gehen gemeinsam in

dieser Frage vor und protestieren dagegen, daß ein ganzer Stadtteil durch das Verbot der Oberleitung schwer benachteiligt werde. Die Direktion der Großen Berliner hat sich bereit erklärt (Wie hochherzig! D. Red.), bei Einrichtung der Oberleitung am Brandenburger Tor Masten von besonders gefälligem Aussehen zu verwenden und die wichtigsten Rücksichten auf die Forderungen der Verkehrswelt zu nehmen, und sie will auch, um die historische Berliner Feststraße nicht zu beeinträchtigen, die Anlage so einrichten, daß bei feierlichen Aufzügen, Empfängen usw. die Drähte der Oberleitung in einer Stunde vollständig entfernt werden können, so daß auch die in dieser Hinsicht geltend gemachten Bedenken schwinden. Wie notwendig im Interesse eines geordneten Straßenbahnbetriebes aber die Umwandlung ist, geht daraus hervor, daß beim letzten Schneefall allein an der Unterleitung am Brandenburger Tor 30mal Kurzschluß eintrat und der Verkehr unterbrochen werden mußte.

Wanderung einer Straßenbahnlinie. Die Straßenbahnlinie 28 Gesundbrunnen-Schöneberg hat gestern einen neuen Weg erhalten. Die Linie geht nicht mehr zum Kilitzschhof in Schöneberg, wo bisher ihr Endpunkt sich befand. Die Linie geht vielmehr durch die Sedan-, Leuthen- und Gothenstraße bis zur Torgauerstraße. In dem übrigen Weg der Linie ist nichts geändert worden, ebenso nicht in dem Fahrplan und den Abständen zwischen den einzelnen Wagen.

Der Neubau der Inselbrücke ist seinerzeit von der Stadtverordneten-Versammlung mit Rücksicht auf den sehr kostspieligen Erwerb der alten Ruine des Inselpfeilers abgelehnt worden. Die Brücke ist dann einer umfassenden und gründlichen Reparatur, die 15 000 M. kostete, unterworfen worden. Der Magistrat hat im vorigen Jahre die landespolizeiliche Genehmigung zu dem früher von der Stadtverordneten-Versammlung gebilligten Entwurf für den Neubau der Inselbrücke erhalten und beabsichtigt nun das für diesen Neubau erforderliche Gelände des Pfeilers im Enteignungsverfahren zu erwerben. Gebraucht werden rund 1035 Quadratmeter des Geländes in der Richtung der Straße an der Fischerbrücke. Verlangt wurden seinerzeit rund 467 M. für den Quadratmeter.

Ein „wilder“ Buchmacher, der Kaufmann F., ist nachdem er zahlreiche Wette, Sportwette usw. um ihr Geld betrogen hat, aus Berlin verschunden. Er war schon seit Jahren ohne feste Beschäftigung und trieb sich, weniger auf den Rennplätzen, als in den sogenannten Sportkneipen umher. Da er als Abstinenzler und Weiberfeind galt und sehr bescheiden lebte, hatten sowohl die größeren Buchmacher, für welche er als Zutreiber fungierte, als auch die Wettlustigen zu dem Manne großes Vertrauen. Obwohl F. sich in den Abrechnungen in letzter Zeit wiederholt unregelmäßig verhalten hatte, zu schulden kommen lassen, verstand er es doch, verschiedene Bekannte zu bewegen, ihm erhebliche Geldsummen anzuvertrauen. Noch vor dem „großen Coup“, den er den Leichtgläubigen in Aussicht gestellt hatte, brante der „Pariser Schieber“, wie F. in seinen Kreisen genannt wurde, mit dem erschwundener Geld durch.

Umfangreiche Neu- und Umpflasterungen sind vom Magistrat in diesem Jahre in Aussicht genommen worden. Die Umpflasterungen mit Steinen sollen hauptsächlich in den verkehrreichen Straßen der Peripherie (Worsbauer-, Christiania-, Weißwälder-, Kronbergerstraße, Landsberger Allee usw.) vorgenommen werden. Für Umpflasterungen mit Asphalt sind die Zimmer-, Krausen-, Königgräber-, Charlotten-, Köthener-, Kurfürsten-, Köpenicker-, Koch-, Neus-Friedrichstraße, der Schiffbauerdamm, die Alexander-, Eidenauer-, Grün-, Holzmarkt-, Neus-Königstraße, die Straße am Friedrichshain, an der Jannowbrücke und andere ausgewählt worden.

Das Restgrundstück des ehemaligen alten Köpenicker Rathauses am Köpenicker Fischmarkt ist vom Magistrat vor einiger Zeit an eine Berliner Kaufmann verkauft worden. Die dort errichteten provisorischen Verkaufsstellen müssen geräumt und sollen dann abgebrochen werden, um einem großen Neubau Platz zu machen. Die beiden alten in der Scharrenstraße neben den Verkaufsböden noch stehenden ruinenartigen Gebäude sind von der Firma nicht mit erworben worden und bleiben vorläufig noch als „Fierden“ der Straße erhalten.

Im Hochbahnwagen verunglückt. Ein eigenartiger Unglücksfall, der allgemein zur Warnung dienen sollte, ereignete sich vorgestern auf der Hochbahn. Der 21jährige Eselächter Martin Hanke war von der Station Bülowstraße nach dem Reichdamerplatz gefahren. Auf der Strecke befindet sich eine scharfe Kurve, und als der Zug diese Stelle passierte, wurde H., der sich oben am Handgriff festgehalten hatte, durch den heftigen Auslöserissen und mit solcher Gewalt gegen die Scheibe geschleudert, daß diese in Trümmer ging. Dem bedauernswerten jungen Manne wurde der rechte Arm von oben bis unten aufgeschnitten. Eine zufällig anwesende Krankenschwester leistete dem Verunglückten die erste Hilfe und brachte ihn dann nach der Rettungswache in der Mauerstraße. Von dort erfolgte seine Einlieferung in die Agl. Klinik.

Die Syree und Havel führen seit gestern Hochwasser. Die Niederrungen sind vollständig überschwemmt und mit Eischollen bedeckt.

Streik der städtischen Assistenzärzte. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: „Die Assistenzärzte an den Berliner städtischen Krankenhäusern haben beschlossen, am 1. März dieses Jahres ihre Tätigkeit einzustellen. Die Ursache dieses in Aussicht gestellten Streiks ist folgende: Die Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern sind wesentlich schlechter gestellt als ihre Kollegen an den staatlichen Anstalten. Sie haben freie Station, beziehen monatlich 100 M. und erhalten keinen Urlaub. Vor Jahresfrist stellten sie in einer Eingabe an den Magistrat folgende Forderungen auf: Freie Station, 120 M. Monatsgehalt, vier Wochen Urlaub und Aufnahme in eine Unfallversicherung. Nach acht Monaten gab der Magistrat eine ablehnende Antwort, in der auf die Forderungen der Assistenzärzte überhaupt nicht eingegangen wurde. Die Folge davon war der Anschlag der städtischen Assistenzärzte an den Leipziger Verband und die oben erwähnte Aufkündigung des Streiks. — Im Magistrat wird man hoffentlich jetzt schleunigst einlenken.“

Einkrecher stifteten in der Nacht zum Freitag dem Restaurateur Gustav Ledewig, Stallstraße 83/84, wiederum einen Besuch ab. Während dieselben das erste Mal Geld fanden, mußten sie sich diesmal mit einem Winterüberzieher, Gut, Uhren, Zigaretten und Wurstwaren begnügen. Auch Legitimationspapiere, u. a. auch Wahlvereinsbuch und Mitgliedsbuch vom Fabrikarbeiterverband wurden der Witwinnahme für wert gehalten.

Zwei „Kinderwäuber“, unter deren Treiben oft die ärmsten Leute zu leiden hatten, wurden dieser Tage von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Es handelte sich um Schwindler, die von den Eltern ausgeschickte Kinder auf der Straße anhalten, sie mit einem kleinen Gang beauftragen und ihnen unterdessen mit dem, was die Eltern ihnen anvertraut haben, durchgehen. Dieser Schwindel war nie so häufig wie in der letzten Zeit. Gegen 60 Anzeigen liefen kurz hintereinander ein. Kaufbüchsen wurden sogar ganze Handwagen mit den Waren abgenommen. Am Sonnabend machten sich wieder zwei Männer in der St. Hamburger Straße an einen Jungen heran, der ein Paket trug. Sie schickten ihn unter einem Vorwande in ein Haus hinein und gaben ihm dafür, wie üblich, eine kleine Belohnung. Der Junge sah sich aber noch einmal um und bemerkte nur, wie die Kerle mit seinem Paket davon gingen. Er ging ihnen nach, bis er einen Schuhmann traf, dem er sein Leid klagen konnte. Dem Beamten gelang es, einen der Schwindler zu fassen, der andere entkam. Der Strapazierter wurde festgestellt als ein „Kaufmann“ Robert Salomon, der mit einer

über die Notwendigkeit der Errichtung eines Krankenhauses, er betonte, daß das Oberlinhaus durchaus nicht in der Lage ist, den gestellten Anforderungen zu genügen, so daß die hiesigen Kranken vielfach in auswärtigen Krankenhäusern untergebracht werden müßten, die manchmal auch überfüllt seien; es sei notwendig, daß der Landrat und Kreistag mehr wie bisher für den baldigen Bau eines Kreiskrankenhauses in Kowames-Neuendorf interessiert werden müsse. Die von den Kreisabgeordneten beider Orte gegebenen Berichte über den Stand der Sache lauteten ganz verschiedenartig, so daß man überhaupt nicht wisse, in welchem Stadium sich die Angelegenheit befinde. Um Klarheit zu bekommen, beantragte er, eine Kommission zu wählen, die mit dem Landrat persönlich verhandele und ihn um schnelle Erledigung der Sache ersuchen soll. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und die Herren Winkelmann, G. u. H., Kittenau und Richter beauftragt, beim Landrat vorstellig zu werden.

Eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins tagte am Mittwoch in den Deutschen Festhallen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Emil Billi und Alex Thormann durch Erheben von den Sitzen. Unter Geschäftliches teilte der Vorsitzende mit, daß die Beteiligung der Genossen an den Arbeiten zu den Gemeinde- und Reichstagswahlen eine rege war. Bei der Reichstagswahl sind 2810 sozialdemokratische gegen 1299 gegnerische Stimmen abgegeben worden; auch bei der Gemeindevahl sei ein starker Stimmenzuwachs erzielt worden. Der Kassenbericht vom 4. Quartal ergab eine Einnahme von 462 M., an den Zentralvorstand wurden 908 M. abgeführt, die örtliche Ausgabe betrug 59 M., so daß ein Ueberschuß von 103 M. verbleibt. — Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Jahre 16 Vereinsversammlungen mit 8 auswärtigen Referenten sowie 13 öffentliche Versammlungen und 9 Flugblattverbreitungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 668, hiervon entfallen auf die einzelnen Vereine: Maurer 107, Zimmerer 48, Tischler 84, Maler 32, Bauhilfsarbeiter 55, Metallarbeiter 78, Tischler 15, Schmiede 16, Schuhmacher 24, Schneider 9, Schriftsetzer 29, Textilarbeiter 38, Dachdecker 5, Metzger und Fleischhauer 7, Gastwirte 11, Zigarrenfabrikanten 5, Sattler und Tapezierer 5, Drechsler 3, Klempner 3, Händler 3, Transportarbeiter 3, Lagerhalter 3, Postamentiere 3, Vierfahrer 1, Bäcker 1, Barbierier 1, Stereotypur 1, Seiler 1, Kaufmann 1, Brauer 1, Kupferer 1, Geschäftsführer 1, Lederarbeiter 1, Stuckateur 1, Hausdiener 1, Buchbinder 1, bei 23 Genossen ist kein Beruf angegeben. Leider mußten verschiedene Mitglieder wegen zeitlicher Beiträge ausgeschlossen werden. Der Stand der Presse ist folgender: Der „Vorwärts“ wird in 412, die „Brandenburger Zeitung“ in 233 Exemplaren gelesen. Die Vorstandwahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kroschberg, 2. Vorsitzender Skurl, Kassierer Contr. Gomoll, Schriftführer Paul Neumann, Beisitzer Ernst Jöllner, Rediktoren Pfaff, Seel, Nach, Bibliothekare Braunstein, Scheffel, Bezirkskassierer Otto, Notizbuch und Liebing, Lokalkommission Winter, Fütterer, Philippson.

Gerichts-Zeitung.

Ein verhängnisvoller Schuß hatte ursprünglich zu einem Verbrechen wegen versuchten Mordes Anlaß gegeben, dieses hat aber nur zu einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung geführt, derenwegen sich der Schloffer Wilhelm Karzuhn vor der Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte arbeitete bei dem Schloffermeister Niesche, Frankfurter Allee 58, der seinerzeit sein Lehrlingskollege gewesen war. Herr R. hatte in der Werkstatt ein Leasing und vernagelte sich häufiger damit, daß er nach Sperlingen schob. Auch der Angeklagte benutzte das Leasing mehrfach zu demselben Zweck. Wenn die Schießwaffe nicht gebraucht wurde, pflegte sie der Meister, wie er behauptet, in ein Spindel zu stellen, sobald sie noch geladen war. Am 19. September waren der neunjährige Kasimir und der fünfjährige Max Gossnoff, Söhne des Fabrikarbeiters G., wie schon öfter, vor der Werkstatt spielend beschäftigt. Aus irgend einem nichtigen Grunde kam der Angeklagte mit den beiden Jungen in ein Gespräch und drohte dem jüngsten, daß er ihn tötschießen würde, wenn er nicht artig wäre. Der ältere Knirps antwortete: „Na, denn schießen Sie ihn doch tot!“ Aus Scherz sollte darauf der Angeklagte das Leasing herbei, es knallte unmittelbar darauf ein Schuß und der fünfjährige Knabe fiel besinnungslos zu Boden. Der Angeklagte hatte ihm das Leasing an das Ohr gehalten und die im Leasing befindliche Kugel war dem Jungen in den Kopf gedrungen. Der Angeklagte war aufs höchste erschrocken und trug das Kind selbst in die Wohnung des Vaters. Von dort kam der Knabe in das Krankenhaus, wo ihm die Kugel aus dem Gehirn herausgenommen wurde. Er ist an der erhaltenen schweren Verletzung gestorben. — Der Angeklagte behauptete, daß er geglaubt habe, das Leasing sei nicht geladen. Er habe es auch gar nicht an dem Hahn berührt, sondern nur am Kolben angefaßt gehabt. Die Spannung des Hahnes sei aber — wie auch festgestellt wurde — so unseft gewesen, daß der Schuß ohne sein Zutun losgegangen sei. — Rechtsanwält Theodor Liebnicht stellte unter Beweis, daß der Angeklagte infolge eines schweren Unfalls infanzentente beziehe und ließ sich durch Geh. Medizinalrat Dr. Strahmann bestätigen, daß solche infanzentente sehr leicht erwerbbar seien und ihre Heberlegungsfähigkeit beschränkt erscheine. — Der Staatsanwalt gab ohne weiteres zu, daß von einem vorsätzlichen Handeln des Angeklagten keine Rede sei, hielt aber eine grobe Fahrlässigkeit für vorliegend und beantragte sechs Monate Gefängnis. — Rechtsanwält Liebnicht führte dagegen aus, daß der Angeklagte nicht annehmen konnte, daß das Leasing geladen sei, denn in solchem Falle pflegte es im Schrant aufbewahrt zu werden, während es an jenem Tage frei in der Werkstatt stand. Ebenso wenig habe er annehmen können, daß das Gewehr von selbst losgehen könnte. Dazu komme noch, daß dem Angeklagten infolge seines Unfalls nicht die volle Heberlegungskraft innewohne, wie anderen Leuten. Nebenfalls empfahle sich eine mildere Strafe als die beantragte. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten, den es für seine Tat voll verantwortlich erachtete, zu sechs Monaten Gefängnis, indem es die von ihm bewiesene Fahrlässigkeit für eine sehr grobe hielt.

Die Folgen eines Hausbrandes beschäftigten gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Auf die Anklage der Unvorsichtigkeit des Schloffer Karzuhn hatte sich die unerschütterliche Ida Schierich zu verantworten. Die Angeklagte war der Meinung, daß eine mit ihr in demselben Hause wohnende Frau Seifert sie verkränkt habe. Als sie diese eines Tages über den Hof kommen sah, erwartete sie sie an ihrer Wohnungstür und es kam zu Auseinandersetzungen, bei denen die Angeklagte unruhig aggressiv vorging, indem sie ihrer Gegnerin ein paar Wadpfeifen verabreichte. Bald darauf stürzte Frau S. drei Treppentufen hinab und schlug so unglücklich mit dem Hinterkopf auf eine Türschwelle, daß sie eine schwere Verletzung am Kopfe davontrug, die ihren Tod herbeiführt hat. Die Anklage machte die Angeklagte für diesen verdrübenden Unfall verantwortlich, indem sie behauptete, die Angeklagte habe ihrer Gegnerin einen Stoß gegeben, so daß sie die Treppe hinabgestürzt sei. Die Angeklagte behauptete aber, daß Frau S. nach Empfang der Wadpfeifen ihrerseits die Angreifende gewesen sei. Sie habe sich auf sie gestürzt, sie bei den Haaren und an der Brust gepackt und es habe sich nun ein Ringen entwickelt, bei welchem Frau S. die drei Stufen hinabgefallen sei und sie im Sturze mitgenommen habe. Der Staatsanwalt wollte der Angeklagten, der von ihrem Arbeitgeber ein recht gutes Zeugnis gegeben wurde, zwar mildere Umstände bewilligen, beantragte aber doch 6 Wochen Gefängnis. Rechtsanwält Dr. Berg führte aus, daß die Angeklagte doch nur wegen der unbedeutenden Mißhandlung bestraft werden könne, da ihre sonstigen Angaben über den weiteren Verlauf des Anfalles doch glaubhaft klangen und nicht widerlegt seien. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte denn auch nur wegen Mißhandlung zu 1 Woche Gefängnis, die durch die Unter-

suchungshof als verübt erachtet wurde. — Als die Angeklagte den Gerichtshof verließ, wollte sich der anwesende Ehemann der Verstorbenen auf die Angeklagte stürzen, die nach seiner Meinung an dem Unglück, das ihn betroffen, schuld war. Er wurde durch das Dagwischenreden des Gerichtsdieners daran verhindert, seiner Empörung in fühlbarer Weise Luft zu machen.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf-Ost. Mittwoch, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Gräber, Hochstr. 24: Vortrag von Frau Albersky. Charlottenburg. Dienstag, den 19. Februar, bei Schulz, Kaiser Friedrichstraße 24, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag. Herr Pauli: „Feuerbestattung“. Vorkönigsberg-Fegel. Mittwoch, den 20. Februar, 8 1/2 Uhr, in Vorkönigsberg, im Restaurant Aube: Vortrag. Mariendorf und Umgebend. Mittwoch, den 20. Februar, 8 1/2 Uhr, in Tempelhof bei Martin Müller, Berlinerstr. 40/41. Vortrag: Frau Lungwitz. Britz. Donnerstag, den 21. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Weniger, Werderstr. 28, Vortrag Frau Störmer. „Mutter- und Säuglingspflege“. Sonntag, den 3. März, Besuch der Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung. Treffpunkt: Mittags 1 Uhr Bahnhof Rixdorf. Fahrt bis Tiergarten. Treptow-Baumfischulenkweg. Donnerstag, den 21. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Christ, Ernststraße. Vortrag. Herr Eichler: „Charakterbildung“.

Vermischtes.

Eine entsetzliche Katastrophe.

Bei der eine beträchtliche Anzahl Menschen getötet und verwundet sind, hat sich am Sonnabendabend durch die Entgleisung der elektrischen Vorortbahn in New York ereignet. Es wird aus New York hierüber folgendes gemeldet: Ein mit Vorstadtwohnern, die auf der Heimfahrt begriffen waren, dicht besetzter elektrischer Vorortzug des Bezirkes Harlem der New York-Zentralbahn entgleiste heute abend 6 1/2 Uhr an der Kreuzung der 125. Straße und der Webster Avenue. Fünzig Personen sollen getötet, zweihundert verletzt sein. Die Nachricht verbreitete in der ganzen Stadt einen unbeschreiblichen Schrecken. Scharen von Bewohnern der Vorstädte, nach welchen der Zug bestimmt war, strömten an der Unglücksstätte zusammen, um über ihre Angehörigen Erkundigungen einzuziehen. Bis jetzt ist es unmöglich, Namen von Verunglückten festzustellen. Der Zug verließ den großen Bahnhof der Zentralbahn um 6 Uhr 18 Minuten und passierte die 125. Straße um 6 Uhr 28 Min. Die Wagen stürzten den Bahndamm hinunter und zündeten Feuer. Alle verfügbaren Verzte wurden aus den Hospitälern und Lazaretten aufgerufen.

Ein späteres Telegramm besagt: New York, 17. Februar. Die Zahl der Opfer bei dem gestrigen Eisenbahnunfall beträgt nach nunmehriger Feststellung zwanzig Tote und fünfzig Verwundete.

Ein weiteres New Yorker Telegramm besagt, daß die Ursache in der übermäßigen Fahrgeschwindigkeit bei einer Kurve liege. Die vier letzten Wagen, in denen sich gegen 150 Fahrgäste befanden, stürzten um, wurden noch etwa 300 Meter weit mitgeschleppt und zertrümmert. Viele Leichen wurden so zerrissen und zugerichtet, daß ein Rekonozizieren unmöglich ist. Diebstehesgefundel eilte herbei und begann die Leichen zu verhauden, wurde jedoch von der Polizei verjagt. Die Dunkelheit ebenso wie die durch die mit Elektrizität geladenen Schienen drohende Gefahr verzögerten die Versuche zur Bergung der Opfer erheblich.

Der „Frankf. Zeitung“ wird noch aus New York gemeldet: Bei dem Eisenbahnunfall wurden bis jetzt 25 Tote und 70 Verletzte gezählt. Die meisten der Verunglückten waren Theaterbesucherinnen. Diebstehesgefundel auf der Unglücksstätte Tote und Verwundete.

Frost und Schneetreiben

herrscht in den verschiedenen Teilen des Reiches. So hat die Kälte der letzten Wochen in den Ostprovinzen zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert. Nach den bis gestern eingegangenen Nachrichten sind in Ostpreußen 12, in Westpreußen 7, in Posen 5 Personen, meistens auf den Straßen, erstorben. Unter dem Wüdebestand der ostpreussischen Forsten hat der Frost großen Schaden angerichtet. Da die Wüdefütterung nicht ausreichend vorgenommen werden konnte, ist namentlich viel Reh- und Rotwild infolge des hohen Schnees dem Hungertode zum Opfer gefallen.

Im Riesengebirge hat, wie von Breslau gemeldet wird, ein orkanartiger Sturm und erneutes Schneetreiben großen Schaden angerichtet. Große Schneewehen machen das Gehen im Freien unmöglich. Die Rot des Wildes, das sich bis an die Wohnungen heranwagt, ist sehr groß. Zahlreiche Rede werden verwendet aufgefunden. Die Jäger nach Grünthal haben mit ungeheuren Schneeberegen zu kämpfen. Ganz furchtbar sind die Frostschäden, namentlich auf der böhmischen Seite des Riesengebirges. Die großlich Glatteis-Gefahr der Verwaltung schädigt den Schaden in ihren Forsten auf über eine halbe Million Kronen. In Pöppeln stürzte infolge des starken Sturmes der Dachstuhl eines Hauses auf die Straße und erschlug den gerade vorbeigehenden selbstverletzenden Spindler Dr. Klüh von der Pöppelner Bandelkommer.

Auf den Höhen des Thüringer Waldes trat nach einer Nimenauer Meldung gestern vormittag ein heftiges Schneetreiben ein. Der nachmittags 3 1/2 Uhr von Groß-Brettenbach nach Nimenauer abgedessene Personenzug blieb bei Neustadt-Gillerisdorf im Schnee stecken. Man hofft, den Verkehr heute vormittag wieder aufnehmen zu können.

Hochwasser auf dem Rhein. Der Wasserstand des Rheins betrug nach Kölner Meldung gestern 1,16 Meter; er ist seit Sonnabend um 0,40 Meter gestiegen.

Schiffs-Zusammenstoß. Zwischen dem Dampfer „Heliopolis“ und „Orienta“ fand, wie aus Cardiff gemeldet wird, in der Nähe von Bristol ein Zusammenstoß statt, wobei das letztere Schiff binnen wenigen Minuten sank. Nur drei Mann der Besatzung konnten gerettet werden, während die übrigen ungesunken sind. Der Dampfer „Heliopolis“ mußte sofort ins Dock gebracht werden.

Wieder ein Eisenbahn-Unfall. Wie aus Mailand gemeldet wird, stieß in dem Bahnhof Sognano zwischen Mortara und Mailand ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden 7 Personen verletzt, darunter 3 schwer. Der Verkehr auf der Linie ist unterbrochen.

Vom Tode gerettet. Nach einem Telegramm aus Gibraltar vom 17. d. M. hat der Bremer Hanfadamper „Crosafels“, Kapitän Röller, am 14. Februar auf 46 Grad N und 9 Grad W 25 Mann der Besatzung des im sinkenden Zustande angetroffenen englischen Dampfers „Reidbridge“ aufgenommen und in Gibraltar gelandet.

Die Kirche und die Arbeiter. Der New Yorker Verband von Kirchen und christlichen Vereinigungen hat an 3000 Fabrikarbeiter das Ersuchen gerichtet, die Abhaltung von Erbauungsandachten in ihren Fabrikräumen zu gestatten, um „die Moral der Arbeiter zu heben“. Diese Andachten sollen in der Mittagspause stattfinden. In dem Rundschreiben heißt es: „Wenn wir Sie davon überzeugen könnten, daß wir in der Lage sind, Ihnen ein Mittel zu verkaufen, das die Tüchtigkeit Ihrer Arbeiter erhöht, so würden Sie ganz sicher einen Versuch mit uns machen. Wir behaupten mit aller Bestimmtheit, daß unsere Kohleleute Ihnen dieses Mittel an die Hand geben können, da der höhere moralische Wert eines Mannes

auch seine wirtschaftliche Nutzbarkeit steigert.“ Damit glauben die Pastoren die Fabrikanten an ihrer schwachen Seite gepakt zu haben, um sie für ihre Pläne zu gewinnen. Die Arbeiter aber brauchen sich nicht zu wundern, daß die Kirche sich in dieser Weise an sie herandrängt, solange ihre Gewerkschaftsblätter noch Raum für Sonntagspredigten haben.

Die Hungersnot in China. Den letzten aus China in London eingetroffenen Nachrichten zufolge zerstören die Bewohner der von der Hungersnot heimgesuchten Provinz Tschiang ihre Häuser. Das Stroh der Dächer und das Holz veräuchern sie, um Geld zum Erwerb von Lebensmitteln zu erhalten. Der Sekretär des Ausschusses zur Unterstützung der Notleidenden erklärt, daß in den großen Lagern bei Tschiang-Fu die Notleidenden in Massen zusammengepackt sind. Es heißt, daß über eine Million Menschen dem Hungertode preisgegeben sind. Hunderttausende nehmen täglich als einzige Nahrung trodene Blätter und Wurzeln zu sich. Mäandernde Banden durchziehen die ganze Provinz.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 30. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Nach dem Wahlen. — Die Konferenz der Parteiführer. Von Karl Emil. — Die Arbeiterpolitik der letzten Jahre in Russland. Von Paul Dange (Moskau). — Die Verhältnisse der russischen Gewerkschaften. Von Joh. Reimold. — Des Bahlergebnis in Ostpreußen. Von Hans Bloß. — Der 25. Januar in Ostpreußen. Von Otto Braun (Königsberg). — Die Wahlen in Bayern. Von Adolf Braun. — Bismarck. Von Dr. Strobel. — Literarische Rundschau: Dr. Berthold Thorich. Der Einzelne und die Gesellschaft. Von G. Ufflein.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verkaufsstellen und Korrespondenten zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern liegen jederzeit zur Verfügung. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 4 des 17. Jahrganges zugegangen. Die Nummer hat folgenden Inhalt: Die Stimmwahlen und ihre Lehren. Von G. L. — Die proletarische Frauenbewegung in Holland. Von Roland-Doll. — Was lehren uns die Reichstagswahlen? Von K. D. — Das Frauenwahlrecht auf dem nächsten Jahreskongress der deutschen Arbeiterpartei. Von M. Beer. — Der mit der Unfallsicherung für die Dienstmädchen. Von Luise Jeth. — Aus der sozialdemokratischen Frauenbewegung Schwedens. Von Wilhelm Jansson. — Aus der Bewegung: Genossin Golditz. — Mitarbeit der Genossinnen im Wahlkampf. — Agitation für den Deputiertenwahlkampf. — Politische Rundschau. Von H. B. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Genossenschaftliche Rundschau. — Politisch: Dienstbotenfrage. — Weibliche Fabrikarbeiterinnen. — Verschiedenes. — Dichtung: Reulissen; Der Spring. Gedicht in Versen von Iwan Turgenjew. — Der Grubenbrand. Von Ida Regeli. (Gedicht). — Deputiertenwahl. Von G. S.

Für unsere Kinder: Frühlingsabende. Von Hermann Ring. (Gedicht). Der Freiheitskampf der alten Schweizer. — Zehn Gespräch mit einem Knaben auf dem Wege nach Basel. (Aus Schillers Drama „Wilhelm Tell“). — Durch den Wäldchenwald. Von Brand. — Der Storch, die Ratten und die Kröche. Nach Hebel. — Der Hirt der Heide? Von Neuland. — Ein Märchen. Ballade von Richard Dehmel. — Der Zwerg Rale. Von Wilhelm Hauff. (Fabel). — Die Trommelmusik. Von August Schöps. (Gedicht). — Der Großstadtspass. Von Anna Maria Biel. — Wie das Hühlein das Bäuerlein im Scheuerlein besucht. Von Friedrich Schil. (Gedicht). — Rabe und Raus in Gesellschaft. Von Grimm. — Kinderreim.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Anrechnung 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Von „Wahren Jacob“ ist uns soeben die 4. Nummer des 24. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder, deren eines ein Telephongespräch zwischen Wilson und Molotov über die deutsche Reichstagswahl, das andere Wilsons erste Zeit nach der Reichstagsauflösung darstellt. Ferner bringt die Nummer die Illustrationen „Tom Dählings“, „Kunde ist des Bürgers erste Pflicht“, „Die Verleumdung des Schönheitspreises im deutschen Reichstag“, „Anfänger russische Abstellung“, „Ein ostböhmisches Zukunftsbild“, „Des Deutschen Reiches Herrlichkeit“, „Ein sozialistisches Zukunftsbild“, „Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Zug nach dem Schloß“, „Des Heimmats Opposition“, „In Michel“, „Denburg als Dichter“, „Das Weibermehr der Jaren“ von Richard Wagner, „Wir dürfen...“ und zahlreiche Feuilletons und größere literarische Prosabeiträge.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68-73 pr. 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 56-61, IVa 48-54, Vn Bullen 60-65, hell 0,00, Rothfleisch, Doppelländer 110-125, Ia 82-90, IIa 72-80, IIIa 54-68, holländ. 55-60, dän. 60-68, Hammelfleisch Ia 67-70, IIa 50-65, Schweinefleisch 51-59, Rohwild, mit Wildschaffheit, pr. Pfd. 0,30-0,90, Rotwild Ia 0,50-0,45, Damwild 0,40-0,65, do. Silber 0,00, Wildschweine 0,40 bis 0,55, Ferklinge 0,63-0,65, Hafen, plomb. per Stück 3,00-4,40, do. II 1,00-1,60, Kaminjäger per Stück 0,70-1,00, Wildenten per Stück 1,30-1,40, Döner, alte per Stück 1,40-2,00, do. IIa 0,70-1,30, do. junge per Stück 0,80-1,20, Tauben per Stück 0,40-0,66, junge Reine 0,00, italienische 0,90-1,00, Gänse per Stück 1,50-2,70, dito Hamburger junge per Stück 2,00-2,70, Gänse, Hamburger per Pfd. 1,10-1,20, Gänse, 0,50-0,63, Gänse per 100 Pfd. 93-94, groß 0,00, klein 0,00, Gänse 0,00, klein 0,00, Schmalz, unrefiniert 0,00, klein 0,00, Gänse 47-48, Hefe, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00, Bläuen 0,41, groß 0,00, klein 49-55, Karotten, 75-90er 0,00, do. 40-60er 60-84, Bunte Röhre 0,00, Karle, klein, matt 0,00, do. 0,00, Karotten 0,00, Weis 0,00, Quappen 0,00, Bläue 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 25-30, Sprotten, Kieler, Ball 1,00-1,35, Danziger, Riste 1,20, Rundern, Kieler, Stange Ia 5-4, do. mittel per Riste 8-3, Hamb. Stange 4-5, halbe Riste 1,50-2, Dählings, per Ball Riste 3,50-5,00, Strahlender 0,00, Hefe, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Perlinge per Schoß 5-8, Schmalz Riste 5-6, do. 1/2 Riste 3,00, Rohbau, p. 100 Pfd. 25-30, Peilant 0,00, Sardellen, 1902er per 100 Pfd. 95, 1904er 98, 1906er 90, 1906er 75-80, Schottische Bollerlinge 1905 0,00, large 44-45, full 38-40, mod. 35-42, deutsche 37-44, Perlinge, neue Röhre, per 1/2 To. 60-120, Sardinen, russ., per 100 Pfd. 1,50-1,60, Brauerlinge, Röhre (4 Liter) 1,50-1,60, Remangen, Schockah 11, kleine 5-6, Kieler, 14, Eier, Land, per Schoß 5,50-5,80, Butter per 100 Pfd. Ia 114-118, IIa 110-115, IIIa 108-112, abfallende 100-105, Same Garten Schoß 3,50-4,00, Pfefferkörner 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Dabergische 2,50-2,75, Hosen 0,00, weiße 2,25-2,50, Saisalfabrik 5,00-6,00, Spinat per 100 Pfd. 20-30, Karotten per 100 Pfd. 10-12, Sellerie, hiesige, per Schoß 3,00-7,00, do. pommerische 7,00-8,00, Preiselb. große, per 100 Pfd. 3,50-4,00, do. kleine 3,00-3,50, do. hiesige (Berl.) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schoß 2-3, Rohbau per Schoß 0,00, Rettig, bayr., per Schoß 2,40-4,80, Knoblauch per 100 Pfd. 3,50-6,00, Teilmor Röhren per 100 Pfd. 7-10, Weiße Röhren, große 2 bis 2,50, kleine 6-8, rote Röhren 2,00-2,50, Blumenkohlital, p. Kopf 2,40-3,00, Kohlröhren per Schoß 2-2,50, Wirsingköhl per 100 Pfd. 3-3,00, Rotköhl per 100 Pfd. 3-3,50, Weißköhl 100 Pfd. 3,00, Rosenköhl per 100 Pfd. 25-35, Grünkohl per 100 Pfd. 5-7, Schnittlauch 12 Töpfe 2,00-3,00, Fäulen, per 100 Pfd. hiesige 0,00, böhm. 10-20, ital. 15-28, Pfeffer, per 100 Pfd. hiesige 6-23, Granatapfel 0,00, Zwoiler in Käffern 0,00, Riste 22-30, Amerik. 17-30, Zitronen, Messina, 300 Stück 7,00-9,00, 300 Stück 7,00-9,00, 200 Stück 9-13, Apfelsinen, Java, per Riste 0,00, Naranja 200er Riste 7-10, do. 300er 8-10, Valencia 420er Riste 14-24,00, do. 714er 16-23, Reifma, 16er, 11,50-12,00, do. 200er 10,00-12,50, do. 300er 10-11, Zit. 100er 7-9, do. 150er 7,50-9,50, do. 80er 9-10,00, Zit. in Körben per 100 Pfd. 10-15, Mandarinen, Riste 0,75-2,00, do. in Körben per 100 Pfd. 25-30.

Witterungsüberblick vom 18. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind richtung	Windstärke	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometere- stand mm	Wind richtung	Windstärke	Temper. in Grad C.		
Stettin	758	WS	3	molten	0	Bayreuth	769	WS	2	heiter	-13
Darmstadt	762	WS	3	halb	0	Bielefeld	765	WS	1	hebel	-11
Berlin	761	WS	3	molten	0	Stoll	766	WS	3	bedekt	8
Köln	763	WS	2	molten	0	Heerlen	761	WS	2	molten	7
München	767	WS	6	molten	2	Arns	768	WS	2	molten	4
Wien	761	WS	6	molten	4						

Weiter-Propgnose für Dienstag, den 19. Februar 1907. Einmal wärmer mit zunehmender Bewölkung, Niederschlägen und ziemlich starken südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Aus der Frauenbewegung.

Krankheit — ein Lichtbild.

In der Treitmühle des Lebens, täglich 8-10 Stunden über der Nähmaschine gebeugt, bei mangelhaftem Licht und schlechter Luft, Tag für Tag, viele Jahre lang, ununterbrochen, war auch mein Verdienstsystem zerrüttet worden.

Sanatorium! — Das klingt schon so wohlklingend, so neugierig. Ich dachte an Spielhagen's „Quisquana“ mit der deutschen Uebersetzung: „Hier wird man gesund!“

Der kühle Empfang in der Anstalt durch die „Stütze der Hausfrau“ brachte meine Sommergedanken auf den Kulpunkt. Geschäftsmäßig wies man mir in einem großen Saal mein Bett nicht Schränkchen für meine Habseligkeiten an.

Zur und Fenster waren offen und verblüfft musterten wir die Betten. Von Komfort keine Spur; es war ja ein Krankenhaus.

In diesem luftigen Raum befanden sich circa zwanzig Mädchen und Frauen. In Triumphstühlen, sogenannten Kaulenzern, liegend, pflegten sie der — Herberuhe. Diese „Hülle der Gesicht“ bewirkte mich. Ein wirres Durcheinander von Singen und Schwätzen traf mein Ohr.

Der Malz- oder „Gesundheits“-Laffee, wie er genannt wird, sollte mir zunächst gar nicht munden, ich war an Pfeiffer u. Diller gewöhnt. Der edle Kranke wurde in Emaillebechern serviert.

Diese läßt aber noch lange auf sich warten. Unsere zwölfköpfige Gemeinschaft sollte sich am nächsten Tage um sechs Haupter reduzieren. Den letzten Abend benutzten die Ausreißer dazu, sich noch einmal gründlich auszuplaudern.

Das Abendessen wird um sieben Uhr eingenommen. Es besteht aus einem Rapp Suppe, zwei Butterbroden, ein „mit“ ein „ohne“ und einem Becher Milch.

Am anderen Tage begann nach Verordnung des Arztes meine Kur. Hier das Menu: Kalte Abreibungen, kalte und Dampfbäder, Luftbad und Biegelar.

Rp.: Wasser und Luft! das erschöpft die Rezeptur im Sanatorium. Und diese Naturfaktoren sind in systematischer Anwendung sehr wirksam. Die Liegekur in der kühlen reinen Luft ist für den Patienten merklich Gesundheit fördernd.

Reine Krankheit verschlimmerte sich nach einigen Tagen. Das war ein Zeichen von guter Wirkung der Abhärtungskur. So behauptete der Arzt. Ich war von dieser Güte wenig erbaut.

Da gibt es dann interessante Monographien und noch interessantere Indikationen. Es ist eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, die hier ihre „Ferien“ verleiht.

Zur den weitaus größten Teil der Patienten ist dies Krankenfeiern ein Lichtbild in der ewigen Arbeit- und Sorgenqual. Manche der jungen Mädchen, die den Kampf ums Dasein seit frühesten Jugend kennen, würden ihrem Körper und Geist gern eine längere Ruhe angeheben lassen.

Zu habe gegen die bestehende „Hausordnung“ gleich opponiert um mich mit denen vom Engrosaal auf guten Fuß gestellt. Manch gutem, opferfreudiges Herz klopfte unter großem Gern, das unter Latitz nicht zu finden ist.

und die Kinder würden bei der mangelhaften Verpflegung verkommen. Und trotz dringender Mahnung des Arztes, einmal kurze Zeit ganz auszuspannen, treibt Eltern- oder Kindesliebe die Halb-kurierten wieder hinein in das Joch. Alle scheiden in dem bange Gedanken, nach kurzer Zeit nicht nur erholungsbedürftig, sondern vielleicht schwer krank zurückkehren zu müssen.

Eine der besonderen Annehmlichkeiten unserer „Ratzenburg“ ist das Luftbad. Jeden Nachmittag wird im Hofraum a la Regel, in einem durch Vorhang begrenzten Teil des Gartens, ein Spaziergang unternommen.

Mit großem Jubel wurde eines Morgens der erste Schnee begrüßt. — Ein paar Tage später standen wir staunend vor einer wunderbaren Schneelandschaft. Bäume, Zweige und Wege dicht verschneit. Wie verzaubert standen wir vor all der „Weißheit“.

Ein luftiges Schneeballen löste den Bann! — Natürlich durfte der obligate Schneemann nicht fehlen, das heißt die „Drübenschen“ bauten einen Mann, wir leisteten uns dafür ein Fräulein. Eine Gelbfirn-Figur wurde modelliert, mit römischer Nase, löchlichen schwarzen Augen und einem Schwanzbrett mit wippenden Tannenzweigen.

Unser Luftbad war natürlich auch verschneit. Drei andere und ich, das vierblättrige Ueberbleibsel ehemaliger Luftbädler, muhten uns mit dem Besen einen Weg bahnen. Schließlich konnten wir den Weg zwischen den Schneeberegen ungehemmt hinunter walzen.

Schließlich schlug auch für mich die Abschiedsstunde. Ein Vierteljahr hatte ich in südem Nichtstum im — Bade zugebracht. Körperlich und geistig hatte ich mich sehr gut erholt. Am Abschiedsmorgen bemühten sich meine Salonistinnen, ein rührendes Abschiedslied wirkungsvoll vorzutragen.

Es war eine schöne Zeit, diese Zeit der unfreiwilligen Ruhe. Es klingt wie Blasphemie, aber es ist wahr: Für eine arme, geplagte Proletarierin bedeutet eine Krankheit unter geschützten Umständen, wenn sie nicht mit quälenden physischen Schmerzen verbunden ist, ein Lichtbild in dem sonst ewigen Einzelei der Sorge und tägliche Brot. Krankheit ein Glück! Göttliche Weltordnung!

Turmstr. 76. Lachmann & Scholz Turmstr. 76.

Hervorragend billiges Extra-Angebot Verkauft nicht an Wiederverkäufer.

1.95 95 Pf. 2.95

- 1 Kostümrock, engl. Stoff, moderne Fassung 1.95
1 Bluse aus Fantasiestoff, Wert bis 3.50, jetzt 1.95
1 Unterrock mit Volant und Tressenbesatz, Wert bis 3.25 1.95
Frühjahrs-Kleiderstoffe, „Neuheiten“, per Meter 1.95
Reinseidene Damassé, schwere Qualität per Meter 1.95
Reinseidene Chiné, Wert bis 4 M., per Meter 1.95
1 Bettflaken, schwere Qualität, extra groß 1.95
3 Mtr. Gingham, Ia Qualität 1.95
1/2 Dtz. Dreihandtücher, weiß 1.95
1 Rolltuch mit Figuren-Muster 1.95
1 Damast-Kaffee-Decke 1.95
1 Damast-Tischtuch, extra groß 1.95
1/2 Dtz. Küchenhandtücher, Dreil. 1.95
1/2 Dtz. Bad- u. Taschentücher, buntes Kante und Buchstaben 1.95
1 Tüll-Stores, vornehmes Muster 1.95
1 Fenster Gardines, 2 Shawls 1.95
1 Kaffeesservice, Golddekoration, 6teilig 1.95
1 Waschgarnitur, 5teilig 1.95
6 Paar Nickelbestecks 1.95
1 Bierservice mit Nickelblech 1.95
1 Tischlampe mit imit. Onixfuß 1.95
1 Tafelanzug mit Vase 1.95
1 Vogelhauser mit Scheiben und 1 Wandarm 1.95
1 Bauernlach, imitiert Nußbaum, stabile Arbeit 1.95

- 1 Kinderkleidchen mit Tressen und Samt garniert, verschiedene Größen 95 Pf.
1 Rolltuch mit Bordüre 95 Pf.
3 Damast-Servietten, extra groß 95 Pf.
1 Tüllstores, große Muster-Auswahl 95 Pf.
1 Herren-Yacht-Klub-Mütze mit Tuchschildern 95 Pf.
9 Tallenverschlässe m. Fischbein, waschb. 95 Pf.
1 seidener neuer Stoffgürtel 95 Pf.
4 Mtr. Zwirn-Einsatz, ca. 10 cm breit 95 Pf.
3/4 Mtr. Zwirn-Spitze, ca. 10-12 cm breit 95 Pf.
1 Coupen, ca. 3/10 Mtr. Stückerel 95 Pf.
4 Stck. eleg. franz. Schleier dicht getupft 95 Pf.
3 Stck. Chiffon-Schleier 95 Pf.
4 Paar stark platt, wollene Socken 95 Pf.
2 bunte Tändelschürzen 95 Pf.
1 Hauschürze, blau- und rosagestreift oder kariert 95 Pf.
1 Halbreform, kariert oder gestreift 95 Pf.
6 weiße Korsettchen 95 Pf.
1 Normalhose, 3 Größen 95 Pf.
1 Ledergürtel, Glacé, Wert bis 3.00, verschiedene Fassons 95 Pf.
4 Mtr. Leinwand, ca. 10 cm breit 95 Pf.
2 Mtr. reinseid. Mohrband, ca. 13 cm breit 95 Pf.
1 Gazefächer mit Malerei u. Fächerhalter 95 Pf.
1 Paar gestreifte wollene Damenstrümpfe 95 Pf.
1 Paar gewebte wollene Ringelstrümpfe 95 Pf.

- 4 Rollen Obergarn 95 Pf.
6 Unterarn 95 Pf.
1 Spachtel-Passe, mod. Formen u. Muster 95 Pf.
1 Mtr. 16 cm br. Chies-Band, sonst 1.65, jetzt 95 Pf.
4 Mtr. Kleiderstoff m. Besenborde, 1 Rolle Obergarn, 1 Dtz. Druckknöpfe, 1 Paar Schweißblätter 95 Pf.
1 Paar Damen-Filzschuhe mit Schnalle 95 Pf.
1 Paar Leder- od. Tuchpantoffeln m. Ledersohle 95 Pf.
1 Paar Kinderschuhe mit Ledersohle 95 Pf.
2 St. Bettlätze, 3 Senkel, 1 St. Jaconetband 95 Pf.
4 Paar Satin-Schweißblätter mit hell. Gummi 95 Pf.
4 Paar Strumpfbänder mit Schleifen 95 Pf.
1 Paar elegante seidene Strumpfhalter mit Taffetschleifen 95 Pf.
3/4 Mtr. Samtstoff mit Mohairbesenborde 95 Pf.
1 Barchent-Unterrock m. Einsatz u. Spitze 95 Pf.
1 Bettvorleger imit. Perser 95 Pf.
1 Pfd. Schinkenspeck 95 Pf.
1/2 Pfd. Kaffee und 1/2 Pfd. Kakao 95 Pf.
3 Dosen Hering in Aspie 95 Pf.
1 Flasche Cognac oder 1 Flasche Rum 95 Pf.
1/2 Pfd. Kaffee und 2 1/2 Pfd. Zucker 95 Pf.
5 Pfd. Anzugmehl und 3 Pack Backpulver 95 Pf.
1 Pfd. feine Leberwurst u. 1/2 Pfd. Jagdwurst 95 Pf.
2 Pfd. Blut- oder Leberwurst, auch 1/2 u. 1/4 95 Pf.
2 Glas Anchovis und 2 Glas Anchovis 95 Pf.

- 1 Wiener Seiden-Satin-Bluse, Wert bis 12.00 2.95
1 Kostüm-Rock, Falten-Verarbeitung, extra schwerer Stoff 2.95
1 Deckbett-Bezug, Wert bis 3.45, jetzt 2.95
1 Ockert-Bezug, Ia. Qualität 2.95
1 Inlet-Bezug, glatt und gestreift 2.95
1/2 Meter Betzzeug, weiß oder bunt 2.95
1 reinseid. Bluse, elegant verarbeitet, mit Spitzen-Einsatz 2.95
1/2 Dtz. Damast-Stubenhandtücher 2.95
1 weißer Unterrock, Volant mit Spitze und Einsatz 2.95
1 Mohr-Unterrock, Volant elegant garn. 2.95
1 eleg. Kinderhütchen, Wert bis 6.00, jetzt 2.95
1 Tischlampe mit Majolikafuß 2.95
1 Paar Leder- od. Segeltuchstiefel 2.95
1 Paar Damen-Lackgangenschuhe 2.95
3 Rolltücher, 200 cm lang 2.95
1 Schlafdecke, imitiert Kamolhaar 2.95
1 eleg. Tüll-Stores, Relief 2.95
1 Fenster abgepalteter Gardinen 2.95
1 gr. Waschgarnitur, 5teilig 2.95
1 Kohlenkasten (1 Scheffel Inhalt) 2.95
1 Rothaarbesen, 1 Schrubber mit Stiel 2.95
1 Rothaarhandfeger 2.95
6 Paar Bestecks (Stahlgabel) 2.95
1 Damast-Tafeltuch mit 6 Servietten 2.95
1 Kinder-Gapes, Ia. Cheviot, für das Alter 2-14 Jahren 2.95
1 Steppdecke 2.95
1 große Tüll-Bettdecke, gute Qualität 2.95
1 Filztuch-Tischdecke, reich gestickt 2.95
1 elegante Herren-Weste, 2reihig 2.95
1 Herren-Filzhat, steif oder weich, sonst 3.65 2.95
1 Schlüsselschrank, imitiert Nußbaum oder eichen geschmitten 2.95
1 Herren-Schirm m. gutem Gloriabezug und starkem Gestell 2.95
1 Rauchservice, Holz, elegant ausgeführt, mit feinen Beschlägen 2.95
1 Halbreform-Schürze, schwarze Panama mit Gürtel, sonst 4.65 2.95
1 dekoriert. Emaille-Eimer mit Messingbügel 2.95
1 Küchenrahmen 2.95

Ein Posten Damen-Wäsche als: Jacken, Knie- und Passen-Beinkleider, Hemden u. sonstige Negligé-Artikel, alles Stücke aus Muster-Kollektionen Wert bis 3.45 M. jetzt 1.95 M.

- 1 Wickkasten, 1 Wickbürste, 1 Schmutzbürste, 1 Auftragsbürste 95 Pf.
1 Reibmaschine 95 Pf.
1 Fruchtschale mit Metallfuß 95 Pf.
1 Kabinett- und 2 Visirrahmen 95 Pf.
3 Rollen Butterbrot- u. 3 Rollen Kiosettpapier 95 Pf.
1 Postkarten-Album mit 10 Postkarten 95 Pf.
1 Plättchert 95 Pf.
1 Waschgarnitur 95 Pf.
1 Likörservice, reich dekoriert 95 Pf.
1 Satz dekorierte Milchbügel 95 Pf.
6 dekorierte Dessert-Teller 95 Pf.
6 Paar Tassen, Streublumen-Muster 95 Pf.
6 Speiseteller, tief und flach 95 Pf.

- 1 Bluse in Waschstoff oder Barchent 95 Pf.
1 Kostümrockstoffe (Neuheiten) 95 Pf.
Reinseid. Blusenstoffe, moderne Muster 95 Pf.
1 Plättdecke 95 Pf.
3 Mtr. Hemdenbarchent 95 Pf.
1 Paradehandtuch, gestickt 95 Pf.
1 Küchenparadehandtuch, gezeichnet 95 Pf.
1 Stubenhandtuch, gezeichnet 95 Pf.
1 Kammerschürze, gezeichnet 95 Pf.
1 Panoelbrett mit Goldgravierung 95 Pf.
2 Figuren, neueste Ausführung 95 Pf.
1 Bücher-Etagère, rhodig, zum Hängen 95 Pf.
1 großes Wandbild, elegant, unter Glas gerahmt 95 Pf.

